

*Mit der Vorstellung der Niederschrift über die Gespräche zwischen John F. Kennedy und Nikita S. Chruschtschow am 3. und 4. Juni 1961 in Wien wird dieses Dokument erstmals der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Das Protokoll widerspiegelt, daß das Wiener-Treffen de facto den Schnittpunkt im Übergang zur Entscheidungsphase zum Bau der Berliner Mauer während der Berlin-Krise 1958-1963 markierte sowie die Berlin- und Deutschlandfrage, entgegen bisherigen geläufigen Auffassungen, auch in Wien im imperialen Herrschafts- und Sicherheitsinteresse der beiden Weltmächte einen wichtigen Platz einnahm. Die an den Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED von sowjetischer Seite offiziell übermittelte Niederschrift erreichte Walter Ulbricht vermutlich bis Mitte Juni 1961. Am 20. Juni lag sie den Mitgliedern und Kandidaten des Politbüros der SED zur Einsichtnahme beim Leiter des Büros vor. Eine analoge Niederschrift für die amerikanische Seite blieb in den USA beim Department of State bis 1990 gesperrt; ihre Aussagen über die Berlinfrage in den letzten Gesprächsrunden der beiden Staatsmänner widerspiegeln Übereinstimmung mit dem vorliegenden Dokument. Vergleiche hierzu: Rolf Steininger: Der Mauerbau. Die Westmächte und Adenauer in der Berlinkrise 1958-1963, München 2001.*

*Das Dokument wird ungekürzt als Abschrift wiedergegeben<sup>1</sup>. Unterstrichene Passagen folgen denselben, die Walter Ulbricht mit Bleistift vornahm. Kursiv gesetzte Textstellen hob Walter Ulbricht durch einen zusätzlichen seitlichen Bleistiftstrich besonders hervor. Zum besseren Verständnis des Zeitgeschehens sind Anmerkungen eingefügt worden. Bis auf ganz offensichtliche Schreibfehler wie "hauptsächlilch" oder "betreibt" erfolgten keine stillschweigenden Korrekturen.*

*Wilfriede Otto  
Mai 2001<sup>2</sup>.*

\*\*\*\*\*

---

<sup>1</sup> Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Büro Walter Ulbricht, DY 30/3663, Bl. 48-127 (Fiches).

<sup>2</sup> Text und Kommentar zum deutschlandpolitischen Teil in: Utopie kreativ, 128/2001.

## Dokument

An den  
Ersten Sekretär des ZK der  
Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands  
Genossen Walter U l b r i c h t

### Niederschrift der Unterredung zwischen Gen. N. S. Chruschtschow<sup>3</sup> und J. Kennedy<sup>4</sup> am 3. Juni 1961

Die erste Unterredung zwischen N. S. Chruschtschow und J. Kennedy fand in der Residenz des amerikanischen Botschafters in Wien statt und begann um 12 Uhr 45. An der Unterredung nahmen teil: die Genossen Gromyko<sup>5</sup>, Menschikow<sup>6</sup>, Dobrynin<sup>7</sup> und Suchodrew von sowjetischer Seite; D. Rusk<sup>8</sup>, F. Kohler<sup>9</sup>, Ch. Bohlen<sup>10</sup>, L. Thompson<sup>11</sup> und A. Acalovsky von amerikanischer Seite.

Es folgt die Niederschrift der Unterredung.

**Kennedy:** Ich freue mich, Sie zu sehen, Herr Vorsitzender. Wir sind uns bereits in Washington begegnet,<sup>12</sup> als Sie eine Unterredung mit Mitgliedern der Senatskommission für Auswärtige Angelegenheiten hatten. Ich kenne auch Ihren Minister für Auswärtige Angelegenheiten und natürlich Ihren Botschafter in den USA.

Ich war an der Organisation der Zusammenkunft mit Ihnen interessiert, da ich zu Ihnen persönliche Kontakte herstellen und über Fragen sprechen wollte, die die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern berühren. Ich freue mich, daß Sie nach Wien kommen konnten, und hoffe, daß die bevorstehenden zwei Tage uns die Aussicht eröffnen, zu einem großen Verständnis unserer gegenseitigen Anschauung zu gelangen.

**Chruschtschow:** Ich halte das Zusammentreffen mit Ihnen ebenfalls für nützlich. Ich erinnere mich daran, wie wir uns in Washington begegneten, ich erinnere mich u.a., daß Sie, glaube ich, damals zu meiner Unterredung mit amerikanischen Senatoren etwas zu spät kamen und wir deshalb nur mehr die Zeit hatten, einige Worte zu wechseln. Ich erinnere mich, daß ich

<sup>3</sup> N. S. Chruschtschow 1894-1971.

<sup>4</sup> J. F. Kennedy 1917-1963 (ermordet).

<sup>5</sup> A. A. Gromyko, Außenminister.

<sup>6</sup> M. Menschikow, Botschafter in den USA.

<sup>7</sup> A. Dobrynin, 1962 neuer Botschafter in den USA.

<sup>8</sup> D. Rusk, Außenminister.

<sup>9</sup> F. D. Kohler, Unterstaatssekretär im State Department.

<sup>10</sup> Ch. E. Bohlen, Berater J. F. Kennedys.

<sup>11</sup> L. E. Thompson, Botschafter in der UdSSR.

<sup>12</sup> 1959.

damals sagte, daß ich von Ihnen als von einem Menschen gehört hatte, der hinsichtlich der politischen Tätigkeit zu großen Hoffnungen berechtigt. Deshalb ist es mir heute um so angenehmer, mit Ihnen erneut zusammenzutreffen, und zwar in ihrer neuen Position als Präsident der USA.

**Kennedy:** Danke. Ich erinnere mich, daß Sie damals, während unseres ersten Zusammentreffens bemerkten, ich sei noch sehr jung. Aber seit der Zeit bin ich schon um vieles älter geworden.

**Chruschtschow:** Habe ich das wirklich gesagt? Ich bin gewöhnlich bemüht, jungen Menschen nicht zu sagen, daß sie jung sind, weil ich weiß, daß die Jungen immer älter aussehen wollen, ebenso wie die Alten immer jünger aussehen wollen, als sie sind. Ich selbst kenne das Gefühl, denn seinerzeit hatte ich auch sehr lange ein jugendliches Aussehen. Ich wurde gewöhnlich für jünger gehalten, und ich war immer gekränkt, wenn man mir sagte, ich sei noch sehr jung. Aber Sie sind in einer vorteilhafteren Lage, als ich es damals war, denn ich bekam schon mit 22 Jahren graues Haar und erhielt, wie man so sagt, schon sehr früh ein Mandat auf das Alter. Jetzt würde ich mit Ihnen gern das Alter tauschen bzw. den Überschuß an Jahren mit Ihnen teilen.

**Kennedy:** Herr Vorsitzender, mich als Präsident meines Landes, der für den Zustand seiner Beziehungen zu allen Ländern eine große Verantwortung trägt, interessiert in der Hauptsache die Frage, wie eine solche Lage gewährleistet werden kann, bei der unsere beiden mächtigen Länder, die zahlreiche Verbündete haben und in verschiedenen sozialen Systemen leben, Länder, die in den verschiedenen Teilen der Erde im Wettbewerb miteinander stehen, in Frieden leben könnten. Ich bin daran interessiert, eine solche Lage zu sichern, bei der - im Verlauf der Zeit, da ich den Posten des Präsidenten bekleiden werde, - es uns gelingt, gleichzeitig die Interessen unserer Länder zu schützen und den Frieden zu sichern, ohne dabei die Notwendigkeit außer Acht zu lassen, die Sicherheit unserer eigenen Länder zu gewährleisten.

Die Vereinigten Staaten sind ein Land mit gewaltigen Ressourcen, ein Land mit einem zahlreichen und energischen Volk. Die Sowjetunion verfügt ebenfalls über gewaltige Möglichkeiten, und ihr Volk ist ebenfalls durch seine Energie und seinen Fleiß bekannt. Deshalb, scheint mir, besteht das Wichtigste darin, daß wir nicht in Aktionen einbezogen werden, die eine Gefahr für den Frieden, für die Völker bedeuten.

**Chruschtschow:** Wenn ich für unser Land spreche, dann kann ich sagen, Herr Präsident, daß wir seit langem danach streben und weiterhin danach streben werden, daß unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten auf die Sicherung einer friedlichen, freundschaftlichen Entwicklung gerichtet sind. Dabei wollen wir mit Ihnen durchaus keine Verständigung auf Kosten Ihrer Verbündeten, auf Kosten irgendwelcher dritter Staaten, denn ein solches Bestreben würde nicht den Wunsch bedeuten, den Frieden zu sichern, sondern den Wunsch, das gegenwärtige Kräfteverhältnis zu verändern. Wir jedoch streben nach der Sicherung eines dauerhaften Friedens. Deshalb sind wir der Ansicht, daß es erforderlich ist, durch gemeinsame Anstrengungen eine ganze Reihe von Fragen zu lösen,

die uns heute trennen. Ohne die Lösung dieser Fragen kann man keine Beiseitigung der Spannungen in den Beziehungen zwischen unsren Staaten erreichen. Folglich besteht also unser Bestreben darin, daß unsre beiden Länder niemals zu einem Zusammenstoß kommen, der die Sache des Friedens bedrohen könnte.

Auf wirtschaftlichem Gebiet - und das ist letzten Endes das wichtigste - gibt es zwischen uns keinerlei Ursache für einen Konflikt. Die Vereinigten Staaten sind eines der reichsten Länder, mit einem hohen Entwicklungsstand der Technik, der Industrie und der Wirtschaft. Sie haben fast alles, was an Rohstoffquellen für ihre weitere Entwicklung notwendig ist. Wir sind bisher noch ärmer als Sie, und wir geben das offen zu. Aber wir haben gewaltige, unerschöpfliche potentielle Möglichkeiten zur Entwicklung unsrer Wirtschaft, und wir werden sie entwickeln. Dabei werden wir sie entwickeln nicht durch Eroberungen anderer Völker oder Anschläge auf deren Rechte, sondern auf dem Wege der Ausnutzung der eigenen Rohstoffe und der eigenen Menschenreserven.

**Kennedy** (unterbricht): Das Tempo Ihrer Entwicklung ist tatsächlich sehr eindrucksvoll und bietet Ihnen zweifellos Genugtuung.

**Chruschtschow:** Aber die ökonomische Entwicklung unsres Landes ist keine Bedrohung für irgendjemand anders, und wenn bei dem einen oder andern selbst so ein Gefühl wie Neid auftreten könnte, so muß man es unterdrücken.

Weiter führt N. S. Chruschtschow den vorher begonnen Gedanken aus und sagt:

Obwohl wir heute noch ärmer sind als Sie, werden wir reicher sein, und diese unsre Überzeugung gründet sich auf konkreten Berechnungen. Sie werden vielleicht nicht damit einverstanden sein, daß die Sowjetunion die USA in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung überholt. Ich verstehe natürlich, daß auch die USA bestimmte Möglichkeiten für ein weiteres Wachstum und eine weitere Entwicklung ihrer Wirtschaft besitzen. Und wir stehen dieser Entwicklung nicht im Wege. Wir sind für die Entwicklung unsrer beiden Länder auf der Grundlage des friedlichen Wettbewerbs.

Ich möchte noch einige Bemerkungen dazu machen. Das Wichtigste, was die Westmächte unsres Erachtens anerkennen müssen, besonders die Vereinigten Staaten als Führer der westlichen Welt, ist, daß der Kommunismus jetzt in der Welt existiert und sich das Recht auf Weiterentwicklung erkämpft hat. Ich spreche jetzt davon, da Dulles<sup>13</sup>, der in der Vergangenheit die Außenpolitik der USA bestimmte, dieses Recht leugnete und im Grunde genommen auf dem Standpunkt der Liquidierung der sozialistischen Länder stand. Aber derartige Versuche sind bekanntlich zum Scheitern verurteilt und können nicht dazu beitragen, gute Beziehungen zwischen unsren Ländern herzustellen. Man muß zugeben, daß das Bestehen der sozialistischen Länder eine objektive Tatsache ist und von Ihnen ebensowenig abhängt, wie Ihre Existenz von uns. Man muß das Bestehen zweier Systeme in der Welt anerkennen und die gegenseitigen Beziehungen so aufbauen, damit eine friedliche Entwicklung der Beziehungen zwischen ihnen gesichert ist.

Ich werfe diese Frage nicht um der Diskussion willen auf, denn ich bin überzeugt, daß ich Sie nicht von den Vorzügen des Kommunismus überzeu-

<sup>13</sup> J. F. Dulles, 1953-1959 Außenminister in der Regierung D. D. Eisenhower.

gen kann, ebenso wie Sie mich nicht von den Vorzügen des Kapitalismus überzeugen können. Ich spreche davon, daß wir die Existenz der beiden Systeme de facto anerkennen müssen.

**Kennedy:** Ich möchte auf eine der von Ihnen aufgeworfenen Fragen antworten. Sie hatten Einwände gegen die Politik von Dulles und behaupteten, er wäre bestrebt gewesen, die kommunistische Kontrolle in den Ländern, in denen sie ausgeübt wird, zu beseitigen: Sie sagen, daß man die Tatsache der Existenz des Kommunismus anerkennen müsse. Mich jedoch beunruhigt hauptsächlich die Tatsache, daß Sie bestrebt sind, unser (das kapitalistische) System in andern Ländern zu liquidieren, den Einfluß meines Landes dort zu beseitigen, wo er traditionsgemäß ausgeübt wird. Sie wollen das freie System in andern Ländern liquidieren.

**Chruschtschow:** Sie irren sich und legen unsre Politik falsch aus. In Wirklichkeit sind wir gegen die gewaltsame Aufzwingung irgendeines Systems, darunter auch des unsren, in andern Ländern. Wir sagen, daß unser System letzten Endes den Sieg davon tragen wird, aber das setzt durchaus nicht voraus, daß wir diesen Sieg auf gewaltsamem Wege anstreben werden, auf dem Wege der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der andern Länder. Sie haben das Recht, mit unsrem Standpunkt nicht einverstanden zu sein, und können Ihre Ansichten äußern. Aber die Veränderung der Gesellschaftsordnung in diesem oder jenem Lande hängt - davon sind wir zutiefst überzeugt - voll und ganz vom Volke dieses Landes selbst ab.

Wir sind der Meinung, daß sich auf der historischen Arena ununterbrochen ein Wettkampf zwischen der alten, überlebten Ordnung und der neuen, vorwärtstreibenden Ordnung abspielt. Seinerzeit löste der Kapitalismus im Zuge dieses Wettkampfes den Feudalismus ab. Ein offener Zusammenstoß dieser beiden Systeme war die Französische Revolution<sup>14</sup>, gegen die sich damals ganz Europa zum Kampf erhob, indem die Heilige Allianz<sup>15</sup> zur Verteidigung des Feudalismus gebildet wurde. Aber dabei ist nichts herausgekommen. An der Spitze des Kampfes gegen die Französische Revolution stand damals das zaristische Rußland, und jetzt ist es selbst ein sozialistisches Land geworden.

Als Beweis dafür, daß wir nicht bestrebt sind, den Sieg unsrer Ordnung mit gewaltsamen Mitteln durchzusetzen, dienen unsre Vorschläge über eine allgemeine und vollständige Abrüstung. Das beweist, daß wir nicht mit Waffengewalt andern Ländern unsre Ideen aufzwingen wollen, sondern überzeugt sind, daß die Ideen selbst die Menschen beeinflussen werden. Sie glauben nicht daran, aber das ist keine Streitfrage zwischen uns und noch weniger ein Grund für bewaffnete Konflikte.

**Kennedy:** Mir erscheint sehr wichtig, daß Sie unsre Ansichten zu dieser Frage, die sich von den Ihrigen unterscheiden, richtig verstehen. Und ich möchte Ihnen jetzt diese Ansichten darlegen.

Wir geben zu, daß das kommunistische System manchmal in dem einen oder andern Lande auf Grund der freien Entscheidung des Volkes siegen kann, aber häufig geschieht es anders, und zwar eine unbedeutende Gruppe

---

<sup>14</sup> 1789.

<sup>15</sup> 1815 Vereinbarung zwischen Rußland, Österreich und Preußen, die danach durch weitere Staaten erweitert wurde.

erobert die Kontrolle über dieses oder jene Gebiet oder über dieses oder jene Land, in dem früher der Einfluß unsres Landes vorherrschend war, und dabei beginnt diese Gruppe mit feindlichen Aktionen gegen uns. Deshalb sind solche Ereignisse, die Sie als historisch unvermeidlich bezeichnen, für uns eine Quelle der Besorgnis, um so mehr, da wir sie nicht für historisch unausbleiblich halten. Folglich führen also derartige Ereignisse im beliebigen Teil der Erde letzten Endes zu Konflikten zwischen unsren beiden Ländern als den Zentren der gegenwärtig in der Welt bestehenden zwei Hauptsystemen. Deshalb besteht das Hauptproblem, das wir beraten müssen, darin, wie wir in den nächsten zehn Jahren hinsichtlich derjenigen Gebiete handeln müssen, in denen unsre beiden Systeme im Wettkampf stehen, damit unsre Handlungen, unsre Politik nicht zu einem Zusammenstoß zwischen uns führt und unsren Völkern keinen Schaden zufügt. Eben deshalb will ich Ihnen unsre Auffassungen in dieser Frage darlegen.

Sie halten den Sieg Ihres Systems für unvermeidlich. Wir sind damit natürlich nicht einverstanden, denn wenn wir uns mit Ihrer Auslegung einverstanden erklären würden, bedeutete das, daß wir nicht von der Gerechtigkeit unsrer Sache überzeugt sind. Wir aber glauben an unsre Sache ebenso heilig, wie Sie an die Ihre.

**Chruschtschow:** Aber wenn ich Sie, Herr Präsident, richtig verstanden habe, möchten Sie so etwas wie einen Staudamm gegen die Entwicklung des menschlichen Geistes errichten. Das ist unmöglich, dazu ist kein Mensch in der Lage. Ideen kann man nicht vernichten, und das wurde durch den gesamten Verlauf der menschlichen Entwicklung bestätigt. Seinerzeit haben die spanischen Inquisitoren Andersgläubige auf dem Scheiterhaufen verbrannt. Aber eine Idee kann man nicht verbrennen.

Wenn man bestrebt ist, eine Idee zu vernichten, so führt das unvermeidlich zu Konflikten. Eine Idee kann man nicht einfangen und in Ketten legen. Also lassen Sie uns auf solche Versuche verzichten. Möge die Geschichte unsren Streit entscheiden. Letzten Endes werden die Menschen die Vorzüge unsrer Systeme nach den materiellen Gütern beurteilen, die jedes von ihnen für sein Volk bietet, nach den Ergebnissen der Arbeitstaten unsrer Völker. Wenn Sie bei Ihrem System einen höheren ökonomischen Entwicklungsstand gewährleisten, dann wird der Sieg Ihnen gehören und wir werden das anerkennen. Wenn aber der Sozialismus einen höheren Entwicklungsstand der Wirtschaft, der Industrie, der Kultur erreicht, dann haben wir gesiegt. Ich spreche jetzt natürlich nicht von einem militärischen Sieg, sondern vom Sieg auf ideeller Ebene

**Kennedy:** Die Verpflichtungen unsrer Regierung vor dem amerikanischen Volk ebenso wie die Verpflichtungen der Sowjetregierung vor dem Sowjetvolk zwingen uns, - davon bin ich überzeugt - dafür Sorge zu tragen, daß dieser Kampf nicht die Interessen der Sicherheit unsrer Länder berührt. Wir anerkennen, daß die Sowjetunion in bestimmten Teilen der Welt lebenswichtige Interessen hat. Die Vereinigten Staaten haben ähnliche Interessen. Dabei ist wichtig, daß der Kampf in den andren Gebieten der Welt so verläuft, daß er nicht diese Lebensinteressen unsrer beiden Länder berührt, daß er uns nicht in Aktionen einbezieht, die unsren Völkern Schaden zufügen könnten.

Sie, Herr Ministerpräsident, wissen zweifellos aus der Geschichte, und auch ich habe in Washington Ihrem Außenminister bereits gesagt, daß es sehr leicht ist, in einen Kampf hineingezogen zu werden; und unsre Aufgabe besteht darin, den Frieden zu sichern. Also, ich wiederhole: das wichtigste besteht meines Erachtens darin, zu klären, wie wir unsre Politik führen müssen, ohne gegenseitig die Interessen unsrer Sicherheit zu bedrohen.

**Chruschtschow:** Ich bin nicht sicher, Herr Präsident, ob ich Sie richtig verstanden habe, und wäre sogar froh, wenn sich herausstellte, daß ich mich irre. Aber aus Ihren Worten ziehe ich die Schlußfolgerung, daß Sie die Verantwortung für den wachsenden Einfluß der kommunistischen Ideen in der ganzen Welt auf uns abwälzen wollen. Damit es keine Konflikte zwischen uns gebe, wünschen Sie, diese Ideen mögen sich nicht über die bereits bestehenden sozialistischen Länder hinaus verbreiten. Aber, ich wiederhole, Herr Präsident, Ideen kann man nicht aufhalten. Seinerzeit wurden die Ideen des Kommunismus von Marx, Engels und Lenin entwickelt, und kein Volk ist vor der Annahme dieser Ideen sicher. Es gibt keinen Impfstoff, um die Ansteckung anderer Völker mit diesen Ideen abzuwenden, wenn man ein solches Wort wie "Ansteckung" in Bezug auf die Ideen des Kommunismus überhaupt verwenden darf.

Wenn Sie also die Verantwortung für die Verbreitung der kommunistischen Ideen auf uns abwälzen wollen, so wird das unvermeidlich zu Konflikten zwischen uns führen.

Ich sage Ihnen noch einmal, Herr Präsident, Ideen kann man nicht aufhalten. Denn wenn ein Mensch irgendeine Idee äußert und sich dann von ihr lossagt, selbst dann kann er sie nicht zurückholen, wenn sie bereits die Hirne der Menschen ergriffen hat. Wenn wir z. B. annehmen, ich würde der kommunistischen Ideologie absagen, - dabei erkläre ich ihnen offen, daß ich das nicht vorhabe - auch dann würden sich die Ideen des Kommunismus weiter verbreiten.

Wir sind der Meinung, daß man dieses Problem nur lösen kann durch die De-facto-Anerkennung der Existenz der beiden Hauptideologien, der kommunistischen und der kapitalistischen, obwohl es natürlich auch noch andere geben kann. Das ist das wichtigste, was für die Entwicklung friedlicher Beziehungen zwischen unsren Ländern erforderlich ist. Dabei muß jede Seite auf Versuche verzichten, andren Ländern mit Waffengewalt ihre Ideologie aufzuzwingen. Niemand darf sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmischen.

Ich kann Sie ganz kategorisch versichern, daß die Sowjetunion niemals ihre Ideen durch Krieg aufzwingen wird. Natürlich werden wir uns freuen, wenn sich die kommunistischen Ideen auf andre Länder ausdehnen, ebenso wie Sie sich zweifellos darüber freuen, wenn sich die kapitalistischen Ideen weiter verbreiten. Aber das hängt ausschließlich von den Völkern selbst ab. Ideen kann man nicht auf Bajonettspitzen in ein Land tragen, wie man früher sagte, obwohl es heute richtiger wäre, zu sagen - auf Raketenspitzen. Jeder Versuch, die eigene Ideologie mit Gewalt aufzuzwingen, bedeutet Krieg, und wir schalten diesen Weg aus.

**Kennedy:** Hat etwa Mao Tse-tung<sup>16</sup> nicht erklärt, die Macht würde auf Bajonetten in ein Land getragen?

<sup>16</sup> Mao Tse-tung, Präsident der Volksrepublik China.

**Chruschtschow:** Mao Tse-tung konnte das nicht sagen, denn er ist Marxist, ist Kommunist, und wir Kommunisten waren, ebenso wie früher die Sozialdemokraten, stets Gegner von Kriegen.

Ich kann Ihnen ein solches Beispiel nennen: Als Rußland gegen Japan kämpfte, hat der Führer der russischen Sozialdemokraten, Plechanow, demonstrativ den namhaften japanischen Sozialdemokraten Sen Katajama umarmt, gleichsam die Freundschaft zwischen unsren beiden Völkern symbolisierend.

**Kennedy:** Ich verstehe Ihre Ansichten in dieser Frage sehr gut. Ich möchte aber, daß auch Sie unsre Ansichten verstehen, da meiner Meinung nach die Spannungen in unsren Beziehungen eben dadurch hervorgerufen werden, daß Sie unsre Ansichten falsch verstehen. Ich denke, wenn wir zu einem gegenseitigen richtigen Verständnis unsrer Ansichten gelangen, so wird das der beste Weg zur Sicherung des Friedens sein. Wenn aber der Friede nicht gesichert ist, dann werden gerade unsre beiden Länder am meisten unter einem Krieg zu leiden haben, denn gerade bei uns sind die größten Mengen der schrecklichsten Waffen konzentriert. In der Vergangenheit erstand Westeuropa zweimal aus Kriegen und konnte seine Wirtschaft in relativ kurzer Frist wieder aufbauen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen würden im Falle eines Rechenfehlers von irgendeiner Seite die Folgen eines Krieges die Wiedergeburt unsrer Länder für lange Zeit unmöglich machen, denn sie würden in einem Kriege gewaltige Verluste erleiden. Deshalb hoffe ich, daß Sie, ungeachtet Ihrer Ansichten, die unsren verstehen, was, wie mir scheint, die Aussichten auf eine friedliche Entwicklung verbessern würde.

**Chruschtschow:** Ich lese häufig in der Presse der USA und ihrer Verbündeten Äußerungen, daß es notwendig sei, die Anschauungen gegenseitig zu berücksichtigen. Wenn das aber nur bedeutet, daß wir wie Schulkinder in der Schulbank sitzen und die Hände auf den Tisch legen sollen, so sind wir damit nicht einverstanden. Wir achten unsre Ideen und unterstützen sie, und wir können nicht garantieren, daß sie in ihrer Entwicklung innerhalb unsrer Grenzen bleiben.

Sie gebrauchten den Ausdruck "Rechenfehler." Ich bin natürlich kein Buchhalter von Beruf, um nachzurechnen, wer wie viele Rechenfehler begangen hat; ja, und gibt es denn überhaupt eine Waage, auf der man sie abwägen könnte? Auf jeden Fall werden wir immer unsre Interessen vertreten. Möglicherweise werden Sie das für einen Rechenfehler unsrerseits halten, für uns sind das die Lebensinteressen unsres Landes. Dieses Wörtchen sollte man sehr vorsichtig gebrauchen, in den westlichen Ländern jedoch wird es jetzt übermäßig oft ins Feld geführt.

Wir kämpfen für unser wichtigstes Ziel - den Frieden zu erhalten, und werden weiter dafür kämpfen. Wir sind kein kriegerisches Land, aber wir erlauben auch niemand, uns zu schrecken.

Auf jeden Fall, wenn man schon das Wort "Rechenfehler" gebraucht, werden, unabhängig davon, wer ihn begeht, unsre beiden Länder dafür bestraft werden. Jetzt ist der Krieg nicht mehr das, was der erste und der zweite Weltkrieg waren. Wir verstehen sehr gut, was ein Krieg unter den gegenwärtigen Umständen bedeutet, und auch Sie, denke ich, verstehen das nicht



weniger als wir. Lassen Sie uns also diese "Rechenfehler" in den Panzerschrank legen. Dieses Wörtchen macht auf uns keinen Eindruck. Wenn Sie jedoch unsere Interessen antasten werden, dann werden wir die notwendige Abfuhr erteilen. In der gegebenen Frage wirkt sozusagen ein altes Gesetz der Physik: Jede Wirkung erzeugt die entsprechende Gegenwirkung.

**Kennedy:** Ich möchte meinen Standpunkt erläutern. Es ist unmöglich, die Handlungen der einen oder anderen Seite unter verschiedenen Bedingungen vorauszusagen. Das, denke ich, beweisen die Erfahrungen Ihres Landes, meines Landes und auch der anderen Länder. Die ganze Geschichte Westeuropas bietet viele Beispiele, daß es unmöglich ist, im Voraus zu erraten, wie die eine oder andere Seite als Antwort auf bestimmte Handlungen eines anderen Landes ihr gegenüber reagieren wird. Als Beispiel dafür kann der Krieg in Korea<sup>17</sup> dienen, wo die USA einen Rechenfehler zugelassen haben, indem sie die Handlungen Chinas nicht im Voraus errieten, und Nordkorea einen Rechenfehler beging, im Hinblick auf unsere Handlungen.

Ausgehend von diesen Erfahrungen müssen wir also auf jede Weise vermeiden, die Lage falsch einzuschätzen. Ich bin gerade deshalb hier hergekommen, um zu erreichen, daß jeder von uns eine klarere Vorstellung darüber erhält, wohin jeder von uns geht.

**Chruschtschow:** Auch ich fasse unsere Begegnung so auf. Wir möchten mit Ihnen sprechen, Herr Präsident, um unsere Beziehungen nicht zu verschlechtern, sondern zu verbessern. Wenn wir das erreichen, dann sind auch die Ausgaben für diese Reise gerechtfertigt und, was die Hauptsache ist, dann werden wir den Hoffnungen der Menschheit Rechnung tragen.

Hier wird die Unterredung unterbrochen. J. Kennedy lädt N. S. Chruschtschow zum Frühstück ein.

**Rede des Präsidenten der USA, J. Kennedy,  
während des Frühstücks zu Ehren des Vorsitzenden  
des Ministerrats der UdSSR, N. S. Chruschtschow,  
in der amerikanischen Botschaft in Wien  
am 3. Juni 1961**

Gestatten Sie mir, meiner Genugtuung darüber Ausdruck zu geben, daß sich der Vorsitzende Chruschtschow hier, in unserer Botschaft befindet. Sie waren bereits Gast der Vereinigten Staaten<sup>18</sup>, und ich schätze die Tatsache hoch ein, daß Sie eine Reise in unser Land unternommen haben mit dem Ziel, es besser kennenzulernen.

Wir, Herr Vorsitzender, sind begeistert von Ihrer Energie, Ihrer Treue zu der Sache, an die Sie glauben, Ihrer Sorge um die Interessen Ihres Landes. Wir können uns natürlich mit Ihrer Auslegung der in der Welt vor sich ge-

---

<sup>17</sup> 1950-1953.

<sup>18</sup> September 1959.

henden Ereignisse nicht einverstanden erklären, aber wir anerkennen den großen Einfluß, den Sie auf die Lösung der Fragen ausüben, die die Beziehungen zwischen unsren beiden Ländern berühren. Deshalb hoffe ich, daß wir im Verlauf unsrer zweitägigen Beratungen zu einem großen Verständnis des künftigen Verlaufs der Ereignisse kommen, die die Lage in der Welt beeinflussen.

Mein Vorgänger auf dem Posten des Präsidenten<sup>19</sup> hat Sie in den USA begrüßt, und jetzt begrüße ich Sie hier in Wien, auf einem kleinen Stück meines Landes. Ich hoffe, wir werden hier nützliche Unterredungen haben.

Erlauben Sie mir, Sie noch einmal in unsrer Botschaft zu begrüßen. Ich hoffe, daß alle hier anwesenden Herrschaften sich meinem Trinkspruch auf die Gesundheit des Vorsitzenden Chruschtschow anschließen.

**Antwortrede des Vorsitzenden des Ministerrats  
der UdSSR, N. S. Chruschtschows, während des  
Frühstücks in der Botschaft der USA, 3.6. 1961**

Herr Präsident,  
meine Herrschaften,  
Genossen!

Ich freue mich, Herr Präsident, mit Ihnen zusammenzutreffen, um unsre Meinungen zu wichtigen internationalen Fragen auszutauschen. Ich möchte glauben, daß wir, wenn wir uns das Ziel setzen, den Frieden und eine freundschaftliche Entwicklung der Beziehungen zwischen unsren beiden Ländern zu sichern, genügend Mut, Weisheit und Verständnis aufbringen, um eine solche Entwicklung der Beziehungen zwischen unsren Ländern und folglich auch zwischen allen Ländern der Welt zu gewährleisten, die diesen unsren Zielen entspricht. Dabei möchte ich die Rolle unsrer beiden Länder in der Welt nicht übertreiben, aber die Geschichte hat uns tatsächlich eine große Verantwortung für die Geschicke der Welt auferlegt. Wenn z. B. irgendein Land einen Krieg entfesseln würde, dann könnten wir zusammen mit Ihnen den entsprechenden Einfluß geltend machen und die Einstellung eines solchen Krieges oder sogar seine Verhinderung im Keime ermöglichen.

Wir sind natürlich mit Ihrer Philosophie, Herr Präsident, mit der Philosophie des Kapitalismus, nicht einverstanden. Und Sie sind natürlich mit unsrer Philosophie, der Philosophie des Kommunismus, nicht einverstanden. Das müssen wir verstehen, und ich hoffe natürlich nicht, Sie zu einer Absage an Ihre Philosophie zu bewegen, ebenso wie auch Sie - davon bin ich überzeugt - nicht bestrebt sein werden, mich zur Abkehr von meiner zu bewegen. Sie wissen sehr gut, wer ich bin, und ich bin mir klar darüber, wer Sie sind. Aber wir sind doch beide Menschen, und Menschen wollen in Frieden leben, in Wohlstand, sie wollen ihre Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur entwickeln.

---

<sup>19</sup> D. D. Eisenhower.

Von uns beiden, Herr Präsident, hängt in vielem die Richtung ab, in der sich unsre Beziehungen entwickeln werden. Ich bewahre mir angenehme Erinnerungen an die Zusammenkunft mit Ihrem Vorgänger, dem Präsidenten Eisenhower. Später kam es zwar zu unliebsamen Ereignissen, die unsre Beziehungen trübten, aber ich habe Eisenhower immer geachtet. Unsre Beziehungen wurden getrübt durch den Flug der U-2<sup>20</sup>. Ich denke, daß Präsident Eisenhower nichts von diesem Flug gewußt hat, und nachher, als das Geheimnis publik wurde, beschloß er, sozusagen aus Ritterlichkeit, die ganze Verantwortung für diesen Zwischenfall auf sich zu nehmen. Das Ergebnis war, daß die Menschen in den USA, die eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen unsren Ländern anstrebten, ihr Ziel erreichten. Wir wollten den amerikanischen Präsidenten freundschaftlich und gastfreundlich in unsrem Lande aufnehmen, aber infolge dieser Ereignisse wurden wir dieser Möglichkeit beraubt. Wir verlieren jedoch nicht die Hoffnung, daß das, was unter dem vorhergehenden Präsidenten nicht möglich war, bei seinem Nachfolger gelingt. Wir hoffen, daß die Zeit kommt, da günstige Bedingungen geschaffen werden, und dann können wir, wenn beide Seiten dies wünschen, uns darüber verständigen, daß Sie als Gast in unser Land kommen.

Aber in dieser Beziehung möchte ich noch eine Mahnung an Sie richten. Als Nixon<sup>21</sup>, Ihr Opponent und ehemaliger Vize-Präsident der USA, in unser Land kam, dachte er, wenn er nur den Sowjetmenschen eine Küche zeigt, die in Wirklichkeit - davon bin ich überzeugt - in den USA gar nicht existiert, dann wird der Sozialismus gleich zusammenbrechen. Entschuldigen Sie meine Offenheit, aber das konnte nur ein Mensch wie Nixon denken

Wenn Sie sich also bei Ihrer Ankunft in der UdSSR das Ziel setzen, den Sozialismus umzukrempeln, so kann ich Ihnen im Voraus sagen, daß Ihre Reise vergeblich sein wird. Wenn Sie jedoch kommen, um unser Land mit eigenen Augen kennenzulernen oder, wie die Russen sagen, selbst zu befühlen, so können wir Ihnen dafür alle Möglichkeiten bieten, und Sie können fahren, wohin Sie wollen, und sprechen mit wem es Ihnen beliebt. Wir fürchten nicht um unser System, wir haben Vertrauen zu ihm, da es auf einer gesunden Grundlage basiert.

Ich blicke mit Optimismus in die Zukunft, weil ich an die menschliche Vernunft glaube, ich glaube daran, daß die Kräfte des Friedens und des Fortschritts triumphieren werden. In der Politik kann man natürlich nicht mit kaufmännischen Maßstäben messen. Im Handelsverkehr wird gehandelt, und der eine ist bemüht, beim andern Vorteile zu erreichen. Wir haben keine Zugeständnisse zu machen: wir wollen den Frieden, und vom Frieden kann man kein Stückchen nachlassen.

Ich hoffe, Sie werden Verständnis dafür haben, daß ich Ihnen natürlich keinerlei Hoffnungen hinsichtlich der Entwicklung des Kommunismus in der Welt machen kann. Sie beschuldigen uns manchmal, uns, die sowjetischen Kommunisten, dieser oder jener Ereignisse, die sich in der Welt vollziehen, und mit denen wir in Wirklichkeit gar nichts zu tun haben. Ehrlich gesagt, ich weiß oftmals gar nicht, wer in dem einen oder andren Lande die Kommunisten führt. Übrigens, wenn Sie wollen, wälzen Sie alles auf Karl Marx ab. Denn die Deutschen haben doch in allem den Anfang gemacht,

<sup>20</sup> Amerikanische U-2-Spionageflüge in großer Höhe über der Sowjetunion erfolgten seit Sommer 1956 vom Boden der Türkei aus, ohne sie abwehren zu können. Am 1. Mai 1960 wurde erstmals eine U-2 abgeschossen und der Pilot F. G. Powers gefangen genommen.

<sup>21</sup> R. M. Nixon, 1953-1961 Vizepräsident.

also sind sie "schuld". Natürlich entwickeln wir die kommunistische Lehre weiter und teilen somit mit ihnen diese Schuld.

Wir verhalten uns mit großer Achtung zum amerikanischen Volk und sind von seinen Erfolgen begeistert. Nach der Oktoberrevolution in unsrem Lande nahmen wir uns den hohen Entwicklungsstand der amerikanischen Wirtschaft, Technik und Wissenschaft zum Vorbild. Wir lernten bei den Amerikanern und luden amerikanische Spezialisten in unser Land ein, um uns bei der ökonomischen Entwicklung zu helfen. Vielen von ihnen verliehen wir später Auszeichnungen für gute Arbeit. Wir zeichneten z. B. Oberst Cooper aus, der am Bau des Wasserkraftwerks Dnepropetrowsk teilnahm. Mit dem Orden des Roten Arbeitsbanners zeichneten wir den amerikanischen Ingenieur Morgan aus oder, wie ich ihn damals nannte, Fjodor Fjodorowitsch. Seinerzeit haben wir zusammen mehr als eine schlaflose Nacht verbracht, als in Moskau die Metro gebaut wurde. Übrigens, Fjodor Fjodorowitsch war vor kurzem bei uns, und ich unterhielt mich mit ihm. Da verstellte er sich allerdings und sagte, er arbeite jetzt in der Türkei, wo er Wohnhäuser baue. Das stimmt nicht ganz. Wir wissen doch, womit er sich beschäftigt. Er baut dort Militärstützpunkte. Na gut, das muß er mit seinem Gewissen abmachen.

Wir stehen natürlich in ideologischen Fragen auf verschiedenen Positionen, wir stehen buchstäblich an verschiedenen Polen. Das darf uns jedoch nicht hindern, die Beziehungen zwischen den Staaten auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz, des Friedens und der Prosperität der Völker aufzubauen.

Ich bringe einen Toast aus auf die Gesundheit des Präsidenten Kennedy. Ich muß zugeben, daß ich ihn beneide. Wenn ich in seinem Alter wäre, könnte ich mit noch größerer Energie mit Ihnen streiten, aber auch jetzt weise ich, trotz meiner 67 Jahre, einen Wettbewerb nicht zurück.

Wir hatten ein gutes Zusammentreffen, Herr Präsident, und ich hoffe, daß wir noch besser auseinandergehen und gemeinsam für die Sicherung eines dauerhaften Friedens auf Erden arbeiten werden.

Ihre Gesundheit, Herr Präsident.

**Niederschrift der Unterredung  
zwischen N. S. Chruschtschow und J. Kennedy  
am 3. Juni 1961**

Nach dem Frühstück schlägt J. Kennedy N. S. Chruschtschow vor, die weitere Unterredung unter vier Augen zu führen.

N. S: Chruschtschow ist damit einverstanden

Es folgt die Niederschrift der Unterredung.

**Kennedy:** Bevor wir zur Beratung irgendwelcher konkreter Fragen übergehen, möchte ich auf die allgemeine Lage in der Welt zurückkommen, und

zwar hinsichtlich der Beziehungen zwischen unsren beiden Ländern. Die konkreten Fragen könnten wir morgen besprechen, z. B. die Deutschlandfrage.

Gestatten Sie mir also, erneut eine Frage von allgemeinem Charakter zu behandeln.

Ich verstehe sehr gut, Herr Vorsitzender, daß sie sich auf die Ablösung des Feudalismus durch den Kapitalismus berufen, und ich verstehe Sie sehr gut, wenn Sie sagen, unsere Zeit sei gekennzeichnet durch den Niedergang des Kapitalismus und seine Ablösung durch den Sozialismus. Mich beunruhigt in diesem Zusammenhang vor allem die Tatsache, daß in der Vergangenheit der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus, der durch die Französische Revolution eingeleitet wurde, zu stürmischen Ereignissen in Europa und zu grundlegenden Veränderungen im Leben aller europäischen Völker geführt hat. Ebenso hat noch früher der Übergang von der uneingeschränkten Herrschaft des Katholizismus in Europa zur Teilung Europas in das Lager der Katholiken und das der Protestanten zum Hundertjährigen Krieg geführt.

Aus diesen historischen Ereignissen folgt, daß während der Übergangsperiode besondere Vorsicht beim Herangehen an die verschiedenen Streitfragen an den Tag gelegt werden muß. Das gilt um so mehr für unsre Zeit, unter Berücksichtigung der schrecklichen Waffen, die wir heute in Händen haben. Ich wiederhole: es kommt darauf an, äußerste Vorsicht walten zu lassen, um einen Konflikt zwischen den USA und der UdSSR zu vermeiden. Darin besteht mein Hauptziel.

**Chruschtschow:** Ich bin mit Ihnen einverstanden.

**Kennedy:** Die Revolution in Rußland hat ebenfalls zu grundlegenden Veränderungen in der Welt geführt und seinerzeit die Intervention anderer Länder und andre Ereignisse hervorgerufen.

Mit der Entwicklung neuer schrecklicher Vernichtungsmittel wurde es notwendig, zu einem größeren Verständnis zwischen den beiden Seiten hinsichtlich der in der Welt entstandenen Lage und der jeweiligen Absichten zu kommen.

In Washington bin ich gezwungen, Schlußfolgerungen aus der entstandenen Lage sowie aus den verschiedenen, in der Welt vor sich gehenden Ereignissen zu ziehen. Dabei sind diese Erwägungen und Schlußfolgerungen manchmal irrig, wie mir dies z. B. hinsichtlich Kubas<sup>22</sup> passierte. Und auch Sie werden wahrscheinlich manchmal zu unrichtigen Erwägungen gelangen. Aber wie dem auch sei, ich bin verpflichtet, Erwägungen hinsichtlich der Politik und der Absichten der Sowjetunion anzustellen, ebenso wie Sie verpflichtet sind, das in Bezug auf die Politik und die möglichen Aktionen seitens der USA zu tun. Deshalb müssen wir, um nach Möglichkeit falsche Erwägungen zu vermeiden, in unsren Unterredungen bemüht sein, ein größeres Verständnis unsrer Absichten und unsrer Interessen zu erzielen.

**Chruschtschow:** Das läßt sich erreichen auf Grund des gegenseitigen Verständnisses, der Geduld und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten unsrer wie auch anderer Länder.

---

<sup>22</sup> Eine mit amerikanischer Billigung im April 1961 durchgeführte militärische Invasion von Exil-Kubanern in der Schweinebucht, die scheiterte.

Soweit ich aus Ihren Äußerungen, Herr Präsident, wie auch aus dem Auftreten anderer amerikanischer Staatsmänner und Politiker urteilen kann, gibt es bei uns in vieler Hinsicht unterschiedliche Auffassungen über die Lage in der Welt. Wenn z. B. ein Volk seine Unzufriedenheit mit der in seinem Lande herrschenden Ordnung zum Ausdruck bringt und bemüht ist, diese Ordnung zu verbessern oder sie durch eine andere, den Interessen des Landes mehr entsprechende zu ersetzen, dann erklären Sie dies unverzüglich als Ränke der Kommunisten.

Mir hat der von Ihnen und in Ihrer jüngsten Botschaft an den Kongreß geäußerte Gedanke sehr gefallen, daß kein Volk Ideen verteidigen wird, die ihm nicht einen höheren Lebensstandard sichern, sondern es im Gegenteil im Elend halten werden. Aber trotz dieser richtigen Worte begehen Sie in der Praxis vollkommen unrichtige Handlungen. Wenn sich das Volk in irgendeinem Lande zum Kampf gegen die Unterdrückung, zum Kampf gegen Tyrannei und Reaktion erhebt, erklären Sie sofort, da sei die Hand der Kommunisten, die Hand Moskaus im Spiel. In der Tat ist das nicht so. Dieser Kampf widerspiegelt das Streben des Volkes nach einem besseren Leben. Und eben das versteht man nicht in den USA, und das erzeugt Gefahren, denn ausgehend von einer falschen Interpretation der Ereignisse beginnen Sie, in dem einen oder andren Land nach Kräften zu suchen, die gegen die dortigen Revolutionen kämpfen könnten.

Als Beispiel nenne ich Ihnen Iran. Wir tun dort gar nichts. Aber das Volk von Iran lebt in einem solchen Elend, daß das Land buchstäblich wie ein Vulkan brodelte. Es besteht kein Zweifel, daß die Unzufriedenheit des Volkes letzten Endes dazu führen wird, daß der Schah gestürzt wird. Sie aber rufen durch Ihre Politik der Unterstützung des verfaulten Regimes in Iran lediglich die Unzufriedenheit des Volkes mit der USA-Politik hervor. Diese Ihre Politik wird dazu führen, daß das Volk unsrem Lande mit noch größerer Sympathie gegenübersteht, da es weiß, daß wir für Diktatoren, Unterdrücker und Tyrannen kein Mitgefühl hegen.

Iran ist nur eines von vielen ähnlichen Beispielen. Nehmen Sie Kuba. Dort hat eine Handvoll patriotisch gesinnter Menschen mit Fidel Castro<sup>23</sup> an der Spitze das diktatorische Regime gestürzt<sup>24</sup>, da das Volk das Elend und die Rechtlosigkeit nicht mehr aushalten konnte. Aber als Batista<sup>25</sup> gestürzt wurde, geschah es, daß die monopolistischen Kreise der USA ihn unterstützten, und deshalb übertrug sich der Haß des Volkes gegen den Diktator Batista auf die amerikanischen Monopole. Die kürzliche Landung von Truppen auf Kuba führte im Grunde genommen nur zur Festigung der revolutionären Macht, da sich das Volk noch einmal aus eigener Anschauung davon überzeugen konnte, daß Fidel Castro die Lage seines Volkes verbessern, das Bildungswesen und die Industrie entwickeln, den Lebensstandard des Volkes erhöhen will, während die von Ihnen unterstützten Konterrevolutionäre dem Volk einen neuen Batista aufzwingen und das Land zu Elend und Hungerdasein verurteilen wollen.

Es ergibt sich also, daß Ihre Politik im Grunde genommen Wasser auf die Mühle der Kommunisten ist. Fidel Castro ist doch kein Kommunist. Aber durch Ihre Taten können Sie ihm einen solchen Schulungsunterricht erteilen, daß er letzten Endes wirklich Kommunist wird, und das wird dann Ihr

<sup>23</sup> Fidel Castro Ruz, seit 1959 Ministerpräsident.

<sup>24</sup> 1. Januar 1959.

<sup>25</sup> Präsident General F. Batista y Zaldívar.

Verdienst sein. Also, obwohl Sie Gegner des Kommunismus sind, beweisen Sie in der Praxis durch Ihre Handlungen oftmals die Richtigkeit der kommunistischen Ideen.

Ihre Politik gegenüber einem solchen Lande wie Kuba birgt ernste Gefahren in sich. Denn Sie rechtfertigen Ihre Handlungen doch damit, daß Kuba angeblich eine Bedrohung für die USA darstellt. In Wirklichkeit ist natürlich der ganzen Welt bekannt, daß dem nicht so ist. Wie kann ein 6- oder 7-Millionen-Volk Ihr Land mit einer Bevölkerung von 170 Millionen bedrohen? Aber Sie schaffen einen gefährlichen Präzedenzfall und beweisen im Grunde genommen, daß in dem Falle, wenn ihre Nachbarländer eine sich von der Ihren unterscheidenden Politik verfolgen, Sie diese Länder überfallen können. Aber wenn man diese These anerkennt, was sollen wir dann mit solchen Ländern machen wie Iran oder der Türkei, die mit ihnen durch Militärverträge verbunden sind, welche direkt gegen uns gerichtet sind, und in denen Sie Ihre Raketenstützpunkte errichtet haben? Was denn, sollen wir sie etwa ebenso überfallen, wie Sie dies in Kuba taten? Aber diese Länder sind doch ebenso viel schwächer als wir, wie Kuba schwächer ist als die USA. Wenn die Großmächte sich das Recht anmaßen werden, sich nur deshalb in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, weil ihnen die in diesen Ländern betriebene Politik nicht gefällt, so wird das große Gefahren in sich bergen, und hier werden, um mit Ihren Worten zu sprechen, Rechenfehler nicht ausgeschlossen sein. Deshalb sind wir mit Ihrer Erklärung zufrieden, daß Sie in Kuba einen Rechenfehler begangen haben. Wollen wir doch so handeln, daß in Zukunft irgendwelche Fehler nicht mehr zugelassen werden. Das wird zur Ruhe in der Welt beitragen und keine Rechenfehler hervorrufen.

**Kennedy:** Ich bin mit Ihnen einverstanden, daß, wenn der neue Ministerpräsident in Iran die Lage des Volkes nicht grundlegend verändert, in der Regierung dieses Landes Veränderungen vorgenommen werden.

**Chruschtschow:** Aber das geschieht ohne unsre Beteiligung.

**Kennedy:** Was Kuba betrifft, so habe ich nie mit Batista sympathisiert und gesagt, daß ich froh wäre, die Fragen der wirtschaftlichen Beziehungen und andre Fragen auf friedlichem Wege mit Fidel Castro zu lösen.

Meine Meinungsverschiedenheiten mit Castro rühren nicht daher, daß er eine gegen die Monopole gerichtete Politik betreibt, sondern daher, daß er eine Politik verkündet hat, die unter den Bedingungen, da Kuba als Stützpunkt ausgenutzt werden kann, in Lateinamerika eine solche Lage hervorrufen kann, die für die USA nachteilig und gefährlich ist. Es handelt sich also nicht um Kuba als solches.

Iran und die Türkei stellen für Sie natürlich keine Bedrohung dar, obwohl es dort unsre Stützpunkte gibt, ebenso wie Kuba von sich aus keine Bedrohung für die USA darstellt. Aber Sie haben doch selbst mehrfach erklärt, daß Sie die Errichtung einer Ihnen feindlich gesinnten Regierung in einem Nachbarland, z. B. in Polen, nicht dulden werden.

Was Castro betrifft, so würden wir ihn unterstützen, wenn seine Regierung infolge freier Wahlen an die Macht gelangt wäre. Aber Castro hat doch selbst erklärt, daß in Kuba solche Wahlen nicht durchgeführt werden.

Wir erkennen die Regierungen an, die durch freie Willensäußerung des Volkes an die Macht gelangen, selbst wenn sie eine Politik betreiben, die auf eine Annäherung mit Ihnen abzielt. Wir anerkennen und achten z. B. die Regierung der Republik Guinea oder die Regierung der Republik Mali, obwohl sie zu Ihnen enge Beziehungen unterhalten. Wir sind lediglich über solche Regierungen beunruhigt, die die Macht nicht auf Grund der freien Entscheidung des Volkes erobern. Die Hauptsache besteht also darin, daß jegliche Veränderungen, insbesondere in den Gebieten, in denen unsre Interessen sowie die Interessen unsrer Freunde berührt werden, auf friedlichem Wege erfolgen.

Ich bekräftige auch jetzt den von mir ausgesprochenen Gedanken, daß die Tage der Regierungen, die nicht die Hebung des Lebensstandards ihres Volkes sichern, gezählt sind. Aber ich wiederhole, die Hauptsache besteht darin, daß das Volk das Recht hat, seine Regierungsform frei zu wählen. Dabei müssen unsre Länder eine solche Lage vermeiden, bei der unsre nationalen Interessen miteinander in Konflikt geraten.

**Chruschtschow:** Ich bin einverstanden mit Ihrer letzten Schlußfolgerung, Herr Präsident. Ich möchte einige Bemerkungen zu Kuba und zu den andren von Ihnen aufgeworfenen Fragen machen. Ich entnehme Ihren Worten, daß es zwischen uns eine gewisse Ähnlichkeit in der Auffassung dieser Fragen gibt, aber es gibt auch Unterschiede. Ich bin ebenfalls Anhänger des Rechts eines jeden Volkes, seine Regierung frei zu wählen. Das entspricht unsrem Standpunkt, und wir sind ebenfalls der Meinung, daß die Frage der Wahl des einen oder andren sozialen Systems von jedem Volk selbständig entschieden werden muß. Wenn jedoch Fidel Castro beschlossen hat, gegenwärtig keine Wahlen durchzuführen, so gibt das durchaus noch niemandem das Recht, sich in die inneren Angelegenheiten Kubas einzumischen. Würde, angenommen, Fidel Castro seinem Volk nicht die Freiheit geben, dann würde das Volk ganz einfach aufhören, ihn zu unterstützen, und er würde zu einem neuen Batista werden, den das Volk stürzen würde. Aber ich wiederhole: das wird das Volk selbst tun. Eine ganz andre Lage ergibt sich, wenn irgendein drittes Land in der Annahme, in dem einen oder andren Lande werde die Freiheit unterdrückt, dem Volke dieses Landes seine "Hilfe" aufzwingt, wenn es das Volk selbst nicht darum gebeten hat.

Jetzt möchte ich einige Überlegungen hinsichtlich der Inkonsequenz der USA-Politik darlegen. Dabei meine ich nicht Ihre persönliche Politik, da Sie erst vor kurzem in das Weiße Haus eingezogen sind, sondern die Inkonsequenz der amerikanischen Politik überhaupt.

Was für eine Demokratie existiert z. B. in Iran? Der Schah von Iran<sup>26</sup> sagt, er hätte seine Macht von Gott erhalten, aber wir wissen doch, wer er ist. Sein Vater hat die Macht durch Mord und Gewalt erobert, vorher war er einfacher Kavallerie-Wachtmeister. Und einen solchen Menschen unterstützen Sie. Aber als Antwort darauf überträgt das Volk von Iran seinen Haß auf den Despotismus in Iran auch auf Sie. Sie geben in Iran viel Geld aus, um das reaktionäre Regime des Schah zu unterstützen, aber die Liebe des Volkes genießt es ohnehin nicht, weil all Ihr Geld von den käuflichen Menschen in der Umgebung des Schah gestohlen wird.

---

<sup>26</sup> Mohammed Resa Pahlewi.



Oder nehmen Sie Franco<sup>27</sup>. Sie wissen sehr gut, auf welchem Wege er zur Macht gelangte. Sie wissen, daß er die Macht mit Gewalt, mit Hilfe der deutschen und italienischen Faschisten eroberte, und trotzdem unterstützen Sie ihn.

Also wie Sie sehen, gibt es keine Konsequenz in der amerikanischen Politik, und das ist Ihre Schwäche. Es kommt doch so heraus, daß Sie in Wirklichkeit alle reaktionären Regimes Unterstützung erweisen. Das heißt also in den Augen der Völker, daß Sie deren Feinde unterstützen. Und deshalb genießt unsre Politik viel mehr Popularität unter den Völkern als Ihre, Herr Präsident. Man muß mehr Geduld aufbringen und sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Völker einmischen. Mögen sie ihr Schicksal selbst bestimmen.

Fidel Castro sagt nicht, und auch ich kann nicht genau voraussagen, in welche Richtung er und seine Regierung gehen werden, aber er sieht mit eigenen Augen, daß ihn die Sowjetunion in einem für Kuba schweren Augenblick unterstützt, ihm wirtschaftliche Hilfe leistet; Sie aber unternehmen einen Überfall auf Kuba. Deshalb ist es nicht ausgeschlossen, daß Sie ihn durch eine solche Politik dahin bringen, daß er Kommunist wird.

Sie sagten, Sie wären bereit, sich mit Castro auf friedlichem Wege über verschiedene strittige Fragen zu einigen. Nun, wir wären nur froh, wenn das so wäre. Sie sind vielleicht über eine solche Einstellung unsrerseits erstaunt, da es nach außen hin so scheinen mag, als sei es für uns von Vorteil, wenn die Beziehungen zwischen Ihnen und Kuba gespannt sind, da dies Kuba zwingt, sich uns anzunähern. Aber es handelt sich darum, daß wir überhaupt nicht wollen, daß die Beziehungen zwischen irgendwelchen Ländern gespannt sind. Im Gegenteil, wir wollen die Normalisierung der Beziehungen zwischen allen Ländern, darunter auch zwischen den USA und Kuba. Das wird unsres Erachtens die Entspannung nicht nur in Lateinamerika, sondern auch in den übrigen Erdteilen sichern.

Die gleiche Linie verfolgen wir und unsre Verbündeten auch in der Praxis. Nicht vor allzulanger Zeit erfolgte bekanntlich ein Umsturz in der Türkei<sup>28</sup>. Wir haben dabei die Politik der strengen Nichteinmischung und Neutralität verfolgt, da wir der Meinung sind, daß das eine rein innere Angelegenheit des türkischen Volkes ist.

Vor ganz kurzer Zeit erfolgte in Südkorea ein zweiter Umsturz<sup>29</sup>, aber wie Sie sehen, auch Nordkorea hat sich nicht in die inneren Angelegenheiten Südkoreas eingemischt. Wir sind überzeugt, daß die neue Regierung in Südkorea nicht lange an der Macht bleiben wird, da sie ihrem Volke nichts zu geben vermag. Aber ich wiederhole, weder wir, noch unsre Verbündeten - davon bin ich überzeugt - werden sich in die inneren Angelegenheiten dieses Landes einmischen. Eine andre Sache ist es natürlich, wenn Südkorea gedenkt, sich in die inneren Angelegenheiten Nordkoreas einmischen zu wollen, dann wird natürlich die Koreanische Volksdemokratische Republik ihm eine entschiedene Abfuhr erteilen, und wir werden ihr dabei brüderliche Hilfe leisten.

Nehmen wir Laos<sup>30</sup>. Sie wissen doch, Herr Präsident, wer die Krise in diesem Lande hervorgerufen hat. Das hat Ihre Regierung getan und dabei

<sup>27</sup> Francisco F. Bahamonde, Staatschef.

<sup>28</sup> Militärputsch im Mai 1960.

<sup>29</sup> 1960 erzwungener Rücktritt des Präsidenten Syngman Rhee.

<sup>30</sup> Nach dem Sturz der Regierung Souvanna Phouma 1960 Ausbruch eines Bürgerkrieges.

recht unvernünftig gehandelt. Jetzt, wenn wir ganz offen sprechen wollen, schicken Sie Waffen nach Laos, und wir schicken welche, aber den größeren Erfolg in Laos haben diejenigen, denen wir Waffen schicken. Warum? Einfach darum, weil die Waffen, die Sie schicken, gegen das laotische Volk gerichtet sind, und die Soldaten, die diese Waffen bedienen, nicht gegen ihre Brüder kämpfen wollen und nicht kämpfen.

In der Vergangenheit leisteten die USA Tschiangkaischek<sup>31</sup> zum Kampf gegen die Volksarmee Chinas militärische Hilfe im Werte von sechs Milliarden Dollar in Form von Panzern, Flugzeugen, Geschützen und andren Waffen. Aber alles endete damit, daß Mao Tse-tung<sup>32</sup> Tschiangkaischek schlug und Ihre Waffen in die Hände der Volksarmee gerieten, obwohl diese zu jener Zeit schwächer war als jene, die von Ihnen unterstützt wurden.

Sie sehen also, die Geschichte der Revolutionen ist sehr lehrreich, Herr Präsident. Als in unserem Lande die Revolution durchgeführt wurde, waren wir sehr schwach, und die Konterrevolution wurde von den USA, England, Japan, Frankreich, Deutschland und andren Ländern unterstützt. Übrigens habe ich schon einmal gesagt, daß einer ihrer Generäle - ich erinnere mich jetzt nicht an seinen Namen - über diese Zeit ein Buch unter dem Titel "Das Abenteuer der USA in Sibirien" geschrieben hat. Aber es endete damit, daß wir gesiegt haben, da daß Volk nicht gegen die Bolschewiki kämpfen wollte.

Ihre Hilfe und Unterstützung für die reaktionären Kräfte bürgt also eine große Gefahr in sich und kann nur zu großen Komplikationen führen. Denn wenn Sie sich immer und überall einmischen und den reaktionären Kräften helfen werden, die Völker unter ihrer Herrschaft zu halten, dann werden wir dagegen auftreten müssen, und das alles wird zu ernsthaften Komplikationen führen. Deshalb sind wir entschieden für vollständige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines beliebigen Landes. Das ist eine notwendige Voraussetzung für die Sicherung des Friedens.

**Kennedy:** Ich möchte mit Ihrer Erlaubnis die Logik dessen erläutern, was Sie für unlogisch in unsrer Politik halten. Ich mache das nicht deshalb, um mich mit den vergangenen Handlungen der USA zu beschäftigen, sondern um die Beweggründe aufzuzeigen, die dieser Politik zugrunde liegen. Es handelt sich darum, daß wir der Meinung sind, daß gegenwärtig der sowjetisch-chinesische Block einerseits und die USA mit ihren westeuropäischen Verbündeten andererseits vom Standpunkt des Kräfteverhältnisses aus sich im Zustand des Gleichgewichts befinden. Dabei spreche ich jetzt nicht davon, in welcher Richtung sich die Ereignisse in Zukunft entwickeln werden. Sie sind der Meinung, daß die Entwicklung zu Ihren Gunsten verlaufen wird, und ich bin der Meinung, daß dies zu unsren Gunsten geschieht. Aber es bleibt eine Tatsache, ein solches Gleichgewicht der Kräfte existiert gegenwärtig.

**Chruschtschow:** Einverstanden.

---

<sup>31</sup> Richtig Tschiang Kai-schek. Seit 1950 "Präsident der Republik China auf Taiwan". Nach der Niederlage mit der Proklamierung der Volksrepublik China (1. Oktober 1949) hatte sich die Kuo-min-tang-Regierung nach Taiwan zurückgezogen und unter dem Schutz der USA das Territorium behauptet.

<sup>32</sup> Mao Tse-tung, Präsident der Volksrepublik China.

**Kennedy:** In diesem Zusammenhang beunruhigen mich insbesondere drei Momente.

Erstens die Notwendigkeit, daß alle Völker die Möglichkeit haben, ihre Regierungsform auf der Grundlage der gesetzgeberischen Prozesse, die wir alle kennen, frei zu wählen. Wir wünschten, daß dieses Prinzip sowohl in Kuba als auch in Spanien triumphieren möge, obwohl wir uns dessen bewußt sind, daß das gegenwärtig aus diesen oder jenen Gründen nicht möglich ist. Sie fragen, wie wir uns dem kubanischen Regime widersetzen können und gleichzeitig das spanische unterstützen. Aber wir wünschen im Rahmen unsrer Ideologie, daß das Prinzip der freien Wahl überall verwirklicht werde. Das ist unsre allgemeine Meinung zu dieser Frage, obwohl sich natürlich einzelne Momente ändern können.

Zweitens ist es erforderlich, Erwägungen von strategischem Charakter zu berücksichtigen. Spanien ist ein isoliertes Land, das keine Verbündeten hat. Dort herrscht tatsächlich die Diktatur Francos, aber sie ist nicht Teil eines Weltsystems. Mit andren Worten, Spanien ist kein Faktor, der die Macht unsres Systems vergrößert, sondern eine isolierte Einheit.

**Chruschtschow:** Und Ihre Stützpunkte in Spanien?

**Kennedy:** Sie werden mit der Veränderung der Technik der Geschichte angehören.

**Chruschtschow:** Sie werden, aber sie tun es noch nicht.

**Kennedy:** Die USA helfen auch einem solchen kommunistischen Land wie Jugoslawien. Sie fragen, wie sich die Logik einer solchen Politik erklären läßt. Es handelt sich darum, wenn in Spanien das kommunistische Regime gesiegt hätte, das eng mit Ihnen verbunden gewesen wäre, so hätte sich das Kräfteverhältnis zwischen unsren beiden Systemen schroff zu Ihren Gunsten verändert. Wenn aber in Westeuropa eine solche krasse Veränderung des Gleichgewichts erfolgt, so ist das bereits Gegenstand von Besorgnis für mein Land.

Drittens. Ich kann natürlich nicht voraussagen, in welcher Richtung sich diese oder jene Länder entwickeln werden, aber wir sind auf jeden Fall beunruhigt, wenn sich in irgendeinem Lande, z. B. in China, Veränderungen vollziehen, die unsre Lage verschlechtern.

Das ist unser allgemeiner Standpunkt, mit dem Sie natürlich nicht einverstanden zu sein brauchen. Aber er zeigt die Logik, von der wir uns leiten lassen.

Die Laosfrage ruft meine besondere Besorgnis hervor, da wir in diesem Gebiet ziemlich fest durch unsre Verpflichtungen gebunden sind. Das bedeutet, daß die dort stattfindenden Ereignisse die Lebensinteressen der USA und unsre strategischen Pläne berühren. Als ich Anfang dieses Jahres mein Amt antrat, hatten die USA bereits das Protokoll zum SEATO-Pakt<sup>33</sup> unterzeichnet, nach dem sich Laos in der Tätigkeitssphäre dieses Paktes befindet. Ganz offen gesagt, die Politik der USA gegenüber den Ländern in diesem Gebiet war nicht immer weise. Jetzt kann ich nicht genau entscheiden, was

---

<sup>33</sup> Südostasiatischer Sicherheitsvertrag. Seit 1954 Verteidigungsbündnis von Australien, Frankreich, Großbritannien, Neuseeland, Pakistan, den Philippinen, Thailand und den USA, das Kambodscha, Laos und Süd-Vietnam als Interessengebiet einbezog.

das laotische Volk will. Es gibt in Laos 9 bis 10 000 Mann der Truppen der Pathet Lao<sup>34</sup>, es gibt verschiedene andre Kräfte, die einander entgegenwirken, und ich kann nicht mit absoluter Genauigkeit die Wünsche dieses Volkes beurteilen. Mir scheint, daß die Kräfte der Pathet Lao bestimmte Erfolge deshalb erzielen, weil man sie mit dem Bestreben der Laoten nach Veränderungen identifiziert. Denn sie setzen sich doch für eine Änderung der bestehenden Ordnung in Laos ein. Und viele erwarten jetzt dort irgendwelche Veränderungen. Sogar ich selbst wurde in bedeutendem Maße infolge des Wunsches des amerikanischen Volkes nach Veränderungen gewählt.

Ich weiß jedoch nicht, ob die Veränderungen, die die Kräfte der Pathet Lao anstreben, dem Wunsche des Volkes von Laos entsprechen werden oder nicht.

Ein weiterer Faktor, der die Erfolge der Pathet Lao-Kräfte sichert, ist die Hilfe, die sie von der Vietminh<sup>35</sup> erhalten, wodurch sie natürlich gestärkt werden.

Jetzt besteht das Hauptproblem darin, zu versuchen, eine Lösung des Laos-Problems zu finden, die für unsre beiden Länder annehmbar ist und nicht unser Prestige beeinträchtigt. Bereits im März habe ich darauf hingewiesen, daß die Politik der USA auf die Schaffung eines neutralen und unabhängigen Laos gerichtet ist. Den sowjetischen Erklärungen habe ich entnommen, daß auch Sie dies wünschen. Das Problem besteht jetzt darin, festzustellen, was wir unter dem Begriff Neutralität und Unabhängigkeit verstehen. Ich z. B. betrachte solche Länder wie Burma und Kambodscha als neutrale und unabhängige Länder. Ich weiß nicht, wie Sie darüber denken.

**Chruschtschow:** Wir betrachten sie ebenfalls als neutral und unabhängig.

**Kennedy:** Das Hauptproblem in Genf<sup>36</sup> ist jetzt, die wirkliche Feuereinstellung zu sichern und den Mechanismus zu stärken, der die Einhaltung der Waffenruhe durch beide Seiten kontrollieren könnte. Die sowjetische Regierung behauptet, in Laos gäbe es jetzt Fälle von Verletzungen der Waffenruhe durch die Kräfte, die wir unterstützen. Wir sagen, daß die Waffenruhe durch die von Ihnen unterstützten Kräfte u. a. im Gebiet Padonga verletzt wird. Wenn sich im Zuge einer solchen Untersuchung erweist, daß die uns nahestehenden Kräfte das Abkommen verletzen, dann bin ich bereit, die Verantwortung dafür zu übernehmen, aber dafür ist es erforderlich, der Internationalen Kommission<sup>37</sup> Instruktionen zu erteilen, um die entsprechenden Untersuchungen durchzuführen. Wenn wir der Internationalen Kommission die notwendige Unterstützung bei der Untersuchung der Fälle von Verletzungen des Waffenstillstandsabkommen erteilen, dann können wir den nächsten Schritt auf dem Wege zu Schaffung eines neutralen und unabhängigen Laos tun.

<sup>34</sup> Im Norden des Landes gebildete "kommunistische" Gegenregierung.

<sup>35</sup> Abkürzung für Viet-nam Doc Lap Dong Minh Hoi – Liga der Verbände für die Unabhängigkeit Vietnams.

<sup>36</sup> Genfer Laos-Konferenz Mai 1961 bis Juli 1962.

<sup>37</sup> Von der Laos-Konferenz gebildete Internationale Kontrollkommission (Indien, Polen, Kanada), um in dem seit 1960 tobenden Bürgerkrieg eine Feuereinstellung zu erreichen.

**Chruschtschow:** Ich möchte zunächst noch einmal auf die Kubafrage zurückkommen, mit der wir begonnen haben, und auf die Frage der Regime, die wir als verfault betrachten. Ich könnte eine bedeutende Anzahl von Ländern anführen, in denen die Regierungen, die durch Gewaltakte zur Macht gelangten, sich Ihrer Anerkennung und Unterstützung erfreuen.

In Pakistan hat beispielsweise General Ajub Chan<sup>38</sup> ganz einfach den ehemaligen Präsidenten davon gejagt und sich zum Präsidenten des Landes erklärt, aber er ist Ihr Verbündeter und Sie unterstützen ihn. Eine ähnliche Lage gibt es auch in vielen anderen Ländern, u.a. in Lateinamerika, wo Sie die volksfeindlichen Regime unterstützen. Wenn in irgendeinem dieser Länder sich das Volk gegen die reaktionäre Diktatur erhebt, erklären Sie dies unverzüglich für Umtriebe der Kommunisten und treten gegen die Volksregierung auf. Ein solches Herangehen, Herr Präsident, bürgt gefährliche Folgen für die Zukunft in sich. Deshalb rufen wir auch zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder auf. Wenn die Regierung eines Landes Ihrer oder unsrer Meinung nach reaktionär ist, - obwohl wir diesem Wort offenbar einen unterschiedlichen Sinn geben -, dann möge das Volk sie stürzen. Dulden wir das. Das Volk wird selbst entscheiden und eine volksfeindliche Regierung davonjagen.

Jetzt möchte ich einige Überlegungen darüber äußern, daß Sie die Politik der Vorbereitung zum Partisanenkrieg gegen Regime, die Ihnen nicht gefallen, proklamiert haben. Das ist eine gefährliche Linie, denn sie bedeutet im Grunde genommen die militärische Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Völker. Die Entsendung von "Partisanen" in ein fremdes Land zum Kampf gegen das Volk dieses Landes ist zum Scheitern verurteilt. Unser Land hat große Erfahrungen im echten Partisanenkrieg. Die Partisanen in Rußland kämpften gegen Napoleon im Jahre 1812, Partisanen kämpften gegen amerikanische Truppen in Sibirien, Partisanen kämpften erfolgreich gegen Hitler. Aber diese Partisanen vertraten das Volk, sie waren nicht greifbar, sie schützte buchstäblich jeder Strauch auf der heimatlichen Erde, "Partisanen" aus anderen Ländern werden jedoch unweigerlich von den Volkskräften geschlagen; das heißt also, Blut wird fließen, aber Dividende erhält daraus niemand.

Ich weiß selbst sehr gut, was Partisanenkrieg bedeutet, da ich während des Bürgerkrieges über drei Jahre in der Armee verbrachte. Unsre Armee und die Partisanen kämpften zu jener Zeit im Süden, und wir alle trugen damals englische Uniformen, weil wir Denikin<sup>39</sup> zerschlagen hatten, der von den Engländern Uniformen und Waffen erhielt. Unsre Soldaten aber waren hungrig und barfuß, und trotzdem haben wir gesiegt.

Überhaupt, Herr Präsident, haben wir unterschiedliche Auffassungen darüber, was Volkskräfte und was volksfeindliche Kräfte sind. Wollen wir also übereinkommen, uns nicht in die Angelegenheiten anderer Völker einzumischen, und möge jedes Volk sein Schicksal selbst bestimmen. Unter diesen Umständen werden unsre Interessen niemals in Konflikt geraten.

Man muß auch die Tatsache in Rechnung stellen, daß heute andere Zeiten sind und daß es neue, bedrohliche Waffenarten auf der Welt gibt. Ich weiß nicht genau, wieviel dieser Waffen jeder von uns besitzt, und ob zwischen uns ein genaues Gleichgewicht besteht, aber eines steht außer Zweifel: Un-

<sup>38</sup> Richtig Ayub Khan. Setzte 1958 seinen Vorgänger ab.

<sup>39</sup> A. I. Denikin, 1918-1920 russischer Armeeführer im Kampf gegen die Bolschewiki.

ser Land hat genügend von diesen Waffen, um den ganzen Erdball zu zerstören. Also wollen wir uns nicht in fremde Angelegenheiten einmischen.

Gegenwärtig führt Portugal einen Aggressionskrieg gegen Angola<sup>40</sup>. Was soll das Volk von Angola tun? Es bleibt ihm nichts weiter übrig als sich zum heiligen Krieg für seine Befreiung von der Herrschaft Portugals, Ihres Verbündeten, zu erheben. Sie unterstützen die portugiesischen Kolonialherren, wir sind gegen sie. Obwohl die USA keine Kolonien haben, tragen sie im Grunde genommen doch die Verantwortung für die Unterdrückung der Kolonialvölker, da sie die Kolonisatoren unterstützen. So sieht auf jeden Fall Ihre Politik in den Augen der Völker aus. Lassen Sie uns unsre Kräfte gegen Portugal, zur Verteidigung Angolas vereinen. Das wäre doch ein ganz andres Herangehen an das Kolonialproblem.

Einstmals in der Vergangenheit waren die USA der Führer der Befreiungsbewegung und erkämpften selbst im bewaffneten Kampf die Freiheit von den englischen Kolonialherren. In jener Zeit weigerte sich der russische Zar jahrelang, die USA anzuerkennen, er betrachtete sie als einen Staat von Aufrührern, und heute weigern sich die gleichen USA, Volkschina anzuerkennen, weil sie mit der in diesem Lande errichteten sozialen Ordnung nicht einverstanden sind. So hat sich die Lage geändert, Herr Präsident.

**Kennedy:** Zur Angola-Frage haben wir in der UNO mit Ihnen zusammen gestimmt, was übrigens die Unzufriedenheit Portugals hervorgerufen hat. Wie Sie sehen, haben wir also gegen unsren Verbündeten gestimmt. Ich bin überhaupt der Ansicht, daß sich im Verlauf der nächsten Jahre in Afrika große Veränderungen vollziehen werden und daß die Anzahl der unabhängigen Staaten bedeutend ansteigen wird.

**Chruschtschow:** Und wie steht es mit den Aktionen hinsichtlich Ihres Verbündeten, Belgien, in Kongo und Ihres Verbündeten, Frankreich, in Algerien?

**Kennedy:** Wir haben die Aktionen der UNO unterstützt, die vor einiger Zeit dazu führten, daß sich der Einfluß der Belgier in Katanga bedeutend verringerte. Wir haben ständig alle Aktionen unterstützt, die auf die Verringerung des Einflusses Belgiens in Kongo gerichtet waren, wodurch wir die Unzufriedenheit Belgiens hervorriefen. Die Vereinigten Staaten haben die Befreiungsbewegung in Afrika stets unterstützt.

**Chruschtschow:** Nur verteidigen Sie sie mit allzu schüchterner Stimme. Möglicherweise war Belgien unzufrieden, aber noch unzufriedener waren die Kolonialvölker. Im großen und ganzen betreiben die USA eine außerordentlich ungleichmäßige Politik in der Kolonialfrage, und es entsteht der Eindruck, daß sie mehr aus taktischen Erwägungen handeln, und auch das nur mit sehr leiser Stimme. Im wesentlichen unterstützen sie jedoch die Kolonialmächte.

**Kennedy:** Ja, es ist eine Tatsache, daß wir durch die NATO Verbündete vieler Kolonialmächte sind, solcher wie England oder Frankreich, aber es ist auch eine Tatsache, daß im Verlauf der letzten 15 Jahre in der Weltarena etwa 25 neue unabhängige Staaten entstanden sind.

---

<sup>40</sup> Gegen den Unabhängigkeitskampf Angolas gerichtet.

**Chruschtschow:** Ja, aber wie ist das vor sich gegangen und um den Preis welcher Anstrengungen? Hätten die Sowjetunion und die USA ihre Anstrengungen vereint, dann könnte man den kolonialen Einfluß sehr schnell liquidieren. Was den weiteren Entwicklungsweg der neuen unabhängigen Staaten betrifft, so sind wir dafür, daß sie ihn selbst wählen. Dabei machen wir selbstverständlich kein Hehl daraus, daß wir wünschen, diese Staaten würden in ihrer Entwicklung den sozialistischen Weg einschlagen.

**Kennedy:** Wir waren sehr beunruhigt durch ihr Auftreten im Januar<sup>41</sup>. Dabei machten Sie einen Unterschied *zwischen drei Arten von Kriegen und sprachen u.a. davon, daß Sie nationale Befreiungskriege, wie Sie sie nennen, unterstützen*. Das, ich wiederhole es, hat uns beunruhigt, und wir begannen voller Sorge den konkreten Ausdruck dieser Ihrer Politik zu erwarten. Denn oftmals wird in diesen oder jenen Ländern die Macht durch eine unbedeutende Gruppe von Menschen auf kriegerischem Wege, ohne Unterstützung des Volkes erobert. Das beunruhigt uns, unabhängig davon, ob diese Gruppen Ihr oder unser System unterstützen.

In Laos sind gegenwärtig bedeutende Kräfte der Vietminh tätig, aber wir sind der Meinung, daß die Mehrheit des Volkes sie nicht unterstützt. Sie sehen diese Frage anders. Das wichtigste ist unsrer Meinung nach, eine solche Lage zu sichern, daß die Interessen unsrer beiden Länder in solchen Gebieten nicht in Konflikt geraten. Ich strebe danach, daß in Laos das Feuer gelöscht wird, damit nicht die ganze Welt in Gefahr gerät.

**Chruschtschow:** Wir haben verschiedene Auffassungen in der Frage der Volkskriege, und das ist ganz natürlich. Wenn wir von Laos sprechen, dann sind wir, ebenso wie offenbar auch Sie, bemüht, Bedingungen zu schaffen, damit Laos als unabhängiger und neutraler Staat existieren kann. Gegenwärtig werden in Genf Verhandlungen über diese Frage geführt, und ich denke, unsre Außenminister könnten jetzt einen Meinungsaustausch zu dieser Frage führen. Jedenfalls sind wir bereit, auch weiterhin nach gegenseitig annehmbaren Lösungen zu suchen.

Jetzt zu meiner Rede im Januar. Wir betrachten die Angelegenheit folgendermaßen: Die UNO hat einen Beschluß gefaßt, den Kolonialvölkern die Unabhängigkeit zu geben, aber Portugal will diesen Beschluß nicht erfüllen. Wie lange will es sich noch den Beschlüssen der internationalen Organisation widersetzen? Worauf sollen wir denn warten, bis es Portugal einfällt, seinen Kolonien die Freiheit zu schenken, aber vielleicht wird es niemals einverstanden sein, das zu tun. Was also bleibt einem Volk zu tun übrig, als sich zu erheben? Und es erhebt sich gegen das Joch.

Oder nehmen Sie z. B. Algerien. De Gaulle ist ein kluger Mann und würde vielleicht selbst mehr tun als er wirklich tut, um den Krieg in Algerien zu beenden, aber dort treten einige seiner Generale gegen eine Regelung der Algerien-Frage auf. Übrigens ist das eine innere Frage. Das wichtigste besteht darin, daß das algerische Volk - und das sind ihrer Nationalität nach Araber - die Unabhängigkeit will. Was soll es denn tun, sitzen und warten und die Hände in den Schoß legen? Und das Volk erhebt sich zum Kampf, zum heiligen Krieg für seine Freiheit. Solche Kriege werden auch zukünftig geführt werden, und wir werden den kämpfenden Völkern unsre Unterstüt-

<sup>41</sup> Rede in Moskau am 6. Januar 1961.

zung erweisen. Anders kann es auch gar nicht sein, denn die Rechtmäßigkeit eines solchen Kampfes zu leugnen, wäre das gleiche, wie den unterdrückten Völkern zu sagen: wartet, bis ihr eure Freiheit aus den Händen der Unterdrücker erhaltet. Seinerzeit erhob sich das amerikanische Volk zum Kampf gegen die Engländer, und die fortschrittlichen Menschen der ganzen Welt haben Sie unterstützt und sich zusammen mit Ihnen über Ihren Sieg gefreut. Viele andere Völker haben ihre Freiheit und Unabhängigkeit ebenfalls im Kampf gegen ihre Unterdrücker errungen.

Das Sowjetvolk ist gegen jegliche Kriege, seien es Weltkriege oder lokale Kriege. Übrigens gehen wir in dieser Frage viel weiter als Sie, da Sie lokale Kriege anerkennen. Wir anerkennen jedoch das Recht der Kolonialvölker, für ihre Freiheit zu kämpfen, und unterstützen solchen Kampf, obwohl sich unser Staat natürlich selbst nicht in diesen Kampf einmischt. Wir sind der Meinung, daß alle freiheitliebenden Länder die kämpfenden Völker unterstützen müssen.

Jetzt einige Worte zu Ihren Beziehungen zu China, obwohl ich Ihnen von vornherein sage, daß ich nur meine persönlichen Überlegungen ausspreche, denn niemand hat mich bevollmächtigt, mit Ihnen im Namen Chinas zu sprechen.

Ihre Beziehungen zur Volksrepublik China haben gegenwärtig einen Zustand äußerster Verschärfung erreicht, und eine solche Lage wird solange andauern, bis Sie die Okkupation von Taiwan beenden. Das vernünftigste, was die USA tun könnten, wäre, die Volksrepublik China anzuerkennen und Volkschina einen Platz in der UNO zu geben. In der Tat, was ist denn das für eine Organisation der Vereinten Nationen, wenn China in ihr nicht vertreten ist? Aber man kann im voraus sagen, daß China nicht in die UNO gehen wird, wenn dort ein Tschiangkaischek-Vertreter verbleibt, denn das würde eine Diskriminierung Chinas bedeuten.

Ich weiß nicht, ob die USA bereit sind, so realistisch heranzugehen, aber es ist klar, daß das zu einer internationalen Entspannung beitragen würde.

Auf jeden Fall wird China Taiwan befreien.

Die USA haben keinerlei gesetzliche Grundlage, um die Okkupation von Taiwan fortzusetzen. Es gibt ein internationales Abkommen, unter dem die Unterschrift des Vertreters der USA steht und in dem Taiwan als untrennbarer Bestandteil Chinas anerkannt wird.<sup>42</sup> Was die Beziehungen zwischen Tschiangkaischek und Mao Tse-tung betrifft, so ist das eine innere Angelegenheit, und weder Sie noch wir dürfen uns einmischen. Das wäre das vernünftigste und realistischste Herangehen an die Lösung dieser Frage.

Ich freue mich, daß in den USA in letzter Zeit immer häufiger gesunde Stimmen laut werden, die die frühere unrealistische Politik der USA gegenüber China verurteilen. Wie sich die Sache weiter entwickeln wird, kann ich natürlich nicht sagen, aber ich möchte hoffen, daß sich die Lage in Richtung auf eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den USA und China entwickelt, ja und überhaupt der Beziehungen zwischen den Ländern.

Ich wiederhole, alles, was ich hier gesagt habe, sagte ich ohne jeglichen Auftrag seitens Chinas. Das ist mein persönlicher Standpunkt.

**Kennedy:** Ich möchte zwei Bemerkungen als Antwort auf Ihre Ausführungen machen. Erstens über die Erzielung der nationalen Unabhängigkeit

---

<sup>42</sup> 1945 Rückgabe des von Japan besetzten Taiwan an China. Bestätigt im Friedensvertrag von San Francisco, 1951.



durch die afrikanischen Länder. Afrika hat meines Erachtens auf diesem Wege bereits einen gewaltigen Schritt nach vorn getan, wobei die Vereinigten Staaten unveränderlich an der Seite dieser Bewegung standen. Vielleicht hätten wir noch mehr tun können, aber in dieser Frage stoßen wir auf einige Schwierigkeiten hinsichtlich unsrer Beziehungen mit England und Frankreich. Was mich persönlich betrifft, so bin ich bereits 1956 im Senat dafür aufgetreten, den afrikanischen Völkern das Selbstbestimmungsrecht zu geben. Ich glaube, daß die Bewegung für Selbstbestimmung in kürze überall voll und ganz siegen wird und alle afrikanischen Völker frei sein werden.

Die Hauptsache, die in dieser Frage beunruhigt, besteht, wie ich schon sagte, darin, daß sich in der Welt heute ein so klar abgegrenztes Kräfteverhältnis herausgebildet hat, daß, wenn selbst nur einer dieser neuen Staaten auf Ihre Seite übergeht und Ihr System annimmt, dies das bestehende Gleichgewicht kraß zu unsren Ungunsten verändern würde.

Zweitens, einige Worte über China. Gleich nach meinem Amtsantritt auf den Posten des Präsidenten begann in China eine Kampagne heftiger Ausfälle gegen mich, während in der Sowjetunion die Hoffnung ausgedrückt wurde, daß sich mit dem Regierungswechsel in den USA die Beziehungen zwischen den beiden Ländern verbessern würden. Aber ich wiederhole, in China begann seit dem 20. Januar, d. h. seit dem Tage meines Amtsantritts, buchstäblich ein Trommelfeuer, ein Orkan von Angriffen gegen mich und meine Regierung. Ich bin mir natürlich darüber im klaren, daß China ein mächtiges Land ist, dessen Bevölkerung ein Viertel der Erdbevölkerung ausmacht, daß Chinas Macht von Jahr zu Jahr wächst und daß sich die schlechten Beziehungen zwischen den USA und China unvermeidlich auf die Lage in der ganzen Welt auswirken. Aber wenn wir Taiwan verlassen, so beeinträchtigt dies die strategischen Interessen und die Sicherheit der USA und führt zu Verstärkung der Gefahr, daß sich Chinas Einfluß auf seine Nachbarstaaten in Asien ausdehnt.

**Chruschtschow**: Sie haben eine interessante Konzeption, Herr Präsident. Wir können natürlich keinesfalls damit einverstanden sein. Ich beginne jetzt anscheinend, Ihr Verhältnis zur Politik der Neutralität zu verstehen. Sie erkennen also offenbar nur ein solches Land als neutral an, das im Fahrwasser Ihrer Politik segelt, wenn ein Land jedoch eine andre Politik verfolgt, dann erkennen Sie offenkundig diese Neutralität nicht an.

**Kennedy** (unterbricht): Wir glauben an die Möglichkeit der Existenz von Staaten mit unterschiedlichen sozialen Systemen unter der Bedingung, daß sie eine unabhängige Politik betreiben. Als Beweis dafür kann die Tatsache dienen, daß die USA Jugoslawien, Indien (dem auch Sie Hilfe leisten), Burma und andren Staaten helfen. Beunruhigung ruft bei uns nur hervor, daß im Falle des Sieges Ihrer Ideen in diesem oder jenem Lande, dieses Land sich fest an Ihre Politik anschließt, und das berührt unvermeidlich unsere Sicherheit. Sie wären in nicht geringerem Grade beunruhigt, wenn beispielsweise ein Land wie Polen plötzlich eine der Sowjetunion fremde Politik betreiben würde.

**Chruschtschow** (setzt den vorher begonnenen Gedanken fort): Die Sowjetunion betreibt eine Politik der vollständigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder und achtet die Neutralität eines jeden

Landes, unabhängig von dessen Entwicklungsweg. Wir sind der Ansicht, daß das eine rein innere Frage ist. Dabei gehören unsre Sympathien natürlich denjenigen, die den sozialistischen Entwicklungsweg beschreiten, aber gleichermaßen erkennen wir auch die kapitalistischen Länder an. Und hierin besteht der Unterschied zwischen unsrer Einstellung und der Einstellung der USA. Sie sprachen davon, was passieren würde, wenn irgendein Land in Afrika den Weg des Sozialismus beschritte. Wenn man sich die Sache so vorstellt, daß sich die kapitalistischen Länder in dem einen Topf befinden und die sozialistischen in dem andren, so würde in diesem Falle ein Tropfen aus dem kapitalistischen Topf in den sozialistischen hinüberfließen. Wenn aber die UdSSR und die USA anfangen, sich in diesen Prozeß einzumischen und zu helfen - Sie den kapitalistischen Kräften und wir den sozialistischen -, so kann das zu einer gefährlichen Lage und sogar zum Kriege führen.

Vor kurzem führte ich Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten von Somali. Was ist das für ein Mensch? Er wurde in Italien erzogen, aber er kam zu uns in die Sowjetunion, um wirtschaftliche Hilfe zu erbitten. Dabei sagte er, er wünsche, daß sich sein Land auf sozialistischem Wege entwickle. Wie aber verstehen eine ganze Reihe von Ländern in Asien und Afrika in Wirklichkeit den sozialistischen Entwicklungsweg? Denn auch Nasser<sup>43</sup> und Nehru<sup>44</sup>, Nkrumah<sup>45</sup> und Sukarno<sup>46</sup> sowie eine Reihe anderer Führer von Ländern in Asien und Afrika haben davon gesprochen, daß sie ihr Land auf sozialistischem Wege entwickeln wollen. Was für einen Sozialismus kann es aber in der VAR geben, wenn Nasser alle Kommunisten ins Gefängnis gesperrt hat? In Indien genießt die Kommunistische Partei ebenfalls nicht die Unterstützung Nehrus, trotzdem leisten wir Indien Hilfe.

Das ist eben die Politik der Nichteinmischung in der Praxis. Wenn sich irgendein Land auf kapitalistischem Wege entwickelt, dann hoffen wir natürlich, daß es mit der Zeit auf den sozialistischen Weg kommt, diesen Übergang jedoch aus eignen Kräften, entsprechend den Wünschen seines Volkes vollzieht. Darin besteht der Unterschied zwischen Ihrer und unsrer Einstellung.

Deshalb war es sehr merkwürdig, Ihr Argument zu hören, es würde die strategischen Interessen der USA beeinträchtigen, wenn sie aus Taiwan abzögen. Aber eine solche Politik kann doch nur zu weiteren Verschärfungen und letzten Endes zum Kriege führen.

Sie haben um unser Land herum ein ganzes Netz von Stützpunkten errichtet. Aber das ist unvernünftig, da es nur zur weiteren Verschärfung der internationalen Situation und zur Verelendung der Völker führt, auf deren Territorium diese Stützpunkte liegen. Diese Völker sind doch, wie man so sagt, arm wie eine Kirchenmaus. Es kann nur einen Ausweg geben: das Volk wird gegen eine solche Lage aufstehen. Dann werden Sie wieder sagen, wir, die Kommunisten sind schuld daran, aber in Wirklichkeit ist das nicht der Fall. Das Volk steht vor der Wahl: sich entweder auf militaristischem Wege zu entwickeln, aber dabei bleibt es im Elend, oder sich zu erheben und seine Freiheit und unabhängige Entwicklung zu erkämpfen.

Der vernünftigste Weg besteht darin, seine bewaffneten Streitkräfte auf seinem eigenen Territorium zu behalten. Wir sind Anhänger dieses Weges.

---

<sup>43</sup> G. Abd el Nasser, Staatspräsident von Ägypten.

<sup>44</sup> J. Nehru, Premierminister Indiens.

<sup>45</sup> K. Nkrumah, Staatspräsident von Ghana.

<sup>46</sup> Sukarno, Staatspräsident der Republik Indonesien.

Wenn Sie heute noch nicht begreifen, daß das der vernünftigste Weg ist, dann werden Sie es morgen begreifen; ja, Sie beginnen bereits, das zu verstehen, wenn man nach Ihrer kürzlichen Erklärung urteilt, daß Sie die Frage der amerikanischen Stützpunkte im Ausland überprüfen werden.

Was Taiwan betrifft: wenn Sie es nicht freiwillig an China zurückgeben, so werden die Chinesen offenbar keinen andren Ausweg haben als Taiwan mit Gewalt zu befreien.

Hinsichtlich der kritischen Bemerkungen, die in China gegen Sie gemacht wurden: seinerzeit hat man Sie auch in unsrem Lande kritisiert. Allerdings habe ich persönlich Sie nicht kritisiert, denn in meiner Einstellung zu Ihnen ließ ich mich von der Hoffnung leiten, daß sich mit Ihrem Einzug ins Weiße Haus gute Beziehungen zwischen uns und den USA entwickeln. Wenn diese meine Hoffnungen jedoch nicht in Erfüllung gehen und es sich herausstellt, daß ich mich in meinen Erwartungen geirrt habe, dann werde zweifellos auch ich Sie kritisieren.

Stellen Sie diplomatische Beziehungen zu China her. Schon das allein wird hinsichtlich der gegenseitigen kritischen Bemerkungen an die Adresse beider Regierungen zu vielem verpflichten. Die Politik der Volksrepublik China gegenüber Taiwan ist gerecht. Uns ist diese Politik vollkommen verständlich und wir unterstützen sie. Wie bekannt, haben wir während des Bürgerkrieges die amerikanischen und japanischen Interventen aus dem Fernen Osten vertrieben, haben wir die Franzosen, Engländer und andren Interventen aus unsrem Lande verjagt. Man braucht nicht daran zu zweifeln, daß jedes Volk für die Befreiung seines Territoriums kämpfen wird. Das ist noch ein Beispiel des heiligen Krieges, des Krieges um die Freiheit; das ist kein Aggressionskrieg, sondern ein Volkskrieg, ein Krieg um die Unabhängigkeit.

**Kennedy:** Sie sprachen hier von Ländern, deren Regierungen wir unterstützen, obwohl, wie Sie sagen, diese Regierungen nicht die Unterstützung des Volkes genießen. Vielleicht ist das wirklich so. Aber ich denke, wenn das Volk Polens das Recht erhielte, frei zu wählen, dann würde die gegenwärtige Regierung möglicherweise nicht gewählt werden. Aber die gegenwärtige Regierung in Polen ist an der Macht, und das ist eine Tatsache, der wir Rechnung tragen, obwohl sie, wie mir scheint, nicht die Unterstützung der Mehrheit des Volkes genießt.

Diese Frage werden wir beide offensichtlich nicht lösen können. Aber es gibt einige konkrete Fragen, die wir regeln könnten. Wenn z. B. ein Fortschritt bei der Lösung der Laos- Frage erreicht würde, dann wäre das ein nützlicher Schritt; ebenso wenn es uns gelingen würde, die Frage des Verbots von Kerntests zu lösen. Die Regelung dieser Fragen würde dazu beitragen, die Beziehungen zwischen unsren beiden Ländern zu verbessern und würde auch das allgemeine internationale Klima verbessern.

**Chruschtschow:** Ich möchte Ihnen, Herr Präsident, auf die Frage Polen antworten. Sie irren sich in Ihrem Gedankengang, und außerdem zeigen sie Nichtachtung gegenüber einer Regierung, mit der Ihr Land normale diplomatische Beziehungen unterhält. Man sollte von der Regierung der Volksrepublik Polen nicht sagen, sie wäre nicht vom Volke gewählt. Denn als Antwort auf eine solche Äußerung Ihrerseits könnte Polen mit nicht geringerem Recht das gleiche auch von Ihrem Lande behaupten. Wenn wir unsre

Beziehungen so aufbauen, dann werden wir nicht nur zu keiner Verbesserung kommen, sondern werden sie in einen Zustand noch größerer Spannungen versetzen.

Was aber Polen betrifft, so überprüfen Sie, ob Ihre Überlegungen richtig oder unrichtig sind. In diesem Lande gab es Wahlen, und zwar wurden sie auf Grund eines Wahlsystems durchgeführt, das demokratischer ist als das Wahlsystem der USA.

**Kennedy** (unterbricht): Sie sagen, daß das Wahlsystem in Polen demokratischer ist als in den USA?

**Chruschtschow**: Natürlich, sie sind überhaupt nicht zu vergleichen.

**Kennedy**: Aber dort stellt sich doch nur eine Partei zur Wahl.

**Chruschtschow**: Nun, in den USA gibt es zwar zwei Parteien, aber im Grunde genommen gibt es zwischen ihnen keinen Unterschied. Das ist nichts anderes als ein Betrug am Volke. Man muß in seinen Einschätzungen vorsichtiger sein, Herr Präsident. Man braucht nicht unbedingt damit einverstanden zu sein, was in andren Ländern vor sich geht, aber man darf sich auch nicht einmischen.

Übrigens, lassen Sie uns ein öffentliches Streitgespräch darüber führen, welches System demokratischer ist. Wir werden bei Ihnen auftreten, und Sie bei uns. Wir fürchten ein solches Streitgespräch nicht.

Lassen Sie uns die Festigkeit der sozialen Ordnung in den europäischen Ländern prüfen. Wollen wir doch unsre Truppen aus allen Ländern Europas abziehen: wir ziehen unsre Truppen aus Polen, Ungarn und Deutschland ab, und Sie ziehen Ihre Truppen aus den Ländern Europas ab, in denen sie sich befinden, damit die Völker dieser Länder keinen Druck von außen verspüren, und dann werden Sie sich davon überzeugen, daß Sie sich mit Ihren Einschätzungen geirrt haben.

Sie haben nicht recht mit Ihrer Konzeption, daß, wenn die USA ihre Truppen aus Taiwan abziehen, die strategische Lage der USA darunter zu leiden hätte. Wenn das so wäre, wie sollte sich dann China zur Okkupation Taiwans verhalten? Wenn Sie wirklich auf solchem Standpunkt stehen, dann bezweifle ich einfach, ob Ihre Regierung überhaupt die friedliche Koexistenz wünscht, oder ob sie im Grunde genommen nur nach einem Vorwand sucht, um einen Krieg zu beginnen. In diesem Falle unterstützen wir die Anstrengungen Chinas, die auf die Befreiung Taiwans gerichtet sind. Einen andren Ausweg gibt es nicht. Vielleicht kommt es den USA einmal in den Sinn, die Krim zu erobern, um ihre strategischen Positionen zu verbessern. Das würde tatsächlich Ihre Positionen bedeutend verbessern. Aber wie soll sich dann die andre Seite verhalten?

Das ist ein Ausdruck der Dullesschen Politik der Stärke. Aber jetzt sind andre Zeiten, Herr Präsident. Und eine solche Politik kann man schon nicht mehr betreiben. Die Politik des Diktats ist unter den gegenwärtigen Umständen unmöglich.

Nun zu Laos. In Genf findet gegenwärtig die Konferenz statt. Sollen sie dort verhandeln. Wir werden unsrerseits alle Anstrengungen unternehmen, damit in Laos eine solche Regierung gebildet wird, die selbständig ihr Land regiert. Aber andererseits können wir nicht damit einverstanden sein, daß die

Internationale Kommission sozusagen in der Rolle einer Überregierung auftritt und Laos regiert

**Kennedy:** Gestatten Sie mir, auf Ihre Bemerkungen zu antworten, ohne die Fragen Polen und Taiwan zu berühren.

Ich bin einverstanden, daß die Internationale Kommission Laos nicht regieren darf. Ich strebe nur danach, daß sie die Wirksamkeit der Feuereinstellung kontrolliert. Ihre Regierung erklärt, die Feuereinstellung werde von den Kräften verletzt, die unsre Unterstützung genießen, wir unsrerseits sagen, das Abkommen über die Feuereinstellung wird von denen verletzt, die Sie unterstützen. Mir scheint, daß die Internationale Kommission in Laos selbst sehr leicht die Lage untersuchen und buchstäblich im Laufe einiger Tage der internationalen Konferenz einen Bericht senden könnte. Dann werden wir uns davon überzeugen, daß die Feuereinstellung eingehalten wird, und könnten zum nächsten Schritt übergehen, und zwar zur Frage der Bildung einer neutralen und unabhängigen Regierung von Laos

**Chruschtschow:** Wir gehen verschieden an die Laos-Frage heran. Sie erklären, an den Kampfhandlungen in Laos würden angeblich vietnamesische Kräfte teilnehmen. Ich verfüge nicht über eine solche Information und bin der Meinung, daß sie nicht den Tatsachen entspricht. Wenn wir schon die Wahrheit sagen, dann ist es eine Tatsache, daß die Kampfhandlungen in Laos durch die Vereinigten Staaten von Thailand aus organisiert wurden.

**Kennedy:** Unabhängig davon, wer von uns recht hat, besteht das Hauptproblem darin, den Frieden in Laos ohne militärische Aktionen seitens Vietnams, Thailands, Amerikas oder irgendeines andren zu sichern. Unabhängig von den vergangenen Ereignissen muß eine vollständige Einstellung der Kampfhandlungen erreicht und die Ausarbeitung eines Plans zur Bildung eines neutralen und unabhängigen laotischen Staates in Angriff genommen werden.

**Chruschtschow:** Damit bin ich einverstanden, aber man muß zugeben, daß das in erster Linie von einer Übereinkunft zwischen den drei in Laos bestehenden Hauptkräften abhängt. Hieraus ergibt sich auch unsre und Ihre Aufgabe: alles, was möglich ist, zu tun, damit sich diese drei Kräfte verständigen. Sonst kann es passieren, daß wir zu einer Übereinkunft gelangen, aber irgendeine dieser Kräfte sich weigert, sich zu unterordnen. Aber deshalb werden wir doch nicht kämpfen?

**Kennedy:** Mir scheint, unsre Länder sollten auf die Kräfte einen Einfluß ausüben, mit denen sie Kontakte unterhalten, um sie zu bewegen, der Internationalen Kommission zu gestatten, an Ort und Stelle mögliche Fälle von Verletzungen der Feuereinstellung zu prüfen.

**Chruschtschow:** Ich bin dafür. Wir müssen auf die drei Gruppen<sup>47</sup> in Laos einwirken, damit sie tatsächlich die Feuereinstellung verwirklichen

---

<sup>47</sup> Nach den politischen Positionen der drei laotischen Prinzen: Boun Oum (prowestlich), Souvanna Phouma (neutralistisch), Souvanna Vong (Pathet Lao). 1962 Bildung einer Koalitionsregierung der drei Gruppen unter Ministerpräsident Souvanna Phouma.

und die Bildung einer Koalitionsregierung in Angriff nehmen, welche eine wirklich neutrale Politik betreiben würde.

**Kennedy:** Ich bin damit einverstanden, selbst wenn eine solche Regierung ein System wählt, das nicht den Ideen der USA entspricht.

**Chruschtschow:** Das ist eine innere Angelegenheit von Laos.

**Kennedy:** Vielleicht gelingt es uns, heute abend oder morgen früh über die Kernwaffenexperimente, und dann über Deutschland zu sprechen.

**Chruschtschow:** Ich möchte mit Ihnen über diese Fragen sprechen, aber ich möchte die Frage der Einstellung der Kernexperimente mit dem Abrüstungsproblem verbinden. Ich bin bereit, Ihnen unsren Standpunkt darzulegen.

Was Deutschland betrifft, so muß man endlich einen Friedensvertrag abschließen. Ich möchte hoffen, daß Sie in dieser Frage Verständnis zeigen, um zusammen einen solchen Vertrag abzuschließen. Das würde zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen unsren Staaten führen. Wenn Sie jedoch nicht die Bereitschaft dazu zeigen, werden wir einseitig einen Friedensvertrag mit Deutschland abschließen und dabei vor nichts haltmachen.

Also wollen wir unsre Unterredung morgen früh fortsetzen.

**Kennedy:** Herr Vorsitzender, mit Ihnen ist es offenbar schwerer, übereinzukommen als mit General de Gaulle.

**Chruschtschow:** de Gaulle ist ein kluger Mann, und ich erinnere mich mit Genugtuung an unsre Unterredungen im vergangenen Jahr<sup>48</sup>.

Damit ist die Unterredung beendet.

### **Niederschrift der Unterredung N. S. Chruschtschows mit J. Kennedy vom 4. Juni 1961**

Die Unterredung begann um 10<sup>30</sup> Uhr in den Räumen der Sowjetischen Botschaft in Wien. Anwesend waren: von sowjetischer Seite die Genossen Gromyko, Menschikow, Dobrynin und Suchodrew von amerikamischer Seite die Herren Rusk, Bohlen, Kohler, Thompson und Acalovsky.

Zu Beginn wurde über die industrielle Entwicklung der Sowjetunion gesprochen. N. S. Chruschtschow sprach u.a. von den riesigen Eisenerzvorkommen, die unlängst im Raum von Kursk festgestellt wurden. Die allein in diesem Raum bereits erkundeten Vorkommen belaufen sich auf 30 Milliarden t, das ist sechsmal so viel wie die in den USA erkundeten Eisenerzvorkommen. Die Gesamtvorräte an Eisenerz in diesem Raum betragen nach

---

<sup>48</sup> März 1960.

Berechnungen der Geologen 300 Milliarden t. Diese Vorkommen reichen also völlig aus, um eine ununterbrochene und schnelle wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion zu gewährleisten.

**Kennedy:** Die Sowjetunion hat wirklich gewaltige Erfolge auf industriellem Gebiet und in der Eroberung des Kosmos erreicht, und ich zweifle nicht, daß sich Ihre Wirtschaft auch künftig schnell entwickeln wird. Um so unverständlicher ist es, Herr Vorsitzender, warum Sie angesichts der vielen Aufgaben in Ihrem Lande ein solches Land wie Laos interessiert.

**Chruschtschow:** Die Sowjetunion hat keinerlei besonderes Interesse an Laos, sie ist nur daran interessiert, daß in diesem Lande Frieden herrschen möge.

**Kennedy:** Herr Vorsitzender, ich bin nicht gewiß, ob wir uns im Verlauf unserer Gespräche in allen Fragen verständigen können, obwohl ich Ihnen für die Offenheit während unserer gestrigen Begegnung sehr verbunden bin. Ich glaube jedoch, daß wir uns in einer solchen Frage wie Laos verständigen können. Wir sind doch gestern mit Ihnen übereingekommen, daß unsere strategischen Interessen in Laos nicht berührt werden, obwohl die USA natürlich andererseits als Folge der übernommenen Verpflichtungen traditionelle Beziehungen zu Laos unterhalten. Meine Absicht ist, die Neutralität und Unabhängigkeit von Laos zu sichern. Nach den Erklärungen der Sowjetunion zu Laos darf man annehmen, daß Sie ebenfalls dieses Ziel anstreben. Mir scheint, daß es jetzt am wichtigsten ist, eine wirkliche Feuereinstellung zu gewährleisten und dann die Bildung einer laotischen Regierung zu erreichen, die eine Politik der wirklichen Neutralität durchführt. Wir sind mit Ihnen gestern übereingekommen, daß Burma und Kambodscha Musterbeispiele neutraler Länder sind, und daß es wünschenswert wäre, wenn sich Laos ebenfalls zu einem solchen Staat entwickelt. Das zeigt, daß wir uns mit Ihnen über Laos verständigen können. Zu allererst ist es jedoch nach unserer festen Überzeugung notwendig, eine wirksame Feuereinstellung zu sichern. Unseren Quellen zufolge operieren in Laos nordvietnamesische Kräfte. Sie erklären, daß sich dort thailändische Truppen befänden. Wenn die beiden Vorsitzenden der Genfer Konferenz jetzt Weisungen an die Internationale Kommission geben würden, eine entsprechende Untersuchung durchzuführen, dann könnten anschließend beide Seiten Anstrengungen zur Schaffung eines neutralen laotischen Staates unternehmen. Sie haben sich gestern gegen das gewandt, was Sie als Dulles'sche Politik der Stärke bezeichnen, und Sie sagten u.a., daß es unmöglich sei, eine solche Politik weiter zu führen.

**Chruschtschow:** Das ist nicht meine Formulierung. Dulles selbst hat diese Politik so genannt.

**Kennedy:** Ja, das weiß ich. Und ich will eben in Laos eine Änderung der amerikanischen Politik durchsetzen, um diesem Land eine echte Neutralität zu sichern. In diesem Teil der Welt wurden doch unsere beiden Länder unmittelbar und offen in die dortigen Ereignisse hineingezogen, und vielleicht können wir gerade hier eine Regelung zustande bringen. Wenn wir die entstandene zugespitzte Lage in den Beziehungen zwischen unseren Staaten wirklich verändern wollen, so könnten wir vielleicht gerade hier beginnen,

da Laos, wie wir mit Ihnen gestern gemeinsam festgestellt haben, keine große Bedeutung vom Standpunkt unserer strategischen Interessen hat, um dann unsere gemeinsamen Anstrengungen auf eine Verständigung auch in den anderen Fragen zu richten.

**Chruschtschow:** Ich bin mit Ihrer allgemeinen Schlußfolgerung einverstanden. Wir sind tatsächlich durch keinerlei Verpflichtungen in bezug auf Laos gebunden, und wir haben auch nicht vor, irgendwelche Verpflichtungen gegenüber diesem Lande einzugehen. Wenn wir Laos Hilfe geleistet haben, so nur auf Ersuchen der Regierung Souvanna Phouma, die die einzig rechtmäßige Regierung dieses Landes ist. Diese Regierung wurde durch äußere Kräfte mit aktiver Unterstützung der USA aus Laos vertrieben. Wir betrachten diese Handlungen der USA als eine grobe Einmischung in die inner-laotischen Angelegenheiten und erkennen deshalb auch weiterhin die Regierung Souvanna Phouma als rechtmäßige Regierung von Laos an. Wir haben in Laos keinerlei wirtschaftliche, politische oder sonstige Interessen. Dieses Land ist weit von uns entfernt, und wir wollen uns auch gar nicht durch irgendwelche Verpflichtungen binden und die Verantwortung für diese oder jene Teile der Welt übernehmen.

Sie sagen, die USA seien durch irgendwelche Verpflichtungen gegenüber Laos gebunden, aber wir können uns mit einer solchen Position nicht einverstanden erklären. In der Tat, mit welchem Recht erteilen Sie nach links und rechts Ablaßbriefe wie der römische Papst? Aus welchem Grunde halten Sie sich für berechtigt zu einer Einmischung in den verschiedensten Teilen der Welt? Wir können Ihnen ein solches Recht nicht zugestehen und führen unsere Politik dementsprechend durch. Am besten ist es, keine solche Verpflichtungen einzugehen. Wenn Sie auch künftig irgendwelche Rechte auf die Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder geltend machen, so kann das ein schlechtes Ende für Sie nehmen.

Entschuldigen Sie meine Offenheit, Herr Präsident, aber ist das nicht Größenwahn, wenn die USA das Recht für die Einmischung in fremde Angelegenheiten beanspruchen? Halten sich die USA wirklich für so reich und stark, daß sie die Rechte der anderen Völker mißachten und auf eine Sonderstellung für sich Anspruch erheben können? Wir werden uns mit einer solchen Lage nicht abfinden. Als Antwort auf Ihre Handlungen werden wir den Völkern jener Länder, in deren Angelegenheiten Sie sich entgegen deren Interessen einmischen, Hilfe leisten.

Wenn Sie die Lage in der Welt wirklich normalisieren wollen, wenn Sie tatsächlich wünschen, daß unsere Interessen nirgends kollidieren, so verzichten Sie auf eine derartige Pose, die etwa so aussieht: hier, an diesem Platz, stehen wir, die Vereinigten Staaten, und deshalb hat niemand außer uns das Recht, seine Nase hier herein zu stecken. Wir werden uns mit einer solchen Lage niemals abfinden und als Antwort darauf unsere Nase hineinstecken und den Völkern helfen, deren Interessen Sie beeinträchtigen. Das wird natürlich zu einer Verschärfung der Beziehungen führen, was wir nicht wollen. Um eine solche Verschärfung zu vermeiden, ist nur das eine erforderlich: die Rechte der anderen Völker zu achten.

*Die Sowjetunion hat niemanden gegenüber, außer den sozialistischen Ländern, irgendwelche Verpflichtungen. Die USA jedoch haben, bildlich gesprochen, ihre "Interessen" über den ganzen Erdball verstreut.* Es ist jetzt aber eine andere Zeit, Herr Präsident, und die Kräfte sind jetzt ausge-



glichen, wie Sie selbst gestern zugaben. Ich spreche nicht deshalb davon, um diese Tatsache als Argument in unserer Unterredung zu benutzen, sondern nur um zu betonen, daß es zur Normalisierung der Beziehungen notwendig ist, die Beziehungen auf der Grundlage der Nichteinmischung in fremde Angelegenheiten zu gestalten, den anderen nicht auf die Hühneraugen zu treten, sich korrekt zu verhalten, die gegenseitigen Interessen und die Interessen der anderen Völker nicht zu beeinträchtigen.

**Kennedy:** Ich werde Ihnen ebenfalls in aller Offenheit antworten, Herr Vorsitzender. Als ich am 20. Januar mein Amt antrat, waren die von mir erwähnten Verpflichtungen gegenüber Laos bereits übernommen worden. Warum und aus welchem Grund sie übernommen wurden, das ist eine andere Frage, die hier zu erörtern wahrscheinlich keinen Sinn hätte. Die Hauptsache, worum ich mich jetzt bemühe, ist, daß die USA und die UdSSR eine Politik durchführen mögen, um durch gemeinsame Anstrengungen die Neutralität von Laos zu gewährleisten. Ich möchte die gegenwärtigen Verpflichtungen der Vereinigten Staaten keineswegs vergrößern. Im Gegenteil, ich möchte sie verringern und klären, wie das erreicht werden kann.

Sie haben einige Einwendungen gegen unsere Bewertung bestimmter historischer Ereignisse vorgetragen. Ich könnte aber ebenfalls solche Einwendungen vorbringen. Doch nicht das ist die Hauptsache. In Laos muß jetzt vor allem eine wirkliche Einstellung des Feuers und jeglicher Kampfhandlungen gesichert werden, es muß eine wahrhaft neutrale Regierung gebildet werden, die weder an die USA noch an ein anderes Land gebunden ist. Wir sind zur Genfer Konferenz eben mit dem Ziel gekommen, eine beiderseitig annehmbare Lösung zu finden und eine reale Feuereinstellung durchzusetzen, um dann den nächsten Schritt zu tun: die Bildung eines neutralen und unabhängigen Laos. Das ist meine Politik, und ich hoffe, daß Sie ihr zustimmen werden.

**Chruschtschow:** Ich begrüße alles das, was Sie jetzt gesagt haben, und würde es an Ort und Stelle unterschreiben. Das gefällt mir. Sie haben gerade im Grunde genommen unsere Haltung in der Laos-Frage wiedergegeben.

Ich hätte noch eine kleine Bemerkung. Das ist natürlich ihre interne Angelegenheit, und wir werden das hier nicht erörtern, aber Sie haben Laos als ein Erbstück von der früheren Regierung übernommen. Wir haben dafür Verständnis. Aber bei den laotischen Ereignissen ist auch Ihre Hand im Spiele, Herr Präsident. Sie haben doch kurz vor dem Zusammentritt der internationalen Konferenz den Befehl gegeben, daß Ihre in Laos als Berater Hosavans befindlichen Offiziere Uniformen tragen sollen.

**Kennedy:** Zu diesem Zeitpunkt fanden in Moskau zwischen den beiden Vorsitzenden Verhandlungen über die Einberufung der internationalen Konferenz statt, aber die militärische Lage in Laos besserte sich nicht, und ich habe tatsächlich einen solchen Befehl gegeben, damit die USA in einer für sie günstigeren Situation zur Konferenz kommen können.

**Chruschtschow:** Außerdem haben Sie den Befehl gegeben, Herr Präsident, in Laos amerikanische Marine-Infanterie an Land zu setzen. Allerdings haben Sie diesen Befehl später widerrufen.

**Kennedy:** Einen solchen Befehl gab es nicht.

**Chruschtschow:** Jedenfalls hat das die amerikanische Presse geschrieben (Kennedy nickt zustimmend mit dem Kopf).

Sie sagen, daß die USA vor Ihrem Amtsantritt als Präsident irgendwelche Verpflichtungen übernommen hätten. Was wäre aber, wenn die Sowjetregierung fortfahren würde, alle unvernünftigen Beschlüsse durchzuführen, die beispielsweise von meinen Vorgängern in der Funktion des Vorsitzenden des Ministerrates, Bulganin<sup>49</sup> und Malenkov<sup>50</sup>, gefaßt wurden? Wir haben bekanntlich sofort alle unter ihnen gefaßten unvernünftigen Beschlüsse aufgehoben.

Ich hatte seinerzeit eine große Auseinandersetzung mit Molotow<sup>51</sup> in der Frage des Abschlusses des österreichischen Staatsvertrages.<sup>52</sup> Molotow war gegen den Abschluß des Vertrages; und ich habe ihm einem regelrechten Kampf geliefert. Ich hatte die Unterstützung der Mehrheit unserer Regierung, und wir haben dann gemeinsam mit Ihnen den österreichischen Staatsvertrag unterzeichnet. Ich bin, wie Sie wahrscheinlich gemerkt haben, besonders empfindlich in der Frage unserer sogenannten Verpflichtungen. Auf dieser "Grundlage" könnten Sie ja schließlich eines Tages wiederum den Befehl geben, irgendwo Marine-Infanterie zu landen. Aus der Physik ist jedoch bekannt, daß jede Wirkung eine entsprechend große Gegenwirkung erzeugt. Sie werden Ihre Marine-Infanterie entsenden, aber die anderen können entsprechende Gegenmaßnahmen treffen, und dann werden wir ein neues Korea haben. Wollen wir doch lieber mehr Vernunft walten lassen und solche Handlungen in Zukunft verhindern.

Ich war über Ihre letzten Worte erfreut, weil sie auch die Politik der Sowjetregierung zum Ausdruck bringen. Ich kann Sie versichern, Herr Präsident, daß wir als Sowjetregierung alles zu tun bereit sind, um eine Verständigung in dieser Frage zu erreichen. Dabei hängt aber nicht alles von uns allein ab. Selbst wenn wir uns verständigen, aber die drei in Laos wirkenden Kräfte zu keiner Verständigung kommen, wird unsere mit Ihnen getroffene Übereinkunft nur leerer Schall und Rauch sein. Deshalb muß jeder von uns auf die entsprechenden Kräfte in Laos einwirken, damit sie unserer Politik folgen und Maßnahmen zur Bildung einer einheitlichen Regierung treffen.

Ich glaube daran, daß die USA in Laos keine materiellen Vorteile suchen. Was Ihre strategischen Interessen betrifft, so erinnere ich an Ihre gestrige Äußerung zu dieser Frage, als Sie sagten, man könne erwarten, daß Sie aus strategischem Interesse auch die Krim erobern wollten.

**Kennedy:** Das wäre schwer zu verwirklichen.

**Chruschtschow:** Das stimmt, Herr Präsident. Das verstehen Sie sehr richtig.

Was Taiwan betrifft, so gehen unsere Interessen tatsächlich auseinander. Schieben wir also alles beiseite, was zu einem Zusammenstoß zwischen uns

<sup>49</sup> N. A. Bulganin, 1958 seiner Ämter enthoben.

<sup>50</sup> G. M. Malenkov, 1955 als Ministerpräsident gestürzt.

<sup>51</sup> W. M. Molotow, 1946-1949 und 1953-1956 Außenminister, 1957 von der Funktion entbunden.

<sup>52</sup> Siehe Anmerkung 67.

führen könnte, und betreiben wir eine Politik, die unsere Interessen und die Interessen anderer Länder nicht schmälern wird.

Was aber Laos betrifft, so sollten wir unsere Außenminister zusammen in einem Raum einsperren und ihnen weder etwas zu trinken noch zu essen geben, bevor sie diese Frage gelöst haben.

**Gromyko:** Das könnte man in Genf tun. Dort gibt es einen herrlichen Palast dafür.

**Chruschtschow:** Nun also, wollen wir jetzt nicht über die Abrüstung und die Einstellung der Kernwaffenversuche beraten, weil uns sonst dafür zu wenig Zeit bleibt?

**Kennedy:** Einverstanden. Aber bevor wir zu diesen Fragen übergehen, möchte ich abschließend noch Worte zur Laos-Frage sagen.

Ich wünsche sehr, daß schnellstens die Voraussetzungen für den Abzug der amerikanischen Militärs aus Laos geschaffen werden. Ich habe mich sehr ungern mit der Entsendung amerikanischer Marine-Infanterie nach Laos beschäftigt, weil ich mir Rechenschaft darüber ablegte, daß dies Antwortmaßnahmen und Gegenmaßnahmen auslösen kann. Mir scheint, daß wir uns über die Regelung der Situation in diesem für uns nicht so wichtigen Gebiet verständigen können. Vielleicht könnten Sie Ihren Einfluß auf Herrn Gromyko geltend machen, damit er in Genf Maßnahmen trifft, um eine gebührende Überprüfung der effektiven Feueereinstellung zu gewährleisten. Wir haben früher schon gesagt, daß wir an der Genfer Konferenz teilnehmen, wenn in Laos eine effektive Feueereinstellung erzielt ist. Es kommt jetzt hauptsächlich darauf an, der Internationalen Kommission eine wirksame Tätigkeit zu sichern und dann zum nächsten Schritt überzugehen: zur Bildung eines neutralen unabhängigen Laos. Machen wir also unseren Einfluß auf unsere Außenminister geltend, um sie zur Lösung dieser Frage zu zwingen. Staatssekretär Rusk könnte schon heute während des Frühstücks mit Herrn Gromyko einen Meinungsaustausch über die Laos-Frage führen.

**Chruschtschow:** Ich habe zu dem, was Sie bereits zu dieser Frage gesagt haben, nichts wesentliches hinzuzufügen. Ich bin mit Ihrer Argumentation einverstanden, Herr Präsident. Es ist jetzt tatsächlich notwendig, daß wir alle Anstrengungen zur Sicherung einer effektiven Feueereinstellung machen. Ich bin allerdings nicht der Meinung, daß die vollständige und endgültige Feueereinstellung so unbedingt als Voraussetzung zur Prüfung der anderen Fragen, die mit der Schaffung eines neutralen und unabhängigen Laos zusammenhängen, gefordert werden sollte. An einer Front ist es doch niemals ausgeschlossen, daß von dieser oder jener Seite ein zufälliger Schuß fällt, was dann als Vorwand für die Behauptung benutzt werden kann, daß das Abkommen über die Feueereinstellung verletzt worden sei. Wollen wir doch lieber keine kategorischen Vorbedingungen stellen, sondern uns lieber über die positive Lösung jener Fragen verständigen, die die Bildung einer einheitlichen Regierung betreffen, wozu es vor allem notwendig wäre, daß die drei in Laos bestehenden Kräfte zu einer Übereinkunft gelangen.

Ich möchte aber nicht, daß Sie unsere Position irgendwie falsch verstehen. Wir halten es für unbedingt erforderlich, alle Anstrengungen zur Siche-

rung einer effektiven Waffenruhe zu machen, weil es sonst natürlich keine normalen Bedingungen für die Verständigung in den anderen Fragen geben kann. Ich bin allerdings nicht überzeugt, daß gegenwärtig Kampfhandlungen stattfinden. Mir wurde berichtet, daß sie eingestellt sind. Sollten Sie andere Informationen darüber haben, so wollen wir das prüfen.

**Gromyko:** Das ist nicht schwer, weil sich die Internationale Kommission bereits im Lande befindet und keinerlei besondere Beschlüsse zu einer solchen Überprüfung erforderlich sind.

**Kennedy:** Vielleicht können Außenminister Gromyko und Staatssekretär Rusk beim Frühstück diese Frage beraten und übereinkommen, wie die Tätigkeit der Internationalen Kommission wirksamer gestaltet werden kann.

Nun, jetzt könnten wir zu den anderen Fragen übergehen.

**Chruschtschow:** Womit beginnen wir? Vielleicht beraten wir zuerst über die Einstellung der Kernwaffenversuche und die Abrüstung, oder beginnen wir mit der deutschen Frage?

**Kennedy:** Vielleicht beginnen wir mit den Kernwaffenversuchen und der Abrüstung und gehen dann um 12 Uhr zu deutschen Fragen über.

**Chruschtschow:** Einverstanden. Ich bin bereit, den Standpunkt der Sowjetregierung in der Frage der Kernwaffenversuche und der Abrüstung darzulegen. Ich werde dabei natürlich nicht auf alle Einzelheiten eingehen, sondern mich auf das wichtigste beschränken.

In den Verhandlungen über die Einstellung der Kernwaffenversuche gibt es jetzt im wesentlichen zwei Fragen, die gewissermaßen den Stein des Anstoßes bilden. Erstens die Zahl der Inspektionen, die notwendig sind, um die Einhaltung des Abkommens über die Einstellung der Kernwaffenversuche durch die Partner zu überprüfen, und zweitens die Organisation der Kontrolle und die Struktur der Kontrollbehörde.

Eine solche Kontrolle, wie sie uns von den Westmächten vorgeschlagen wird, werden wir nicht annehmen. Das Leben hat uns Lehren erteilt. Vor den Ereignissen in Kongo<sup>53</sup> hätten wir vielleicht einen Vertrag zu solchen Bedingungen unterschrieben, aber die Ereignisse in Kongo mahnen uns zur Vorsicht, denn sie haben gezeigt, daß die UNO ihre Vollmachten mißbrauchen und eine Politik zum Nachteil der Interessen dieser oder jener Staaten betreiben kann. Es war doch so, daß die Regierung des Kongo die UNO-Truppen in ihr Land eingeladen hat, diese Truppen aber dann gegen eben diese Regierung eingesetzt wurden.

So kann es auch bei der Schaffung einer Kontrollbehörde geschehen, die einen einzigen Vorsitzenden hat, der allein die Einhaltung des Abkommens überprüfen wird. Es ist klar, daß bei einer solchen Struktur unsere Seite stets in der Minderheit bleiben wird, denn Sie werden sich niemals dazu bereit finden, einen Kommunisten, einen Vertreter der Sowjetunion zum Vorsitzenden der Kontrollbehörde zu ernennen. Sollten Sie dazu bereit sein, dann

---

<sup>53</sup> Das ist offensichtlich eine Bezugnahme auf Patrice Lumumba, der in der Unabhängigkeitsbewegung Belgisch-Kongos führend und seit Juni 1960 erster Ministerpräsident der unabhängigen Republik Kongo (heute Zaire) war. Er wurde im September 1960 abgesetzt und Anfang 1961 (Januar ?) ermordet.

sind wir natürlich ebenfalls bereit, ein Abkommen zu den von Ihnen jetzt vorgeschlagenen Bedingungen zu unterzeichnen. Aber Sie werden doch darauf nicht eingehen, und Sie haben dabei völlig recht. Nun, wir werden ebenfalls der Kandidatur eines Vertreters der Westmächte oder eines Vertreters neutraler Länder nicht zustimmen. Hammarskoeld<sup>54</sup> kommt ebenfalls aus einem neutralen Land, aber er betreibt eine Politik zu Nutz und Frommen der Westmächte. Dabei ist Hammarskoeld nicht einmal der übelste Anwärter auf den Posten des UNO-Generalsekretärs, aber seine Sympathien sind doch voll und ganz auf der Seite der Westmächte.

Was wird also geschehen, wenn die Kontrollbehörde unter den Vorsitz eines Ihrer Vertreters funktioniert? Ich als Vorsitzender des Ministerrates meines Landes werde praktisch machtlos sein und nichts gegen das unkontrollierte Schalten und Walten dieser Kontrollbehörde in unserem Lande unternehmen können. Das Volk würde uns einfach davonjagen, wenn die Sowjetregierung auf so etwas eingeht. Wenn Sie natürlich wünschen, daß man mich von meinem Posten davonjagt, Herr Präsident, dann beharren Sie weiter auf Ihrem Vorschlag. Ich hoffe allerdings, daß Sie das nicht wünschen (Kennedy nickt energisch mit dem Kopf).

In der Kontrollbehörde müssen gleiche Bedingungen für alle Teilnehmer des Abkommens geschaffen werden. Wir wünschen keine herrschende Stellung in dieser Kontrollkommission, werden aber auch nicht gestatten, daß irgendein anderer über uns herrscht. Deshalb unterbreiten wir unseren Vorschlag des Dreier-Kopfes. Die Verwirklichung unseres Vorschlages würde keinem der Teilnehmer des Abkommens Nachteile bringen. Dieses Prinzip der Dreiteilung sollte auch in den anderen internationalen Organisationen und Behörden verwirklicht werden. Sie, die kapitalistischen Staaten, besitzen gegenwärtig die Mehrheit in der UNO. Sie werden aber zugeben, daß irgendwann in Zukunft Bedingungen entstehen können, unter denen Sie sich in der Minderheit, wir aber, die sozialistischen Länder, in der Mehrheit befinden werden. Dann könnte die Mehrheit Ihnen ihren Willen aufzwingen. Eine internationale Organisation ist jedoch kein Parlament, in dem die Mehrheit der Minderheit ihren Willen diktiert. Deshalb ist es erforderlich, das in solchen Organisationen die Interessen eines jeden Landes und aller heute in der Welt bestehenden Staatengruppen berücksichtigt werden. Dann wird es wirklich eine gleichberechtigte Lage geben und niemand kann zum Nachteil der Interessen eines anderen Landes handeln. Auf diesen Erwägungen gründen sich unsere Vorschläge.

Was die Inspektionen betrifft, so meinem wir, daß drei Inspektionen im Jahr in einem jeden Land völlig ausreichend wären, um die Einhaltung des Abkommens über die Einstellung der Kernwaffenversuche durch die Staaten zu überprüfen. Mehr als drei Inspektionen wären nach unserer Auffassung schon keine Kontrolle mehr, sondern Erkundungen, und darauf werden wir nicht eingehen.

Jetzt möchte ich etwas über den Zusammenhang der Einstellung der Kernwaffenversuche mit dem Problem der Abrüstung sagen. Ich werde nicht ausführlich über die Abrüstungsfrage sprechen, da wir der UNO detaillierte Vorschläge dazu unterbreitet haben. Entscheidend für unsere Position ist folgendes. Wenn Sie unsere Abrüstungsvorschläge annehmen, dann sind wir bereit, beliebige von Ihnen gemachte Kontrollvorschläge zu akzeptieren.

---

<sup>54</sup> Richtig D. Hammarskjöld, sozialdemokratischer Politiker Schwedens, Generalsekretär der UNO.

Unsere Bedingung über die Bildung einer Kontrollbehörde aus drei Vertretern zur Beaufsichtigung der Einstellung der Kernwaffenversuche, wobei alle Beschlüsse von allen drei Vertretern vereinbart werden müssen, würden wir in diesem Falle zurückziehen. Wir wären bereit, diese Bedingung zurückzuziehen, da nach Verwirklichung eines Ankommens über die allgemeine und vollständige Abrüstung die Kontrolle nach unserer Auffassung allumfassend und vollständig sein muß, einschließlich des unbeschränkten Zutritts der Kontrollorgane zu einem jeden Land, damit niemand insgeheim eine Waffenproduktion organisieren kann. Das ist auch völlig logisch, denn wenn es keine Waffen gibt, dann können die Staaten auch keinerlei Geheimnisse haben. Dann können Sie ungehindert in jede Tür eintreten, die weit offen stehen wird, dann können Sie in jede Fabrik oder in jedes Institut in unserem Lande kommen, und wir dafür in Ihrem Lande.

Verbinden wir also die Frage der Abrüstung mit der Einstellung der Kernwaffenversuche. Arbeiten wir gemeinsam ein allgemeines Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche und über die vollständige und allgemeine Abrüstung mit einer umfassenden und gründlichen Kontrolle aus, damit eine geheime Aufrüstung dieses oder jenes Landes verhindert wird.

Das ist in kurzen Zügen unsere Position zu dieser Frage.

Wenn Sie wünschen, Herr Präsident, können wir Ihnen eine Denkschrift mit einer ausführlichen Darlegung unseres Standpunktes überreichen, damit Sie diesen nicht nur anhand unserer Worte, sondern auch an einem schriftlichen Dokument prüfen können (die Denkschrift wurde Kennedy zum Abschluß der Unterredung überreicht).

**Kennedy:** Ich habe in Verbindung mit dem, was Sie eben darlegten, zwei Fragen. Stimmt es, Herr Vorsitzender, daß man nach Ihrer Auffassung keinen absolut neutralen Menschen finden kann?

**Chruschtschow:** Ja, das ist so.

**Kennedy:** Meine zweite Frage betrifft die Schlußfolgerung, die sich aus Ihrem Vorschlag ergibt. Wenn Sie sich zum Beispiel in diesem Raum aufhalten und ich im Nebenraum, und wenn jeder von uns nur mit Genehmigung des anderen dessen Zimmer betreten darf, so wird es keine Garantien dafür geben, daß in einem dieser Zimmer nicht etwas Verdächtiges geschieht. Unter solchen Voraussetzungen ist es schwer, ein gegenseitiges Vertrauen zu schaffen. Ich muß doch den Vertrag über die Einstellung der Kernwaffenversuche dem Senat zur Ratifizierung vorlegen und dem Senat dabei versichern, daß es konkrete Garantien für die Einhaltung des Vertrages gibt. Wenn ich keine solchen Garantien vorlegen kann, dann kann ich mir einfach nicht vorstellen, wie der Senat der USA einen solchen Vertrag annehmen kann. Selbst wenn wir uns mit Ihnen auf einer solchen Grundlage verständigen, wie soll ich dann das amerikanische Volk davon überzeugen, daß das Abkommen wirklich eingehalten wird?

Natürlich wird in unserem Lande die Kontrolle leichter zu verwirklichen sein, da bei uns alles öffentlich geschieht und über alles in der Presse berichtet wird. Wenn aber die Sowjetunion, nehmen wir einmal an, insgeheim Versuche durchführt, so ist es doch klar, daß sie die Kontrollkommission nicht in den Bezirk dieser Versuche lassen wird.

**Chruschtschow:** Herr Präsident, die Amerikaner verstehen es ausgezeichnet, das zu verbergen, was sie nicht zum Gemeingut der Öffentlichkeit machen wollen.

**Kennedy:** Nein. Bei uns wird über alles in den Zeitungen berichtet.

**Chruschtschow:** Was tut denn dann Allan Dulles?

**Kennedy:** Das ist kein Geheimnis. Über das, was er tut, wird ebenfalls in der Presse berichtet.

**Chruschtschow:** Wozu zahlen Sie ihm dann Geld?

**Kennedy:** Wir wünschten, daß das, was er tut, Geheimnis bleibt, aber es gelingt nicht.

**Chruschtschow:** Das ist offenherzig, Herr Präsident. Das gefällt mir.

Übrigens sind wir bei unseren Vorschlägen doch davon ausgegangen, daß die drei Inspektionen pro Jahr in jedem Land in beliebigen Bezirken vorgenommen werden können, wo die wissenschaftlichen Meßergebnisse unzweifelhaft auf eine notwendige Untersuchung der Dinge an Ort und Stelle hinweisen.

Außerdem haben Sie unseren Vorschlag umgangen, bei dessen Annahme wir unsere Bedingungen über den Dreier-Kopf zurücknehmen würden. *Ich meine den Fall, wenn der Vertrag über die Einstellung der Kernwaffenversuche mit der Abrüstung verknüpft würde. Dann würden unsere Türen weit offen stehen* und Sie würden uneingeschränkte Möglichkeiten für eine beliebige Kontrolle erhalten.

*Wenn wir offen sprechen wollen, so hat das Verbot der Kernwaffenversuche an und für sich keine große Bedeutung für die Gewährleistung der Sicherheit der Völker. Unsere Länder würden trotzdem fortfahren, Bomben und Raketen zu produzieren, aber die Menschen wollen doch, daß die Kriegsgefahr überhaupt gebannt wird. Unterzeichnen wir deshalb ein Abkommen über die Abrüstung, und dann werden wir unsere Bedingungen des Dreier-Kopfes zurücknehmen und alles akzeptieren, was Sie uns hinsichtlich der Kontrolle vorschlagen. Dann werden wir, ohne hinzusehen, jedes beliebige Abkommen unterzeichnen.*

**Kennedy:** Ich bin mit Ihnen in der Beziehung einverstanden, Herr Vorsitzender, daß ein Abkommen über die Einstellung der Tests an und für sich noch nicht die Menge der Kernwaffen verringert, über die die Sowjetunion oder die USA verfügen, und daß es noch nicht die Einstellung der Produktion dieser Waffen gewährleistet. Der Abschluß eines solchen Abkommens würde aber die Möglichkeit einer Ausdehnung des Kernwaffenbesitzes auf andere Länder infolge des Drucks der öffentlichen Meinung verringern. Jetzt ist es doch so, daß sich die größten Vorräte an Kernwaffen in den Händen der UdSSR und der USA befinden. England hat diese Waffen erprobt und ebenfalls eine gewisse Menge davon angehäuft. Auch Frankreich hat mit der Erprobung von Kernwaffen begonnen, aber vorläufig in sehr geringem Ausmaß. Wenn jedoch kein Abkommen über die Einstellung der

Kernwaffenversuche erreicht wird, so werden wir in 5 -10 Jahren zehn, vielleicht auch fünfzehn Länder haben, die eine Atomwaffenproduktion aufbauen und folglich selbst die Möglichkeit haben werden, den Erdball in die Luft zu sprengen. Die Unterzeichnung eines Abkommens über die Einstellung der Kernwaffenversuche würde also die Möglichkeit eines Atomkrieges in der Welt um vieles verringern.

**Chruschtschow:** Ihre Überlegungen sind zweifellos logisch. Wir fassen diese Frage ebenfalls so auf und haben uns eigentlich deshalb zu Verhandlungen über das Verbot der Kernwaffenversuche bereit gefunden. Die Praxis zeigte jedoch, daß unsere Argumente nicht stichhaltig sind. Nehmen wir als Beispiel Frankreich. Drei Atomwaffenmächte führen jetzt Verhandlungen in Genf, während Frankreich auf diese Verhandlungen spuckt und Atomwaffenversuche durchführt. Wenn man also diese Frage jetzt nicht mit der Abrüstung verbindet, so können andere Länder gleichfalls so handeln. Sie werden sagen: die Großmächte haben Atomwaffen angehäuft, aber wir besitzen keine, also sind wir in einer ungleichen Lage. Sie werden dem Beispiel Frankreichs folgen und Kernwaffenversuche beginnen

*Die Verwirklichung der Abrüstung bietet die Möglichkeit, die Entfesselung eines Krieges überhaupt zu unterbinden. Dann wird die Logik Ihrer Überlegungen konsequenter sein, weil diejenigen, die noch keine Atomwaffen besitzen, froh sein werden, kein Geld für die Produktion solcher Waffen ausgeben zu müssen, da ja die heutigen Besitzer ebenfalls keine haben werden. Sie sehen also, daß das eine stärkere Position ist. Wir meinen, daß man zwischen diesen beiden Fragen ein Junktim schaffen und sie zusammen lösen muß. Wir gehen davon aus, daß das Verbot der Atomwaffenversuche nur ein Schritt auf dem Wege zu einem Abrüstungsabkommen ist. Deshalb muß man mit der Hauptsache beginnen, und die Einstellung der Versuche wird dann Bestandteil einer Gesamtlösung sein.*

**Kennedy:** Ich bin einverstanden, daß die Einstellung der Versuche nicht das Hauptelement ist, aber jedenfalls ein sehr wichtiges Element. Nach unserer Auffassung würde ein Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche immerhin die Möglichkeit einer Ausdehnung des Kernwaffenbesitzes einschränken, da ein solches Abkommen vorsehen würde, daß jedes Land, welches durch vertragliche Verpflichtungen mit den ursprünglichen Kernwaffenbesitzern gebunden ist, im Falle der Aufnahme der Produktion solcher Waffen das Abkommen torpedieren würde. Die von Frankreich vorgenommenen Kernwaffenversuche werden von uns nicht unterstützt und nicht gebilligt. Wir gehen davon aus, daß sich alle Länder dem künftigen Abkommen anschließen müssen. Nach unserer Meinung wäre es zweckmäßig, die Regelung des Abrüstungsproblems mit der Frage zu beginnen, die am leichtesten gelöst und überprüft werden kann.

Nun zur Abrüstung. Wenn Sie von der allgemeinen und vollständigen Abrüstung sprechen, so meinen Sie eine etappenweise Abrüstung mit Kontrolle der Verwirklichung einer jeden Etappe, oder meinen Sie einfach die Annahme einer Deklaration über die Abrüstung als gemeinsamer Politik unserer Länder, der sich alle Länder, die das wünschen, anschließen können?



**Chruschtschow:** Das muß ich Ihnen verübeln, Herr Präsident. Sie haben offenbar unsere Vorschläge zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung schlecht gelesen. Wir schlagen eine *etappenweise Abrüstung mit obligatorischer Kontrolle über die Verwirklichung einer jeden Etappe vor.*

**Kennedy:** Setzen wir voraus, daß wir uns über die allgemeine und vollständige Abrüstung und als ersten Schritt dazu über die Einschränkung der herkömmlichen Rüstungen oder über die Liquidierung der Raketen verständigen. Würden Sie in einem solchen Falle einverstanden sein, daß eine internationale Kommission in die Sowjetunion kommt, um die Erfüllung dieser Maßnahme zu kontrollieren?

**Chruschtschow:** Unbedingt.

**Kennedy:** Wenn wir nun aber nach Verständigung über die allgemeine und vollständige Abrüstung als ersten Schritt die Einstellung der Kernwaffenversuche ins Auge fassen? Würden Sie dann der Bildung einer Inspektionsbehörde ohne Vetorecht der Teilnehmer zustimmen?

**Chruschtschow:** Ich will Sie, Herr Präsident, gerade davon überzeugen, mit etwas anderem zu beginnen, weil, wie ich schon sagte, die Einstellung der Versuche nicht die Hauptfrage ist.

**Kennedy:** Was schlagen Sie also vor, womit soll begonnen werden?

**Chruschtschow:** *Womit Sie wollen. Man könnte beispielsweise mit der Einschränkung der herkömmlichen Rüstungen, mit dem Verbot der Atomwaffen, mit dem Verbot ihrer Produktion, mit der Liquidierung der Stützpunkte und Raketenbasen usw. beginnen. In unseren Vorschlägen ist das alles dargelegt, wobei jede Etappe im logischen Zusammenhang mit der nächstfolgenden steht und die Verwirklichung einer jeden Etappe unter vollständiger und wirksamer Kontrolle erfolgen soll.* Wir meinen, daß man sich über eine solche Ordnung der Abrüstungsmaßnahmen verständigen könnte, daß keinem der Teilnehmer des Abkommens daraus Nachteile erwachsen.

**Kennedy:** (Nach einem Blick auf die Uhr). Die Zeit, die wir der Erörterung der Abrüstungsfragen und der Einstellung der Kernwaffenversuche widmen wollten, scheint zu Ende zu gehen. Man kann offenbar konstatieren, daß Sie der Meinung sind, diese beiden Fragen müßten zu einer Einheit zusammengefaßt und zusammen beraten werden, während wir glauben, daß die Erreichung eines Abkommens über die Einstellung der Versuche die Aussichten auf eine Verständigung in der Abrüstungsfrage verbessern wird. Wir sind dabei einverstanden, daß die Einstellung der Versuche an und für sich nicht die Hauptfrage ist, aber, wie Ihre chinesischen Freunde sagen, "eine Reise von 1000 Kilometern beginnt immer mit dem ersten Schritt."

**Chruschtschow:** Wie ich sehe, sind Sie ein Kenner Chinas.

**Kennedy:** Wir werden wahrscheinlich beide in Zukunft China gut kennen lernen müssen.

**Chruschtschow:** Wir kennen dieses Land auch jetzt schon gut. China ist unser Nachbar, unser Freund, unser Verbündeter.

*Herr Präsident, stimmen Sie der Bildung einer Kontrollbehörde aus drei Vertretern zu. Das wäre das beste.*

**Kennedy:** Mir scheint, wir sind zu unserem Ausgangspunkt zurückgekehrt. Gestatten Sie mir abschließend zu sagen, daß die USA darüber beunruhigt sind, daß nun schon drei Jahre, seit dem die Genfer Verhandlungen laufen, ein Moratorium für Kernwaffenversuche ohne jede Inspektion besteht. Die Aussicht auf eine Verlängerung dieses Moratoriums ohne jedwede Kontrolle löst in meinem Lande Beunruhigung aus. Wenn wir uns in einer so langen Zeit nicht über die Einstellung der Versuche verständigen konnten, so wird offenbar die Verständigen über die Abrüstung noch weit mehr Zeit in Anspruch nehmen. Deshalb sind wir nicht geneigt, einer Verbindung der Frage der Versuchseinstellung mit dem Problem der Abrüstung zuzustimmen.

Die Genfer Verhandlungen müssen also offenbar fortgesetzt werden. Inzwischen werden wir sehen, ob es uns in Zukunft nicht gelingt, zu irgendeinem Übereinkommen zu gelangen. Vielleicht wird der am 19. Juni in Washington zwischen der UdSSR und den USA über die Abrüstung beginnende Meinungs-austausch irgendwelche Ergebnisse in dieser Richtung bringen.

**Chruschtschow:** Wir sind zur Fortsetzung der Verhandlungen bereit, werden aber niemals einer Kontrolle zustimmen, die im Grunde genommen Spionage bedeutet. Wir sind gegen die von Ihnen vorgeschlagene Kontrolle unter der Voraussetzung, daß die Staaten ihre Rüstungen aufrechterhalten. Das würde bedeuten, einer Sache zuzustimmen, die das Pentagon schon lange anstrebt. Schon 1955 unterbreitete Präsident Eisenhower seinen sogenannten Plan des "offenen Himmels". Jetzt schlagen Sie uns anstelle der Flüge, das heißt einer Luf terkundung, eine Erkundung auf der Erde vor. Wir haben mit den Verhandlungen begonnen, um eine Übereinkunft und die Lösung der Hauptfrage, der Abrüstung, zu erreichen. Wenn Sie der Abrüstung nicht zustimmen, so werden wir der Kontrolle nicht zustimmen, da wir niemandem und niemals gestatten werden, die Sicherheit unseres Landes zu beeinträchtigen.

**Kennedy:** Es ist doch völlig offensichtlich, daß im Falle, wenn die Kontrolle die Interessen irgendeines Vertragsteilnehmers vernunftwidrig schmälert, dieser Vertrag aufgehoben werden kann.

Was die Abrüstung betrifft, so werden wir am 19. Juni entsprechend der zwischen Herrn Gromyko und den Botschafter Stevenson getroffenen Vereinbarung den Meinungs-austausch beginnen, in der Hoffnung, einen Fortschritt zu erzielen.

**Chruschtschow:** Sie sind also einverstanden, diese beiden Fragen zu verbinden?

**Kennedy:** Das können wir nicht tun, wenn kein Grund zu der Hoffnung auf die rasche Erzielung eines Abrüstungsabkommens besteht. Wir beraten doch schon drei Jahre über die Einstellung der Kernwaffenversuche und können bisher immer noch nicht zu einem Abkommen gelangen. Ein Abrüs-

tungsabkommen würde offenbar noch mehr Zeit erfordern. Man muß also in Genf neue Anstrengungen unternehmen und sehen, was zu tun ist: entweder die Verhandlungen mit der Hoffnung auf Erfolg fortsetzen, oder die Verhandlungen vielleicht für eine gewisse Zeit unterbrechen.<sup>55</sup>

Wir haben bisher noch keinen einzigen Schritt auf der Tausendmeilenreise getan. Es ist jedoch an der Zeit, zur Behandlung der deutschen Frage überzugehen. Ich möchte Ihnen nur versichern, Herr Vorsitzender, daß die Erkundungsbedeutung der Kontrolle verblaßt gegenüber der Aussicht auf eine Ausdehnung des Kernwaffenbesitzes auf andere Länder bei Fehlen einer Vereinbarung über das Versuchsverbot. Das wird sich zweifellos negativ auf die Lebensinteressen unserer Länder auswirken.

**Chruschtschow:** Wenn wir einen Vertrag über die allgemeine und vollständige Abrüstung unterzeichnen, so wird die Frage der Spionage nicht nur verblässen, sondern einfach verschwinden.

**Kennedy:** Wollen wir zur deutschen Frage übergehen?

**Chruschtschow:** Vielleicht soll ich die Position der Sowjetregierung in dieser Frage darlegen?

**Kennedy:** Ja.

**Chruschtschow:** Ich hoffe, daß Sie unsere Position richtig verstehen werden, Herr Präsident. Es ist das eine Frage, die im wesentlichen Maße die Entwicklungsrichtung der Beziehungen zwischen unseren Staaten bestimmt. Wenn Sie unsere Bestrebungen falsch verstehen, so kann das zu einer Verschärfung unserer Beziehungen führen. Wenn Sie aber diese Bestrebungen richtig verstehen, dann kann uns das annähern.

*Seit Beendigung des Krieges sind schon mehr als 16 Jahre vergangen. Die Sowjetunion hat in diesem Krieg riesige Verluste erlitten: wir haben über 20 Millionen Menschen verloren; große Gebiete unseres Landes wurden zerstört; und jetzt sammeln die Deutschen, die zweimal in der Geschichte der Menschheit einen Weltkrieg entfachten, erneut Kräfte, und die Generale der Bundeswehr, die früher die Hitlertruppen befehligten nehmen heute immer mehr und mehr führende Posten in der NATO ein. Dadurch droht ein dritter Weltkrieg mit noch größeren Schrecken, mit noch größeren Zerstörungen.*

Die Sowjetregierung meint, daß es an der Zeit ist, mit den Resten des Zweiten Weltkrieges aufzuräumen. Es gibt keine Erklärung dafür, daß 16 Jahre nach Kriegsende immer noch kein Friedensvertrag mit Deutschland unterzeichnet ist. Deshalb schlagen wir vor, eine Friedenskonferenz einzuberufen und einen solchen Vertrag zu unterzeichnen.

Wir sind dabei der Auffassung, daß von den realen Verhältnissen, wie sie sich in Europa ergeben haben, ausgegangen werden muß. Gegenwärtig bestehen zwei deutsche Staaten. Und unsere Bemühungen um eine Wiedervereinigung Deutschlands werden offensichtlich nicht ausreichend sein, denn offen gesagt, wollen die Deutschen selbst keine solche Wiedervereinigung.

---

<sup>55</sup> Am 5. August 1963 wurde der Vertrag über das Verbot der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im kosmischen Raum und unter Wasser unterzeichnet.

Die Verzögerung des Friedensvertrages kann durch nichts gerechtfertigt werden und niemandem dienen, ausgenommen vielleicht den westdeutschen Militaristen. Die Interessen der USA, Englands und Frankreichs werden durch die Unterzeichnung eines Friedensvertrages nicht geschmälert. Jetzt ergibt es sich jedoch so, daß die Sowjetunion den Frieden will, während Sie als Westmächte uns dabei die Unterstützung versagen und demzufolge gegen eine Friedensregelung in Europas auftreten.

Ich möchte, daß Sie mich richtig verstehen, Herr Präsident. Wir wollen den Friedensvertrag gemeinsam mit Ihnen abschließen. Wenn Sie aber unsere Position nicht verstehen und die Unterzeichnung eines Friedensvertrages verweigern sollten, werden wir ihn selbst unterschreiben. Wenn Westdeutschland einverstanden ist, werden wir den Vertrag mit beiden deutschen Staaten unterschreiben. Wenn nicht, dann unterschreiben wir den Vertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik. In diesem Falle wird für uns der Kriegszustand auf dem ganzen Gebiet der DDR beendet sein und alle Abkommen und Einrichtungen, die als Ergebnis der Kapitulation Deutschlands entstanden sind, verlieren ihre Kraft. Damit wird folglich auch das Besatzungsregime in Westberlin beendet, und auch das Abkommen über den Zugang nach Westberlin über die seinerzeit bestätigten Luft- und Landkorridore wird unwirksam. Durch eine solche Maßnahme wird niemand etwas verlieren, und wir werden nichts gewinnen. Westberlin wird zur freien Stadt erklärt, wobei wir keinesfalls vorhaben, irgendeine Blockade zu verhängen oder uns in die inneren Angelegenheiten Westberlins einzumischen. Westberlin muß seinen Status als freie Stadt erhalten. Wir sind dabei bereit, im Falle Ihres Einverständnisses, gemeinsam die völlige Nichteinmischung in die Angelegenheiten Westberlins zu sichern und seine Verbindungen zur Außenwelt zu garantieren. Wenn Sie wünschen, dann könnten die USA sowie England und Frankreich in Westberlin symbolisch Truppenkontingente zur Sicherung des Status der freien Stadt belassen, wobei auch ein geringes Kontingent unserer Truppen stationiert würde. Sollten Sie es vorziehen, den Status Berlins durch Truppen neutraler Länder sichern zu lassen, so sind wir auch zu einem solchen Schritt bereit.

Wenn Sie es für erforderlich halten, die Garantien für Westberlin juristisch durch die UNO fixieren zu lassen, sind wir auch damit einverstanden.

Wir sind also bereit, beliebige Bedingungen zu akzeptieren, die auf die Sicherung der Freiheit Westberlins - wie Sie sagen - oder auf die Sicherung der Nichteinmischung in seine inneren Angelegenheiten abzielen, weil wir das verstehen und bereit sind, gemeinsam mit Ihnen solche Bedingungen auszuarbeiten.

Wenn Sie nicht damit einverstanden sein sollten, so verstehen wir das so, daß Sie unter dem Druck Adenauers handeln. Dann werden wir einseitig einen Friedensvertrag unterzeichnen, welcher bedeutet, daß alle Ihre Rechte hinsichtlich des Zugangs nach Westberlin zu bestehen aufhören, weil der Kriegszustand aufhört und alle aus der Kapitulation Deutschlands sich ergebenden Bestimmungen für Westberlin annulliert werden.

**Kennedy:** Ich bin Ihnen verbunden für die Darlegungen Ihrer Auffassung und möchte meine Erwägungen vortragen. Diese Frage betrifft nicht nur die rechtliche Lage. Sie berührt unmittelbar die Interessen der Sicherheit unserer Staaten. Wir sprechen in diesem Falle nicht von Laos, sondern von einer Frage, die weit wichtiger ist und die USA unmittelbar berührt. Wir befinden

uns in Berlin nicht im Ergebnis irgendwelcher Wahlen. Wir haben uns das Recht erkämpft, dort zu sein, obwohl wir natürlich nicht solche riesigen Verluste hatten wie Sie. Wir befinden uns in Berlin auf Grund eines internationalen Abkommens<sup>56</sup>, aber nicht mit Zustimmung der Ostdeutschen. Dieses unser Recht kann nicht einseitig aufgehoben werden. Wenn sich die Spannungen in der Welt verringern, dann könnten wir vielleicht eine gegenseitig annehmbare Verständigung in dieser Frage erreichen. Aber gegenwärtig sind dafür nicht die erforderlichen Voraussetzungen vorhanden.

Seit geraumer Zeit hat jeder amerikanische Präsident Jahr für Jahr immer wieder die *Entschlossenheit der USA bekräftigt, die übernommenen Verpflichtungen einzuhalten. Wenn wir jetzt plötzlich einer Preisgabe dieser Verpflichtungen in Deutschland zustimmen, so wird niemand mehr den USA Glauben schenken, und das würde eine Gefahr für unsere Sicherheit heraufbeschwören. Denn wenn man uns aus Westberlin verdrängt, würden alle Garantien, die wir Westeuropa gegeben haben, ihr Gewicht verlieren, und die Völker würden aufhören, an unser Land zu glauben.* Diese Frage berührt folglich nicht nur die Interessen der USA, sondern die Interessen ganz Westeuropas.

Ich bin aufrichtig um eine Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern bemüht. Wir haben gestern festgestellt, daß zwischen uns gegenwärtig ein Gleichgewicht der Kräfte besteht. Die Verwirklichung Ihres Vorschlages und unser Abzug aus Berlin würde unsere Interessen ernsthaft schädigen.

**Chruschtschow:** Vielleicht wollen Sie auch nach Moskau kommen? Das würde doch die Interessen der USA außerordentlich fördern.

**Kennedy:** In Berlin befinden wir uns doch aber schon. Ich schlage doch nicht vor, daß Sie nach Washington kommen sollen oder wir nach Moskau. Sie wollen doch die bereits bestehende Lage verändern.

Die Sowjetunion hat gewaltige Erfolge errungen, Sie haben einen Menschen in den Kosmos geschickt<sup>57</sup>. Ihr Einfluß in der Welt ist stark gewachsen. Und nun wollen Sie uns zusätzlich zu den Problemen, mit denen wir in unserem Teil der Welt zu tun haben, nun wollen Sie uns, *die USA, in eine Situation der völligen Isolierung in der ganzen Welt bringen.* Wie können die USA dem zustimmen, daß Ostdeutschland uns den Zugang verwehrt, den wir erkämpft haben? Wenn wir diese Bedingung annehmen, so wird das, ich wiederhole, zu einer völligen politischen Isolierung der USA führen, aber ich bin nicht deshalb Präsident der USA geworden, um bei einem solchen Prozeß der Isolierung meines Landes den Vorsitz zu führen, ebenso wie Sie, dessen bin ich gewiß, niemals einer solchen Sache in bezug auf Ihr Land zustimmen würden.

---

<sup>56</sup> Grundlage für die Stellung Berlins waren die Londoner Protokolle vom 12. September und 14. November 1944, mit denen sich die Alliierten (Anfangs ohne Frankreich) schriftlich ihre Anteile an Deutschland (Besatzungszonen) und Berlin (Sektoren) sicherten (militärische Besetzung, Übernahme der Obersten Gewalt). Danach lag Berlin geographisch in der der UdSSR zuzuweisenden Besatzungszone. Berlin wurde Vier-Sektoren-Stadt (Vier-Mächte-Status, Alliierte Kommandantur für Groß-Berlin - nur bis 1948 -, verantwortlich für die Sicherheit nach außen sowie für Ruhe und Ordnung nach innen). Außer einem Abkommen über die Luftkorridore gab es keine schriftliche Regelung für die Zugangswege von und nach den Westsektoren der Stadt.

<sup>57</sup> Am 12. April 1961 startete J. A. Gagarin in den Weltraum.

**Chruschtschow:** Sie wollen also den Friedensvertrag nicht unterzeichnen?

**Kennedy:** Wir sind daran interessiert, unser Zugangsrecht und überhaupt unsere Rechte in Westberlin zu erhalten. Vielleicht ist die Lage in Deutschland und in Westberlin anomal, wie das seinerzeit in der Unterredung zwischen Ihnen, Herr Vorsitzender, und dem früheren Präsidenten Eisenhower festgestellt wurde. Angesichts der gespannten Lage in der Welt ist aber jetzt einfach nicht die Zeit, um die Lage in Berlin zu ändern. Ich fordere von Ihnen nicht, daß Sie Ihre Haltung ändern, ich appelliere lediglich an Sie, das gegenwärtige Gleichgewicht der Kräfte nicht zu verändern. Wird dieses Gleichgewicht verändert, dann wird sich das negativ auf unsere Positionen in Westeuropa auswirken und ein Schlag gegen die Interessen der USA sein, Sie, Herr Vorsitzender, würden doch einem solchen Schlag gegen Ihre Interessen nicht zustimmen. Uns beunruhigt an Ihren Vorschlägen nicht die Unterzeichnung irgendeines Dokuments mit der ostdeutschen Republik. Unheilvoll erscheint uns ein anderer Teil Ihres Vorschlages, und zwar der, wo Sie von der Beendigung des Zutritts und von der Aufhebung unserer Rechte in Westberlin sprechen.

**Chruschtschow:** Ich habe mir Ihre Überlegungen aufmerksam angehört, Herr Präsident, und bedaure, kein Verständnis gefunden zu haben. Sie weigern sich, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen und damit die Lage an diesem außerordentlich gefährlichen Punkt Europas, ja der ganzen Welt, zu normalisieren. Wir wollen diesen Splitter herausziehen, dieses Geschwür am Körper Europas beseitigen und dies so tun, daß keinem der interessierten Staaten ein Nachteil daraus entsteht. Wir wollen diese Frage zur allgemeinen Zufriedenheit lösen, nicht durch irgendwelche Intrigen, sondern durch die Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit den Teilnehmerländern der Antihitler-Koalition. Sie aber sagen, das widerspreche den Interessen der USA. Ich kann das einfach nicht verstehen, Herr Präsident, werden denn unsere Vorschläge irgendetwas ändern? Wir schlagen doch nicht vor, die Grenzen zu revidieren. Im Gegenteil, wir wollen sie auf die normalste Weise gesetzlich verankern, durch den Abschluß eines Friedensvertrages. Der Friedensvertrag würde jenen aggressiven Kräften den Weg versperren, die die Menschheit in einen neuen Krieg stürzen möchten. Der Friedensvertrag würde die Revanchisten zügeln, die jetzt mit Appellen zur Änderung der Grenzen auftreten. Hitler sprach seinerzeit davon, daß er "Lebensraum" - möglichst bis zum Ural - brauche. Jetzt aber haben die Generale, die die Hitler-Armee befehligten, fast alle Kommandohöhen in der NATO besetzt.

Wir bedauern, daß unsere Auffassungen in dieser Frage auseinander gehen. Es gibt jedoch keine Kraft, die uns von der Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit Deutschland abhalten könnte. Wir meinen, 16 Jahre sind eine genügend lange Zeit, und es gibt keinerlei Möglichkeit oder Notwendigkeit, die Lösung dieser Frage weiterhin aufzuschieben. Wie viele Jahre wollen Sie denn die Lösung dieser Frage noch aufschieben - weitere 16 oder gar 30 Jahre?

Sie sprachen von Ihren Rechten und auch darüber, daß Sie diese Rechte erkämpft haben. Natürlich tut den Menschen vergossenes Blut leid, ob es nun ein Tropfen oder ein Liter ist. Sie haben während des Krieges Tausende Menschen verloren, wir aber Millionen. Die Mütter der gefallenen Ameri-

kaner sind genau so leidgeprüft wie die Mütter der russischen Soldaten. Es gibt in unserem Lande keine einzige Familie, die während des Krieges nicht jemanden von ihren Angehörigen verloren hatte. Ich selbst habe einen Sohn an der Front verloren. Mikojan<sup>58</sup> hat im Krieg einen Sohn verloren. Gromyko, der hier anwesend ist, hat beide Brüder verloren. Und Sie wollen diese Lage fortbestehen lassen, bis die deutschen Militaristen genügend neue Kräfte sammeln und zum nächsten Sprung ansetzen. Wir können dem nicht zustimmen. Verstehen Sie uns richtig, Herr Präsident. Wir tun das nicht, um die Leidenschaften anzufachen und die Spannungen zu verstärken, sondern im Gegenteil, um den Weg für die Entwicklung unserer Beziehungen zu ebnen, um die Steine beiseite zu räumen, die einer Normalisierung der Lage im Wege sind.

Wir werden also den Friedensvertrag unterzeichnen, und die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik wird geachtet werden. Sollte jemand diese Souveränität verletzen, so werden wir das als einen Akt der Aggression mit allen sich hieraus ergebenden Konsequenzen betrachten.

**Kennedy:** Ich möchte fragen, ob Ihre Worte bedeuten, daß im Falle der Unterzeichnung eines Friedensvertrages unser Zugang nach Westberlin gesperrt wird.

**Chruschtschow:** Sie haben richtig verstanden, Herr Präsident.

**Kennedy:** Ich möchte mit aller Klarheit unseren Standpunkt klarlegen. Ich bin dagegen, daß Westdeutschland militärische Kräfte bis zu solchen Ausmaßen akkumuliert, daß es eine Bedrohung für die Sowjetunion darstellt.

Der Entschluß der Sowjetunion, einen Friedensvertrag mit Ostdeutschland zu unterzeichnen, ist eine sehr ernste Frage, und ich hoffe, daß Sie dabei alle Umstände in Rechnung stellen und die entsprechenden Interessen aller interessierten Seiten in Betracht ziehen werden.

Was die Grenzen betrifft, so hat de Gaulle<sup>59</sup>, wie Sie wissen, unlängst eine Erklärung dazu abgegeben. Es gibt zwar verschiedene Standpunkte zu dieser Frage unter den Westmächten, aber viele sind der Meinung, darunter auch in Amerika, daß diese Frage gelöst werden kann.

Was Westberlin betrifft, so muß in Betracht gezogen werden, daß die USA bestimmte Verpflichtungen zur allgemeinen Verteidigung Westeuropas haben. Die USA haben Westeuropa bereits zweimal geholfen, sich gegen eine Aggression zu verteidigen. Ich selbst habe einen Bruder an der Front verloren. Wenn man uns aber jetzt einseitig aus Westberlin verjagt und uns unsere vertraglichen Rechte nimmt, dann werden alle Verpflichtungen der USA gegenüber anderen Ländern zu einem einfachen Fetzen Papier und niemand wird mehr zu den Vereinigten Staaten Vertrauen haben.

Ich sagte Ihnen bereits, die gegenwärtige Lage in der Welt ändert sich so rasch, daß niemand voraussagen kann, was innerhalb der nächsten 5-10 Jahre in der Welt geschieht, besonders in Asien und Afrika, und wie sich in Zukunft das gegenwärtige Kräfteverhältnis verändern wird. Sie aber schlagen jetzt vor, mit einem einzigen Federstrich das gegenwärtige Kräftegleichgewicht zu unseren Ungunsten zu verändern, in Westberlin alle die Rechte aufzuheben, die wir gemeinsam mit unseren Alliierten wahrgenom-

<sup>58</sup> A. J. Mikojan, Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der UdSSR.

<sup>59</sup> Ch. de Gaulle, Staatspräsident der Republik Frankreich.

men haben. Ich bin hier hergekommen in der Hoffnung, eine Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern zu erreichen. Und ich möchte nicht abreisen mit dem Gedanken, daß Sie diesen Vertrag unterzeichnen und willkürlich alle unsere Rechte in bezug auf Westberlin annullieren wollen. Ich hoffe, Sie nehmen Rücksicht auf die hohe Verantwortung, die ich in bezug auf die Interessen der USA trage.

**Chruschtschow**: Ich kann Ihre Überlegungen einfach nicht begreifen, Herr Präsident. Sie Sprechen von Westeuropa. Wir haben doch aber Westeuropa überhaupt nicht im Sinn. Wir wollen lediglich die Lage fixieren, die nach dem zweiten Weltkrieg entstanden ist. Westdeutschland wurde in das Bündnis der Westmächte aufgenommen, das ist eine Tatsache. Ostdeutschland gehört zum Bündnis der sozialistischen Länder, und das müssen Sie als eine vollzogene Tatsache anerkennen. Wir schlagen vor, die gegenwärtigen Grenzen zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland juristisch zu fixieren, die Grenzen Polens und der Tschechoslowakei zu bestätigen und die Souveränität der DDR zu festigen. Aber dazu muß das Besatzungsregime in Westberlin liquidiert werden. Begreifen Sie, Herr Präsident, wie können wir denn einen Friedensvertrag unterzeichnen und dabei Ihre Besatzungsrechte in Westberlin aufrecht erhalten? Auf welcher Grundlage? Sie sagen, daß Sie Blut vergossen haben, aber wir haben ebenfalls unser Blut vergossen.

**Kennedy**: (unterbricht) Auf der Grundlage der Abkommen, die auch von der Sowjetunion unterschrieben wurden.

**Chruschtschow**: Wir halten uns an diese Abkommen bis zum Abschluß eines Friedensvertrages, aber nach dessen Unterzeichnung wird der Kriegszustand aufhören und alle Verträge, die sich aus dem Kriegszustand ergeben, verlieren ihre Wirkung.

**Kennedy**: Man kann doch aber nicht einseitig Rechte aufheben, die durch ein von mehreren Seiten unterzeichnetes Abkommen festgelegt wurden.

**Chruschtschow**: Aber wir schlagen doch vor, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, und wir laden doch Sie und die anderen daran interessierten Seiten ein, sich an dieser Unterzeichnung zu beteiligen. Sie wollen das nicht. In diesem Falle können Sie aber auch keinerlei Sonderrechte für sich auf dem Territorium der DDR nach Unterzeichnung des Friedensvertrages fordern. Ihr Standpunkt ist juristisch einfach unhaltbar.

**Kennedy**: Aber Westberlin befindet sich nicht auf dem Territorium der ostdeutschen Republik.

**Chruschtschow**: Das ganze Territorium Ostdeutschlands, einschließlich Westberlins, gehört zum Territorium der DDR.

**Kennedy**: Das ist Ihr Standpunkt. Wir aber meinen, daß wir in Westberlin durch Vereinbarung mit Ihnen bestimmte Rechte erhalten haben. Und jetzt wollen Sie diese Rechte an Ostdeutschland abtreten. Sie können nicht in einseitiger Weise irgend jemanden unsere Rechte abtreten.



**Chruschtschow**: Ich kenne diese Argumentation. Sie ist juristisch nicht stichhaltig. Der Krieg ist längst beendet und alle Truppen müssen aus Deutschland abgezogen werden. Präsident Roosevelt<sup>60</sup> sagte einmal, daß zwei - drei Jahre nach Beendigung des Krieges alle Truppen aus Deutschland abgezogen werden sollen. Ziehen wir also unsere Truppen ab. Das wäre die vernünftigste Lösung.

Wozu aber brauchen sie Westberlin, warum halten Sie dieses für einen solchen wichtigen Punkt? Vielleicht wollen Sie Westberlin als Stützpunkt für einen Angriff auf uns benutzen? Sie sind doch ein ehemaliger Marineoffizier, Herr Präsident. Ich habe ebenfalls geraume Zeit in der Armee verbracht und denke, Sie werden ausgezeichnet verstehen, daß vom militärischen Standpunkt aus Westberlin völlig bedeutungslos ist.

**Kennedy**: Einverstanden.

**Chruschtschow**: Sie sprechen von Ihren Rechten. Diese ergeben sich aus dem Kriegszustand. Der Krieg ist aber zu Ende. Wenn wir einen Friedensvertrag unterzeichnen, werden alle verstehen, daß der Kriegszustand zu Ende ist und folglich alles, was sich aus diesem Zustand ergeben hat, seine Wirkung verlieren muß. Wenn Sie Ihre Rechte in Westberlin auch nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages aufrechterhalten, so wird das den Interessen der Sowjetunion und aller sozialistischen Länder zuwiderlaufen.

Als ich mit dem früheren USA-Präsidenten Eisenhower über diese Frage sprach<sup>61</sup>, gab er zu, daß in Berlin tatsächlich eine anomale Lage entstanden ist und daß Möglichkeiten zur Regelung dieser Situation gefunden werden müßten. Er sagte mir, daß in dieser Frage das Prestige der Vereinigten Staaten berührt wird. Ich schlug ihm vor, sich um eine solche Lösung zu bemühen, die die Prestige-Interessen unserer Staaten nicht berührt. Ich schlug damals vor, ein provisorisches Deutschlandabkommen zu schließen und den Deutschen eine bestimmte Frist zu geben, innerhalb derer sie sich untereinander verständigen sollen. Adenauer spricht zwar von der Wiedervereinigung, aber er will sie in Wirklichkeit gar nicht. Vereinbaren wir also eine bestimmte Frist, beispielsweise 6 Monate, innerhalb derer Vertreter der beiden deutschen Regierungen zusammentreten und sich über die Deutschland betreffenden Fragen verständigen sollen. Wenn sie nach Ablauf dieser Frist unter sich zu keiner Einigung in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands kommen können, so werden wir uns der Verantwortung für die deutsche Frage entledigen, und jene Staaten, die das wünschen, unterzeichnen dann einen Friedensvertrag mit den beiden deutschen Staaten. Eine solche Lösung würde die Prestige-Interessen unserer Staaten in keiner Weise einträchtigen.

Ich hoffte damals, daß wir mit Ihrem Präsidenten zu einer Einigung in dieser Frage kommen könnten. Leider ist es so gekommen, daß sich jene Kräfte in Amerika, die gegen die Normalisierung unserer Beziehungen und gegen die Minderung der internationalen Spannungen sind, offenbar entschlossen haben, eine solche Einigung zu verhindern. Sie entsandten die U-

---

<sup>60</sup> F. D. Roosevelt, Präsident der USA 1933-1945.

<sup>61</sup> Im September 1959 in Camp David.

2<sup>62</sup>nach der Sowjetunion, so daß eine Verständigung unmöglich wurde. Deshalb beschlossen wir, die Lösung dieser Frage so lange aufzuschieben, bis sich die Leidenschaften beruhigt haben. Jetzt ist nach unserer Meinung die Zeit für die Lösung dieser Frage gekommen, und wir bedauern es außerordentlich, bei Ihnen kein richtiges Verständnis für unsere guten Absichten gefunden zu haben. Wir wollen die Steine hinwegräumen, die uns auf dem Wege zur Normalisierung unserer Beziehungen behindern. Wenn es uns gelingt, diese Frage zu lösen, so wird, dessen sind wir gewiß, der Weg zur Errichtung eines dauerhaften Friedens auf Erden frei sein. Wir wollen keinerlei Grenzen antasten, aber wir werden natürlich auch unsere Rechte nicht preisgeben. Sie sagen, daß auch bei Ihnen keinerlei Absichten zu irgendwelchen Eroberungen bestünden. Es besteht also kein Anlaß zu einem Streit zwischen uns. Sie sind zwar mit unserer Ideologie nicht einverstanden, ebenso wie wir mit Ihrer Ideologie nicht einverstanden sind, aber wir wollen doch den Streit auf diesem Gebiet nicht in eine gegenseitige Vernichtung ausarten lassen. Wir sind doch genügend vernünftige Menschen, um nicht zu den Zeiten des Feudalismus zurückzukehren, als man Kreuzzüge organisierte und sich gegenseitig totsclug, um das Grab des Herren zu befreien.

Wenn Sie unseren Vorschlägen nicht zustimmen, so müssen Sie begreifen, daß wir selbst einen Friedensvertrag mit allen sich daraus ergebenden Folgen unterzeichnen werden. Ich sage Ihnen unumwunden: wir werden den Friedensvertrag mit Deutschland Ende dieses Jahres unterzeichnen. Ostdeutschland hat bereits erklärt, daß es die Freiheit und die Nichteinmischung in die Angelegenheiten Westberlins garantieren wird, daß es den Zutritt aller Länder zu dieser Stadt garantieren wird, aber das muß natürlich auf Vereinbarung mit der Regierung der DDR geschehen, weil alle Kommunikationen Westberlins durch das Territorium der DDR verlaufen. Wenn Sie befürchten, daß Westberlin, wie Sie sagen, seine Freiheit verlieren könnte, so wiederhole ich nochmals: schaffen wir doch gemeinsame Garantien dieser Freiheit, ziehen wir doch die UNO zu diesen Garantien heran. Wenn Sie aber für die Fortsetzung des Kriegszustandes und damit gegen den Frieden eintreten, so wird niemand und in keinem Lande Ihre Position verstehen. Wir jedoch werden laut und vernehmlich verkünden, daß wir mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages den Weg zum Frieden bahnen wollen und bemüht sind, die Möglichkeiten für die Entstehung eines neuen Krieges auszuschalten. Wenn Sie unsere Bemühungen nicht verstehen wollen, so bleibt uns nur der eine Ausweg, einseitig einen Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Sie reden von Ihren Interessen in Westberlin. Aber mit der Verteidigung dieser Ihrer Interessen wollen Sie uns erniedrigen. Sie sprechen davon, daß Sie Blut vergossen hätten, aber das, was wir vergossen haben, war auch kein Wasser. Sie haben im Krieg 350.000 Menschen verloren, wir dagegen 20 Millionen. Ich war selbst an der Front, ich habe selbst die vom Krieg verursachten schrecklichen Zerstörungen und die Leichen der von den Faschisten ermordeten Menschen gesehen.

**Kennedy:** Deshalb wollen wir ja den Frieden bewahren, damit sich so etwas nicht wiederholt.

---

<sup>62</sup> Amerikanische U-2 Spionageflüge über der Sowjetunion erfolgten seit 1956 vom Boden der Türkei aus, ohne sie abwehren zu können. Am 1. Mai 1960 wurde erstmals eine U-2 abgeschossen und der Pilot F. G. Powers gefangen genommen.

**Chruschtschow:** Sie deuten offenbar die Möglichkeit der Entstehung eines Krieges wegen Westberlin an. Ziehen Sie bitte in Betracht, daß wir einen Krieg nicht beginnen werden. Wir werden den Frieden verteidigen, und möge die Geschichte dann urteilen, wer von uns im Recht ist.

Im Westen wird oft von der Gefahr gesprochen, daß sich Chruschtschow vielleicht eine Fehlrechnung leisten könnte, die zum Kriege führt. Hierin müssen wir uns aber gegenseitig entgegenkommen, Herr Präsident. Jeder von uns muß sich vor solchen Fehlrechnungen hüten. Wenn Sie wegen Berlin einen Krieg entfesseln sollten, so nehmen Sie damit die ganze Verantwortung auf sich. Ich denke aber trotzdem, daß der Frieden triumphieren wird. Im Pentagon gibt es zwar Leute, die einen Krieg wollen, aber Sie dürften ausgezeichnet wissen, was ein moderner Krieg sein würde.

Adenauer weiß ausgezeichnet, was ein Krieg für Westdeutschland bedeuten würde. Macmillan<sup>63</sup> weiß auch, was Krieg ist. Kein einziger vernunftbegabter Mensch will den Krieg, und wenn sich auf der Welt doch solche Wahnsinnigen finden sollten, muß man sie in die Zwangsjacke stecken.

Wir wollen nichts anderes außer guten Beziehungen zu Ihrem Lande und zu allen anderen Ländern. Wir wollen die Handelsbeziehungen mit Ihnen entwickeln. Wir haben doch einen lebhaften Handel mit vielen Ländern, mit England, Westdeutschland, Frankreich, Italien, Japan, mit vielen Ländern, nur nicht mit den USA. Das ist vielleicht kein Zufall, aber das ist Ihre eigene Angelegenheit. Der Handel ist ein Geschäft. Wenn es Vorteile verspricht, so verkauft man. Wenn nicht, so läßt man es sein. Das ist unsere Einstellung. Den Friedensvertrag werden wir Ende dieses Jahres unterzeichnen.

**Kennedy:** Die Lage in Deutschland kann wirklich nicht als normal bezeichnet werden, da das Land in zwei Teile gespalten ist. Roosevelt sprach seiner Zeit tatsächlich vom Abzug der Besatzungstruppen aus Deutschland, aber er sah nicht voraus, daß Deutschland gespalten wird und daß wir uns in Deutschland diesseits und jenseits der Trennungslinie gegenüber stehen werden. Sie sprechen vom Frieden. Aber Sie wollen doch die Lage in Deutschland ändern, und nicht die Vereinigten Staaten. Sie schaffen doch eine Krise in Berlin, und nicht die Vereinigten Staaten. Die Vereinigten Staaten haben schon seit langem, noch vor meinem Amtsantritt als Präsident bindende Verpflichtungen gegenüber Berlin übernommen, und jetzt wollen Sie Ende dieses Jahres in einseitiger Weise einen Friedensvertrag unterzeichnen und uns das Zutrittsrecht nach Berlin nehmen. Meinen Sie, daß dies ein Weg zum Frieden ist?

**Chruschtschow:** Ich kann Ihre Logik nicht begreifen. Wie kann man die Situation verschlechtern, wenn man auf die Liquidierung des Krieges hinarbeitet? Seit eh und je galt die Unterzeichnung eines Friedens als Wohltat und der Krieg als Übel.

**Kennedy:** Ich sage doch nicht, daß die Unterzeichnung des Friedensvertrages an und für sich eine kriegerische Aktion ist. Aber ein Friedensvertrag, demzufolge wir unserer Rechte verlustig gehen, ist ein kriegerischer Akt. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages ist eine Angelegenheit der Sowjetunion, aber die einseitige Übertragung unserer Rechte an Ostdeutschland ist schon eine ganz andere Sache. Westberlin ist für uns von Bedeutung

<sup>63</sup> H. Macmillan, britischer Premierminister.

nicht als Aufmarschgebiet für einen Überfall. Es ist für uns von Bedeutung, weil wir ihm gegenüber bestimmte Verpflichtungen übernommen haben, wovon die ganze Welt weiß. Wenn wir jedoch dem Vorschlag der Sowjetunion zustimmen, wird die ganze Welt den Schluß ziehen, daß die USA ein Land seien, das seine Verpflichtungen nicht ernst nimmt. Und ich versichere Ihnen, daß wir unsere Verpflichtungen, die unsere strategischen Interessen berühren, sehr ernst nehmen.

**Chruschtschow:** Was also tun? Ihre Ansprüche zeugen nicht von guten Absichten. Sie wollen den Kriegszustand in Westberlin aufrechterhalten, aber damit sind wir nicht einverstanden. Das werden wir der Weltöffentlichkeit erklären, und wir sind gewiß, die meisten Menschen werden verstehen, daß wir im Interesse des Friedens handeln.

Sie haben doch in Westdeutschland in einseitiger Weise alles annulliert, was in unserem Interesse war: Sie haben uns die Reparationen versagt und Westdeutschland wieder aufgerüstet. Sie haben einen separaten Friedensvertrag mit Japan<sup>64</sup> unterzeichnet, wodurch wir jetzt keinen Friedensvertrag mit diesem Lande haben. Sie meinen, daß diese Handlungen Ihrerseits gerechtfertigt, unsere Absichten aber unmoralisch seien. Mit einer solchen Auslegung können wir selbstverständlich nicht einverstanden sein. Ob Sie den Friedensvertrag unterzeichnen oder nicht, daß ist Ihre Sache, Herr Präsident. Wir wären sehr erfreut, unsere Unterschrift unter diesen Vertrag neben die Ihre setzen zu können. Aber auch wenn Sie sich weigern, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, werden wir ihn trotzdem unterschreiben, und Ihr Zutritt nach Westberlin hört dann auf.

Sie sprechen von Ihrem Prestige, aber Sie müssen auch unserem Prestige Rechnung tragen. Sie meinen, daß die USA auch nach Unterzeichnung des Friedensvertrages in Westberlin irgendwelche Rechte weiter behalten müßten, die sich aus der Besetzung Deutschlands ergeben haben. Niemand in der Welt wird jedoch diese Ihre Politik verstehen und rechtfertigen können. Was ist das für eine Politik, die auf dem Grundsatz beruht: "Was ich will, das mache ich eben"? Den Versuch, Ihre Rechte hinsichtlich Westberlins auch nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages aufrechtzuerhalten, werden wir als eine Verletzung der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik, als eine Verletzung des Friedens und der Ordnung in Deutschland betrachten. Wir werden uns damit nicht abfinden, und die Verantwortung möge auf den fallen, der den Frieden verletzt.

**Kennedy:** Wir sind überzeugt, daß unsere Anwesenheit in Berlin von der Bevölkerung Westberlins unterstützt wird, der gegenüber wir bestimmte Verpflichtungen übernommen haben. Sie sagen, wir wollten den Kriegszustand in Berlin aufrechterhalten, aber dort gibt es keinen Krieg und Berlin hat, wie Sie selbst sagten, keinerlei militärische Bedeutung.

Ich denke, es wäre gut, wenn West- und Ostdeutschland einen Weg zur Normalisierung ihrer Beziehungen finden würden und wenn die UdSSR und die USA ihre Beziehungen in einer positiven Richtung entwickeln könnten. Ohne Zweifel wird sich die Lage in diesem Raum allmählich ändern, aber Sie wollen innerhalb von irgendwelchen 6 Monaten buchstäblich alles ändern. Unsere Zustimmung zu Ihrem Vorschlag könnte, wie ich bereits sagte,

---

<sup>64</sup> 1951 Friedensvertrag von San Francisco und Abschluß des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrages.

lediglich zur Isolierung der USA und zum Verlust aller ihrer Verbindungen in Westeuropa führen. Das wollen wir nicht. Ich selbst bin nicht darum bemüht, daß die Sowjetunion die Verbindungen einbüßt, die sie in Europa hat. Sie haben mich seinerzeit als jungen Mann bezeichnet. Aber ich bin nicht deshalb Präsident geworden, um im Gegensatz zu den Interessen der USA zu handeln. Ich bin bereit, beliebige Fragen mit Ihnen zu erörtern, um eine Verständigung zu erreichen. Aber Sie wollen unsere Position nicht verstehen und wollen in kurzer Zeit radikale Veränderungen in Berlin herbeiführen.

**Chruschtschow:** Dann wollen wir doch ein provisorisches Abkommen über Deutschland unterzeichnen. Sie verstehen dabei natürlich, daß es gegenwärtig keine Wiedervereinigung geben kann. Deshalb betrachte ich diesen unseren Vorschlag, um offen zu sprechen, als ein formales Moment, das den Anschein erwecken soll, daß die Großmächte den Deutschen selbst die Verantwortung übertragen. Wenn Sie einverstanden sind, dann wollen wir diesen Weg beschreiten. Einen anderen Ausweg gibt es nicht: entweder wir verewigen den Kriegszustand, oder wir unterzeichnen einen Friedensvertrag. Wir haben in dieser Frage verschiedene Auffassungen, und wir können Sie natürlich nicht zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages zwingen, aber auch Sie können uns nicht zwingen, das zu tun, was im Interesse unserer Sicherheit erforderlich ist.<sup>65</sup> Und alle *Ihre Ansprüche hinsichtlich Westberlins entbehren jeder juristischen Grundlage.*

**Kennedy:** Wir haben keinerlei Ansprüche. Wir verteidigen die Rechte, die uns gehören.

**Chruschtschow:** Wir können Ihnen eine Denkschrift mit der Darlegung unserer Position in der deutschen Frage überreichen, damit Sie unsere Auffassungen besser prüfen können, falls wir zur Erörterung dieser Frage zurückkehren sollten, (die Denkschrift wird Kennedy im Anschluß an die Unterredung überreicht).<sup>66</sup>

Damit wird die Unterredung abgebrochen und N. S. Chruschtschow bittet J. Kennedy zum Frühstück.

**Rede N. S. Chruschtschow während des Frühstücks in der  
Sowjetischen Botschaft zu Ehren des Präsidenten der USA  
John F. Kennedy  
4. Juni 1961**

Verehrter Herr Präsident!  
Meine Herren!

<sup>65</sup> Die Mißverständlichkeit dieses Satzes ergibt sich aus dem Original.

<sup>66</sup> Am 14. Juni 1961 stimmte eine gemeinsame Beratung des Politbüros des ZK der SED, des Staatsrates, des Ministerrates sowie des Nationalrates der Nationalen Front der DDR dem Memorandum der UdSSR, das auch öffentlich bekannt wurde, zu.

Genossen!

Wir sind sehr erfreut, Herr Präsident, mit Ihnen zusammenzutreffen und Meinungen austauschen zu können. Ich ziehe es immer vor, soweit das möglich ist, persönliche Kontakte mit ausländischen Staatsmännern zu unterhalten. Sie sind immer nützlicher, als die Kontakte selbst über die besten Botschafter. Nicht umsonst sagen manche witzige Leute, daß die Liebe in natura besser sei als die Liebe mit Hilfe des Dolmetschers.

Ich wiederhole, daß ich stets persönliche Kontakte und Unterredungen vorziehe, deren Teilnehmer keinen heiklen Fragen ausweichen. Natürlich kann keine rasche Lösung komplizierter Fragen erwartet werden. Es gibt solche Probleme, deren Regelung auch uns mit Ihnen nicht gelingen wird. Wie kann man dann erwarten, daß solche Fragen von Menschen gelöst werden, die eine weniger hohe Stellung einnehmen? Das ist einfach unmöglich. Deshalb messen wir den Begegnungen der Staats- und Regierungschefs so eine große Bedeutung bei, bei denen man die Position der anderen Seite kennenlernen und die eigene Position darlegen kann.

Wir haben Ihre Position aufmerksam zur Kenntnis genommen, Herr Präsident, und unsere eigene Position in einer Reihe wichtiger internationaler Fragen ausführlich dargelegt. Wir haben jetzt mit Ihnen offensichtlich noch kein Verständnis der gegenseitigen Positionen erreicht, und daß ist durchaus natürlich. Wenn die Menschen gelernt hätten, alle schwierigen Fragen beim ersten Zusammentreffen zu lösen, dann gäbe es überhaupt keine schwierigen Fragen.

Herr Präsident, ich möchte im Namen der Sowjetregierung und im Namen unserer Freunde im Warschauer Vertrag, die ebenfalls an der Lösung der deutschen Frage interessiert sind, nochmals bekräftigen, daß wir und unsere Freunde sowohl bei der Lösung der deutschen Frage als auch der anderen internationalen Probleme ausschließlich friedliche Ziele verfolgen. Es ist Ihr Recht, Herr Präsident, den von mir angeführten Argumenten zuzustimmen oder nicht, aber ich möchte, daß Sie auf jeden Fall an die Aufrichtigkeit unserer Absichten glauben. Und wenn wir das tun, was wir in der deutschen Frage beabsichtigen, so sollten Sie verstehen, daß sich dieser Schritt nicht gegen Sie oder Ihre Verbündeten richtet. Wir wollen nur die Steine hinwegräumen, die den Weg zu einem dauerhaften Frieden versperren. Es gibt Krankheiten, die der Arzt durch einen operativen Eingriff heilt. Das ist natürlich ein schmerzhafter Vorgang, aber er führt zur Genesung des Patienten. Das, was wir vorschlagen, ist ebenfalls so etwas wie eine Operation. Wir wollen eine Schwelle überschreiten, und wir werden sie überschreiten, um eine Verbesserung der internationalen Situation zu erreichen. Wir legen uns Rechenschaft darüber ab, daß unsere Beziehungen dadurch für eine gewisse Zeit einer großen Belastung ausgesetzt werden. Wir sind jedoch überzeugt, daß die Sonne danach wieder erstrahlen und unsere Beziehungen erwärmen wird.

Sie brauchen Berlin nicht. Wir brauchen es auch nicht. Es gibt natürlich andere Partner, so zum Beispiel den Kanzler Adenauer, die an dieser Frage unmittelbarer interessiert sind. Was die Vereinigten Staaten betrifft, so ist Berlin für sie nur vom Standpunkt des Prestiges von Interesse. Adenauer ist natürlich ein kluger Mann, aber er ist ein alter Mann, und wir können nicht zulassen, daß das Überlebte die Vorwärtsbewegung des Neuen behindert.

Der aggressivste Mann in Westdeutschland ist gegenwärtig offenbar Verteidigungsminister Strauß. Aber selbst ein Mensch, dessen Geist gewöhnlich verdunkelt ist, hat manchmal einen Lichtblick. So hat auch Strauß einmal folgenden klugen Satz gesagt: "Wir verstehen doch, daß in Deutschland, falls ein Krieg ausbrechen sollte, kein Stein auf dem anderen bleiben wird." Das ist eine sehr kluge Bemerkung.

Räumen wir also die Steine aus dem Wege, liquidieren wir die Herde, die Konflikte hervorbringen und sogar einen Krieg auslösen können. Lösen wir gemeinsam die internationalen Streitfragen.

Ich verstehe selbstverständlich, daß Sie in einer schwierigen Lage sind: Sie haben Verbündete, die sich empören könnten, - wie denn das, werden sie sagen, die USA wollen für uns mit der Sowjetunion die Fragen lösen? Wir haben ebenfalls Verbündete und tragen auch ihrer Meinung Rechnung. Wenn aber ein solcher Verbündeter von Ihnen wie beispielsweise Luxemburg eine kriegerische Haltung einnimmt, so wird das in den internationalen Angelegenheiten keine großen Wellen schlagen. Anders ist die Sache, wenn unsere beiden Länder zusammenstoßen. Ein Konflikt zwischen uns wäre nicht nur für unsere Länder, sondern für die ganze Menschheit ein Unglück. Daran müssen wir immer denken.

Sie sind ein religiöser Mann, ein Katholik. Sagen wir also mit den Worten der Religion "Helfe uns Gott" oder mit unseren Worten "Helfe uns die Vernunft", den richtigen Weg zu finden und eine Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern, die Festigung des Friedens in der ganzen Welt zu erreichen.

Auf die Freundschaft zwischen unseren Völkern!  
Auf Ihre Gesundheit, Herr Präsident!

**Antwortrede des Präsidenten der USA, John Kennedy,  
beim Frühstück in der Sowjetischen Botschaft  
4. Juni 1961**

Herr Vorsitzender!  
Meine Herren!

Gestatten Sie mir, Herr Vorsitzender, Ihnen für die Gastfreundschaft an diesem Tisch, für die Möglichkeit der Begegnung mit Ihnen zu danken.

Ich wollte gern mit Ihnen zusammentreffen, weil ich der Meinung war und bin, daß unsere beiden Staaten mächtige Staaten sind, daß unsere Völker den Frieden wollen, daß sich vor ihnen unüberschaubare Perspektiven des weiteren Fortschritts eröffnen. Ich war und bin der Meinung, daß die Begegnung zwischen Ihnen und mir im Interesse der ganzen Welt ist.

Unsere Unterredungen berührten einen sehr weiten Kreis von Fragen und verliefen zugleich in einer liebenswürdigen Atmosphäre, wofür ich meinen Dank aussprechen möchte.

Wie ich schon im Gespräch mit Herrn Gromyko sagte, besteht Ihre und unsere Aufgabe nach meiner Meinung darin, in dieser Epoche der Veränderungen, deren Endergebnis niemand voraussagen kann, einen direkten Zusammenstoß zwischen den USA und der UdSSR zu verhindern, einen Zusammenstoß, der die allerverderblichsten Folgen hätte. Ich habe die Macht der Sowjetunion niemals unterschätzt, und Sie wissen Ihrerseits, daß unser Land ebenfalls stark ist. Wie ich gestern sagte, ist die Lage kritisch, weil unsere beiden Länder riesige Vorräte von Vernichtungsmitteln geschaffen haben. In der Vergangenheit hatten Kriege, wenn sie entstanden, keine langdauernden Auswirkungen auf den Frieden, die Völker konnten die Wunden, die ihnen im Kampf geschlagen wurden, verhältnismäßig rasch heilen. Ein neuer Krieg aber, sollte er ausbrechen, würde die schlimmsten Folgen für viele und viele Generationen haben.

Deshalb scheint mir, daß die Pflicht unserer Regierungen darin besteht, ihre Ziele auf einem solchen Wege zu verfolgen, damit die Sicherheit ihres oder unseres Staates nicht gefährdet wird. Wir müssen verstehen, welche Fragen entscheidend und welche Fragen zweitrangig sind, das heißt, welche Fragen Sie und mich und welche Fragen die Herren Gromyko und Rusk betreffen. Die Deutschlandfrage, die Frage seiner Zukunft betrifft Sie und mich infolge der geographischen Lage dieses Landes im Herzen Europas und infolge einer Reihe anderer Ursachen. Ich hoffe, daß wir Wien, diese Stadt, wo durch das gemeinsame Verständnis der Frage ein wichtiges Übereinkommen zwischen unseren Ländern erzielt wurde<sup>67</sup>, nicht mit der Absicht verlassen werden, eine Situation heraufzubeschwören, als deren Ergebnis die eine oder andere Seite vor Tatsachen gestellt wird, die eine unmittelbare Bedrohung ihrer Sicherheit schaffen.

Es gab in der Vergangenheit Fälle, da es Staatsmännern nicht gelang, ein richtiges Verständnis der Lage zu erreichen. Das hatte die verhängnisvollsten Folgen für die Sache des Friedens. Ich hoffe, daß wir mehr Glück haben werden. Mir scheint, wir können eine solche Anerkennung unserer gegenseitigen Interessen erreichen, die es uns gestattet, den Frieden zu erhalten und zu festigen.

Ich bin dankbar für die Möglichkeit, mit Ihnen zusammenzutreffen und Meinungen austauschen zu können, Herr Vorsitzender. Sie sagten gestern abend als Antwort auf meine Frage, daß Sie mit 44 Jahren Sekretär des Moskauer Komitees der Partei waren und sich ebenfalls mit Fragen der Planung beschäftigt hätten. Ich hoffe, daß ich mit 67 Jahren die Organisation der Demokratischen Partei in Boston leiten und an der Spitze des örtlichen Planungsausschusses stehen werde.

---

<sup>67</sup> 15. Mai 1955 Abschluß des österreichischen Staatsvertrages durch die Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, Österreichs, der UdSSR und den USA. Er stellte die Souveränität Österreichs wieder her und Österreich erklärte, "immerwährende Neutralität" zu halten.



**Chruschtschow**: Vielleicht als Leiter des Planungsausschusses der ganzen Welt?

**Kennedy**: Nein, mir genügt meine Heimatstadt.

Es ist mir also sehr angenehm, einen Trinkspruch auf die Mitglieder der sowjetischen Delegation auszubringen, auf Herrn Gromyko, mit dem ich schon 16 Jahre bekannt bin, auf Ihren Botschafter, auf Ihren Dolmetscher, der Ihre Gedanken so exakt dargelegt hat, und auf Sie, Herr Vorsitzender des Ministerrates!

**Niederschrift der Unterredung  
N. S. Chruschtschow mit John F. Kennedy  
in der Sowjetischen Botschaft vom 4. Juni 1961**

Nach dem Frühstück, als der Entwurf der Mitteilung für die Presse vorbereitet wurde, äußerte Kennedy den Wunsch, sich mit N. S. Chruschtschow unter vier Augen unterhalten zu können.

Nachstehend folgt die Niederschrift dieser Unterredung.

**Kennedy**: Man muß konstatieren, Herr Vorsitzender, daß wir in der Berlinfrage verschiedene Auffassungen haben. Diese Frage ist jedoch von so großer Bedeutung für uns beide, daß ich hoffe, Sie werden im Interesse der Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern keine Aktionen unternehmen, durch die ich zutiefst in die sich vollziehenden Ereignisse hineingezogen werde und durch die unsere Länder vor einen unmittelbaren Zusammenstoß gestellt werden. Ich trage natürlich der Tatsache Rechnung, daß Sie ausgehend von Ihren Interessen handeln werden. Ich bitte Sie jedoch, eine Grenze zu ziehen zwischen dem Abschluß eines Friedensvertrages und der Frage unseres Zugangs und unserer Rechte in Westberlin. Ich hoffe, daß sich mit der Zeit Möglichkeiten für die Ausarbeitung von Maßnahmen ergeben werden, die auf die Gewährleistung einer befriedigenderen Lage in Berlin abzielen. Am meisten bin ich darüber besorgt, es zu keinem direkten Zusammenstoß zwischen uns in einer so wichtigen Frage wie Berlin kommen zu lassen.

**Chruschtschow**: Ich schätze Ihre Offenheit, Herr Präsident, muß aber meinerseits folgendes erklären. Wenn Sie nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages auf Ihrem Zugangsrecht nach Berlin beharren, so wird selbst ein direkter Zusammenstoß zwischen uns diese Frage nicht zu Ihren Gunsten entscheiden. Wir werden uns gegen eine Aggression verteidigen, falls Ihre Truppen die Grenzen der DDR überschreiten.

Ich habe Ihre Position aufmerksam zur Kenntnis genommen. Sie entbehrt jedoch jeder rechtlichen Grundlage. Sie wollen unseren Staat erniedrigen, und das werden wir nicht gestatten.

Wählen Sie selbst, Herr Präsident, wir werden dem Schicksal nicht ausweichen. Ich werde in dieser Frage so handeln, wie mich meine Stellung als Vorsitzender des Ministerrates verpflichtet. Ich wäre erfreut, wenn Sie unseren Vorschlag der Zwischenlösung annehmen und ein provisorisches Abkommen über Deutschland und Westberlin unterschreiben würden, damit in der Folge ein Friedensvertrag ohne Nachteil für unser Prestige unterzeichnet werden kann.

**Kennedy:** Dieses provisorische Abkommen würde die Anwesenheit unserer Truppen in Berlin vorsehen?

**Chruschtschow:** Ja, für die Geltungsdauer dieses Abkommens.

**Kennedy:** Aber dann würde der Zutritt zu dieser Stadt unterbunden?

**Chruschtschow:** Ja. Aber zur Wahrung Ihres Prestiges wären wir auch bereit, daß Ihre Truppen gemeinsam mit Truppenkontingenten Englands, Frankreichs und natürlich der Sowjetunion weiterhin in Westberlin bleiben auf der Grundlage eines Abkommens, das in der UNO fixiert wird. Aber der Zutritt zu Westberlin wird dann selbstverständlich mit Genehmigung der Regierung der DDR erfolgen. Das ist eine Prärogative der Regierung der DDR.

Wenn Sie diesem Vorschlag nicht zustimmen und Ereignisse ins Rollen bringen wollen, die sich als die schlimmsten in der Geschichte der Menschheit erweisen können, so machen Sie sich dazu bereit. Wir werden uns unseinerseits ebenfalls bereit machen, wenn Sie diese Frage mit Gewalt lösen wollen. Aber das wollen wir nicht. Wir wollen diese Frage auf der Grundlage der Vernunft lösen.

**Kennedy:** Herr Vorsitzender, entweder Sie glauben nicht, daß es uns ernst ist und wir bereit sind, unsere juristischen Verpflichtungen in dieser Frage zu erfüllen, oder Sie fühlen, daß trotz der großen Erfolge auf wirtschaftlichem und anderem Gebiet, in der Eroberung des Weltraums die Lage Ihres Landes so unbefriedigend ist, daß Sie das Risiko eines offenen Zusammenstoßes zwischen den USA und der UdSSR einzugehen bereit sind, um die Lage in Westberlin zu ändern, die schon 16 Jahre besteht. Ich glaube jedenfalls nicht, daß irgend jemand in Ihrem Lande wirklich an Aktionen interessiert wäre, die in 6 Monaten zu verhängnisvollen Folgen für die Menschheit führen könnten. Ich befinde mich auch deshalb noch in einer schwierigen Lage, weil ich in London mit Premierminister Macmillan konferieren werde, der sich zweifellos für den Inhalt unserer Unterredungen interessiert. Ich werde sagen müssen, daß in sechs Monaten die Ereignisse eintreten, von denen Sie sprechen. Das werden Ereignisse sein, die ich am allermeisten verhütet wissen wollte. Wir werden uns von Angesicht zu Angesicht gegenüberstehen, gebunden durch völlig gegensätzliche Verpflichtungen, was zu verhängnisvollen Folgen führen muß. Ich bedaure, daß ich bei einer solchen Lage der Dinge aus Wien abreisen muß.

**Chruschtschow:** Wir wollen Frieden.

**Kennedy**: Wenn ich den Frieden nicht wollte, wäre ich nicht hierher gekommen. Es ist leicht, einen Krieg zu entfesseln, Herr Vorsitzender, aber es ist schwer, den Frieden zu sichern.

**Chruschtschow**: Ich habe drei Kriege erlebt, Herr Präsident, und ich weiß, was er dem Volk bringt. Nicht ich bin es, der mit Krieg droht, sondern Sie. Ich nehme lediglich Ihre Herausforderung an, denn wenn Sie den Krieg beginnen, werden wir antworten müssen.

**Kennedy**: Sie wollen also die bestehende Lage ändern.

**Chruschtschow**: Ich will Frieden und einen Friedensvertrag mit Deutschland. Wenn ich Grenzen ändern oder andere Völker erobern wollte, dann wären Sie tatsächlich verpflichtet, sich zu verteidigen. Wir wollen jedoch nur den Frieden.

Drohungen von Ihrer Seite werden uns nicht aufhalten. Wir wollen keinen Krieg, wenn Sie ihn uns aber aufzwingen sollten, wird es einen geben. Das können Sie also Macmillan, de Gaulle und Adenauer sagen. Beachten Sie also, Herr Präsident, daß dies unser unumstößlicher Entschluß ist und wir den Friedensvertrag im Dezember dieses Jahres unterzeichnen werden.

**Kennedy**: Ja, es scheint einen kalten Winter zu geben in diesem Jahr.

**Chruschtschow**: Wir werden von unserem Entschluß nicht abgehen, aber ich glaube, daß trotzdem Frieden sein wird und daß sich nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages unsere Beziehungen auf dem Wege der Freundschaft und der Zusammenarbeit entwickeln werden.

**Kennedy**: Wir konnten mit Ihnen leider keine gemeinsame Auffassung in den erörterten Fragen erzielen, aber ich danke Ihnen aufrichtig, Herr Vorsitzender, für Ihre Gastfreundschaft sowie für den liebenswürdigen und höflichen Ton, in dem Sie die Unterredungen mit mir geführt haben.

Damit waren die Unterredungen zwischen N. S. Chruschtschow und John F. Kennedy vom 3. und 4. Juni 1961 in Wien abgeschlossen.

